

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pr. Nummer 10 Pf., monatlich 30 Pf., vierteljährlich 90 Pf., halbjährlich 1.80 Pf., jährlich 3.60 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Pf. pro Monat.
 Einzelne Nummer in die Post: 10 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage 15 Pf. Postabonnements: 1.10 Pf. pro Monat.
 Einzelne Nummer in die Post: 10 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage 15 Pf. Postabonnements: 1.10 Pf. pro Monat.
 Einzelne Nummer in die Post: 10 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage 15 Pf. Postabonnements: 1.10 Pf. pro Monat.

Ercheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Interaktions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berathungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 1 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 30. August 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Fürwahr, sie treibens toll!

Herrn v. Bethmann Hollweg, dem verantwortlichen Minister des Deutschen Reichs ist endlich die Junge gelöst worden. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ veröffentlicht nachfolgende Kundgebung:

„Die Königsberger Rede Seiner Majestät des Kaisers und Königs hat in einem Teil der Presse starken Protest hervorgerufen. In der Rede soll eine Verkündung des Absolutismus, eine Geringschätzung des Volkes und der Volksvertretung enthalten sein.“

Demgegenüber stellen wir zunächst fest, daß die Rede kein Regierungsakt, sondern ein persönliches Bekenntnis des Monarchen war. Als solches atmet es den Geist des auf religiösem Grunde ruhenden Pflichtgefühls, den der Kaiser wiederholt bekundet und bei Ausübung seines Herrscherberufs stets betätigt hat.

Als Unterlage für jene Behauptung dient hauptsächlich die Stelle, welche besagt, daß Seine Majestät ohne Rücksicht auf Tagesmeinungen seinen Weg gehen werde. Der wäre ein schlechter König, der die Ansichten des Tages zur Richtschnur seines Handelns nähme. Der kaiserliche Redner soll sich aber mit jenem Wort in Gegensatz zur Verfassung gestellt haben. Die Folgerung läßt sich nur aus der Fiktion einer von schwankenden Stimmungen abhängigen Parlamentsherrschaft oder gar eines Absolutismus der Masse erklären, wovon die Verfassung nichts weiß.

Ebenso wenig liegt in der Erwähnung der historischen Tatsache, daß die Könige von Preußen die Krone nicht aus der Hand von Parlamenten empfangen haben, eine Mißachtung von Volksrechten und Volksbefehlen. Damit war es auch nicht in Einklang zu bringen, daß die Königsberger Rede einen jeden im Lande zur Mitarbeit an der Wohlfahrt und friedlichen Entwicklung des Vaterlandes auffordert. Ein Herrscher, der so viel Beweise davon gegeben hat, daß er, fest auf dem Boden der Verfassung stehend, die schaffenden Kräfte des Volkes zu fördern und zu achten weiß, sollte vor solcher Mißdeutung geschützt sein.

Hiernach ist endlich die Frage, was der Reichskanzler tun werde, leicht zu beantworten. Der Reichskanzler weiß, wie fern es dem Kaiser und Könige gelegen hat, sich in den aktuellen Streit der Parteien zu stellen und seiner Rede den absolutistischen Sinn zu geben, der zu Agitationszwecken künstlich hineingelegt und herausgelesen worden ist. Er wird daher Seine Majestät gegen willkürliche Auslegungen und bössartige Verdrehungen verteidigen und die Geschäfte wie bisher in voller Uebereinstimmung mit der Krone unter Wahrung aller verfassungsmäßigen Rechte führen.“

Die Presse des schwarzblauen Blocks hat wirklich recht: die Aera Bülow ist endgültig vorüber. Herr v. Bethmann Hollweg ist ein gewissenhafter Totengräber. Der liberale Firnis, mit dem Fürst Bülow seine reaktionäre Politik zu überstreichen liebte, wird sorgfältig abgekratzt und die Errungenschaft, die am stolzeften gepriesen wurde, die Eindämmung des persönlichen Regiments, ist heute nicht mehr wert als das Stilk Papier, auf dem das feierliche Versprechen Wilhelm II. geschrieben war. Wir stehen wieder dort, wo wir vor den Novembertagen 1908 gestanden haben, nur mit dem Unterschied, daß heute der Kanzler des schwarzblauen Blocks mit Hurra schludert, was damals niemand herunterwürgen wollte.

Freilich, an Herrn v. Bethmanns Stellungnahme durfte man von Anfang an kaum zweifeln. Ohne jeden Halt und ohne jedes politische Ansehen im deutschen Volke verdankt er sein Amt und sein Verbleiben im Amte ja wirklich nur dem Gottesgnadentum Wilhelm II., verdankt es nur dem Umstande, daß Deutschland eben noch halbabsolutistisch regiert werden kann. Denn wenn der Deutsche Reichstag Einfluß auf die Befehle des wichtigsten Amtes hätte, sogar die schwarzblaue Majorität, unter der wir bis zu den Wahlen leiden müssen, würde sich einen früheren Geschäftsführer aussuchen.

Und Herr v. Bethmann ist auch wirklich das einzige Exemplar eines europäischen Ministers, das geeignet erscheint, die Verantwortung für diese Proklamierung des Gottesgnadentums und des Absolutismus zu übernehmen. Der Mann der gottgegebenen Abhängigkeiten weiß ja selbst, daß er, weit sicherer als Wilhelm II. ein Instrument Gottes, selbst nur ein Instrument Wilhelm II. ist, ein Instrument, das sofort aufhört zu tönen, wenn sein Herr die Lust verliert, darauf weiterzuspielen. Und dem Feind des gleichen Wahlrechts, dem Hasser jeder demokratischen Entwicklung sind ja die Gedankengänge, die Wilhelm II. bewegen, sicher sehr sympathisch. So ist's eigentlich nicht verwunderlich, daß das Instrument wieder tönt, wie der Herr spielt.

Freilich allzuwohl ist es Herrn v. Bethmann nicht zu Mute. Er läßt zunächst feststellen, daß die Rede kein Regierungsakt, sondern nur ein „persönliches Bekenntnis“ war. Damit soll wohl ausgedrückt werden, daß man die politische Bedeutung der Rede nicht überschätzen solle. Ein „persönliches Bekenntnis“, also bloße Worte, denen kein Akt, keine Taten entsprechen werden. Nun ist gewiß, daß von Worten zu Taten ein großer Schritt

ist, und gerade bei Wilhelm II. sicher kein geringerer als bei anderen Menschen. Aber Herr v. Bethmann vergißt, daß gerade diese Entschuldigung zu einer neuen Anflage wird. Denn aus dieser Feststellung muß man folgern, daß der gute Bethmann von dieser Rede ebenso überrascht worden ist wie alle Welt sonst, daß der Kaiser eine immerhin politisch stark wirkende Rede gehalten hat, ohne sich vorher mit dem Kanzler ins Einvernehmen zu setzen. So aber ist das Versprechen Wilhelm II. und die Erklärung Bülow's, daß Wilhelm II. sich auch in Privatäußerungen künftighin mehr Zurückhaltung auferlegen werde, nirgends im deutschen Volke aufgefaßt worden. In dem Bethmann-Hollweg die untergeordnete Stellung, die das persönliche Regiment auf neue dem Kanzler anweist, bedingungslos und ohne Einschränkung akzeptiert, tritt er selbst auf die Seite des Absolutismus und gibt das Recht preis, das die Verfassung der Stellung des verantwortlichen Ministers einräumt.

Damit aber gibt Herr v. Bethmann natürlich auch jede Selbständigkeit preis und wird zum Höfling, der unter allen Umständen seinen Herrn zu entschuldigen und zu verteidigen sucht. Freilich mit sehr wenig triftigen Gründen. Die Rede, erzählt uns Herr v. Bethmann, sei ja gar nicht so schlimm gemeint gewesen; Wilhelm II. habe doch schon so viele Beweise davon gegeben, daß er fest auf dem Boden der Verfassung stehe. Wir unterlassen die nähere Untersuchung dieser vorgeblichen Beweise. Aber wer bürgt uns denn dafür, daß Herr v. Bethmann ein richtiger Interpret der kaiserlichen Äußerungen ist? Wilhelm II. hat sein Gottesgnadentum in den schärfsten Gegensatz zu Parlaments- und Volksbeschlüssen gestellt; das war deutlich und klar. Herr v. Bethmann sucht die schneidende Schärfe der Rede abzumumpfen. Mit welchem Recht?

In der Tat, ohne jede Berechtigung! Das fühlt er auch selbst. Kaum hat er den Versuch gemacht, die Worte des Herrn auszulegen, so erschrickt er selbst über sein Unterfangen und verschärft fast in dem entscheidenden Punkt die Worte Wilhelm II. Es ist übrigens sein alter Kniff, den er immer wieder anwendet, wenn vom Recht des Volkes gesprochen wird: sorgenvoll legt er dann das Gesicht in Falten und warnt vor der „Herrschaft der Massen“. Wilhelm II. spricht von seinem Gottesgnadentum, das unabhängig von Parlamentsbeschlüssen bestehe, und Herr v. Bethmann Hollweg erzählt uns, daß die Verfassung nichts wisse von der Fiktion einer von schwankenden Stimmungen abhängigen Parlamentsherrschaft und einem Absolutismus der Masse. Was soll diese Erinnerung in Deutschland und in dem Preußen der Dreiklassenwahl? Was soll sie vor allem in dem Munde eines Ministers, von dem, wenn überhaupt etwas, das eine sicher ist, daß er gegen den Willen der Masse des deutschen Volkes in seinem Amte ist? Herr v. Bethmann Hollweg hätte überhaupt besser daran getan, das Wort von den schwankenden Stimmungen in einer Verteidigung Wilhelm II. ungefragt zu lassen. Nicht der deutsche Reichstag, sondern Wilhelm II. sah sich zur Erklärung genötigt, daß er seine vornehmste Aufgabe darin erblicken werde, die „Stetigkeit der Politik des Reiches unter Wahrung der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeiten zu sichern“. Diese Erklärung hätte ja nicht abgegeben werden brauchen, wenn die kaiserliche Politik immer schon stetig gewesen wäre. In Wirklichkeit bricht in diesen Worten von der von schwankenden Stimmungen abhängigen Parlamentsherrschaft nur wieder die alte unversöhnliche Feindschaft des volksfremden Bureaucraten gegen den Reichstag des gleichen Wahlrechts hervor.

So ist die Erklärung Bethmann Hollwegs in ihrem entscheidenden Punkt nur eine Verschärfung der Kaiserrede. Wir beklagen das nicht und bedauern es nicht. Im Gegenteil! Durch diese Solidaritätserklärung wird dem deutschen Volke die ganze Gefahr enthüllt, die den spärlichen konstitutionellen Rechten von den Gewalttätern oben droht. Herr v. Bethmann Hollweg schimpft über willkürliche Auslegungen und bössartige Verdrehungen der Kaiserrede. Sein eigener Kommentar verstärkt und stützt die Auslegungen, die die Kaiserrede in der sozialdemokratischen Presse gefunden hat, auf das wirkungsvollste. Sie beweist, daß die parlamentsfeindliche Strömung in dem Kanzler des Deutschen Reiches auf willige Mithilfe zu rechnen hat. Um so wichtiger ist es, daß den Herrschenden gesagt wird, daß Volksbeschlüsse denn doch eine andere Bedeutung gewinnen können, als die da oben wähen.

Der Kanzler des Reiches hat gesprochen und dringend not tate die Antwort. Der Reichstag ist vertagt. Wenn aber die bürgerlichen Parteien ihre Pflicht täten, dann müßte die Regierung bald gezwungen werden, an dem gehörigen Orte Rechenschaft abzulegen und den Reichstag einzuberufen. Unterlassen die bürgerlichen Parteien ihre Pflicht, überlassen sie wieder der Sozialdemokratie allein, für die bedrohte Verfassung und die Rechte des Volkes gegen das Gottesgnadentum den Kampf aufzunehmen, dann werden sicher nicht wir es sein, die das zu bedauern haben werden. Denn eines ist sicher: Bei den nächsten Wahlen macht das Volk die Regel!

Englische Stimmen über die Kaiserrede.

London, 27. August. (Fig. Ver.) Bei dem großen Interesse, das das englische Publikum seit Jahren an allem hat, was deutsche Verhältnisse und Politik betrifft, kann es einen nicht wundernehmen, wenn die hiesigen Zeitungen jetzt viele Spalten lange Berichte über die Königsberger Kaiserrede und deren Beurteilung in Deutschland bringen. Einige der großen Londoner Tagesblätter haben bis jetzt noch kein Urteil abgegeben; ihnen scheint vor Erstaunen der Verstand still zu stehen. Andere nehmen kein Blatt vor den Mund und geben der englischen Ansicht über das Gottesgnadentum in charakteristischen Worten Ausdruck. So schreibt zum Beispiel die konservative „Daily Mail“:

„Königsberg ist die Wiege des deutschen Imperialismus, denn dort war es, wie uns der Kaiser sagt, wo Wilhelm I. erklarte, daß ihm die Krone Preußens durch Gottes Gnade und nicht durch Parlamente, Nationalversammlungen oder die Stimme des Volkes verliehen worden sei. An dieser Ueberzeugungstreue fest, die erstaunenswert scheinen mag zu einer Zeit, in der man sich des Gottesgnadentums der Könige hauptsächlich in Verbindung mit dem unglücklichen Schicksal Karls des Ersten und einiger seiner kaum weniger unglücklichen Muster und Nachahmer auf dem Festland erinnert.“

Der liberale „Morning Leader“ äußert sich wie folgt: „Das Gottesgnadentum der Könige ging in Großbritannien im Jahre 1649 und in Frankreich im Jahre 1789 unter. Im übrigen Europa wankte es während der Napoleonischen Kriege und brach im Jahre 1848 gänzlich zusammen. . . . Daß der Kaiser in dieser eigentümlichen Konart redet, während die Sozialdemokraten die industriellen Kreise im Reichstage gewinnen, das hat den Geschmack einer komischen Oper. Aber es ist eine sehr ernste Angelegenheit für einen Minister, dessen schwierige Aufgabe durch solche Äußerungen in kaum zu fassender Weise verwirrt wird. Dem Fürsten Bülow, so glaubte man wenigstens, gelang es, dem Kaiser nahezu legen, daß er nicht die Autorität eines absoluten Monarchen annehmen dürfe, und er (Bülow), nachdem er seinen Herrn in generöser, aber lahmender Weise verteidigt, gab dem Reichstage eine Art Versprechen, daß es nicht wieder vorkommen sollte. Es ist schade, daß der Kaiser den auferlegten Zwang als zu un bequem empfunden hat und daß er heute so wenig wie ehedem verstehen kann, was man in einer Gesellschaft, die auf dem Bildungsniveau der Deutschen steht, sagen und nicht sagen darf. Es bedarf einer Anstrengung, um sich die Atmosphäre eines europäischen Hofes zu vergegenwärtigen, in der ein solcher Aberglaube über die eigene Person fortbestehen kann, besonders bei einem Herrscher, der wie der deutsche Kaiser in jeder anderen Hinsicht ein Mann der Welt ist.“

Die liberale, der Regierung nahe stehende „Westminster Gazette“ sagt:

„Man braucht man nicht zu zittern, wenn er spricht. Denn es gibt Parlamente und Volksversammlungen, die die Entscheidung zu fällen haben. Noch hat Deutschland eine Presse, die ein freies, männliches Wort führt und noch ist eine nicht zu unterschätzende sozialistische Partei vorhanden. Aber noch eins kommt hinzu. Würde Wilhelm II. die Welt der Ahetorik verlassen und in das Gebiet der scharfen Wirklichkeit herabsteigen, das Heer von Beamten und Bureaucraten, das ihn umgibt, würde ihn bald die Grenze seiner Macht fühlen lassen.“

Die liberale „Daily News“ ist etwas skeptisch in Bezug auf die Urheberschaft der Rede und meint:

„Man nimmt an, daß seine Majestät sein Versprechen gebrochen hat; aber die Möglichkeit, daß er es nicht getan, ist nicht ganz ausgeschlossen. Es ist kaum möglich, daß sich der jetzige Kanzler für die Königsberger Erklärung verantwortlich gemacht hat, und dennoch ist es in Anbetracht dessen, was über die innere Politik und die Reigungen des Herrn Bethmann Hollweg bekannt ist, denkbar, daß dieser eine erneute Darlegung der weltlichen Präzession, die sich noch als einsam verlassenes Ueberbleibsel in Preußen vorfindet, sanktioniert hat.“

Aus diesen Proben wird man sehen, wie perplex die Königsberger Kaiserrede das englische Publikum gemacht hat. Seit langen Jahren gilt Deutschland in England als das Land mit dem besten Erziehungsweisen und das deutsche Volk als das gebildetste und am besten unterrichtete Volk der Welt — und nun auf einmal wirft uns der Kaiser plump zurück ins Mittelalter!

461098469 Mark Preisausschlag.

Die herrschende Fleissteuerung drückt naturgemäß den einzelnen mehr oder minder scharf, je nach seiner sozialen Lage. Die auf ihrer Hände Arbeit angewiesenen Proletarier, die auf Fleischnahrung nicht verzichten können ohne schwere Gefahren für die Gesundheit, müßten trotzdem den Konsum einschränken oder andere Ausgaben unterlassen. Notwendige Säube oder Kleider werden nicht gekauft, sonstige Anschaffungen unterbleiben, oder: Frau und Kinder müssen noch mehr hungern und sich einschränken als vordem! Belegte Stellen sind für ungezählte von ihnen nur noch Festtagsgelegenheiten. Bei den enorm hinaufgetriebenen Preisen mit dem bisherigen Wirtschaftsgeld auskommen, ist den Hausfrauen einfach unmöglich. In David's Kochbuch heißt es: Man nehme! Aber woher nehmen und nicht fehlen? Vorläufig allerdings kann man noch die Hoffnung hegen, daß die hochweisen Mitglieder des Berliner Magistrats am Dienstag in den Versammlungen die Frauen

Belehren, daß gar keine Linderung bestehe. Wir fürchten jedoch, die Herrschaften haben selbst schon den Appetit auf die Suppe verloren, die sie einbrocken. Na, man wird ja sehen!

Die Fleischnotfrage hat nun aber nicht nur eine individuelle, sondern auch eine hervorragende volkswirtschaftliche Bedeutung. Die jetzt für Fleisch mehr aufgewendeten Summen werden zum größten Teile anderen Zirkulationsadern entzogen. Die Konsumbeschränkung, die vorwiegend gewerbliche Erzeugnisse betrifft, bedingt weiterwirkend eine Störung in der Warenherstellung. Die Fleischteuerung verschlechtert somit auch die Lage am Arbeitsmarkt. Die Arbeiter sind die zweifach Leidtragenden!

In welcher Weise die Teuerung die Gesamtwirtschaft belastet, das ganz einwandfrei festzustellen ist bei der Rückständigkeit der amtlichen deutschen Statistik ausgeschlossen. Man muß sich damit begnügen, auf Grund der Reichsstatistik Schätzungen vorzunehmen. Das geschieht in der nachfolgenden Berechnung auf folgender Basis: Unter Ausschaltung der Hausfleischladungen, die für die Preissteigerung nicht in Betracht kommen, berechnen wir nach den Resultaten der Schlachtvieh- und Fleischschau und den vom preussischen Landwirtschaftsminister angenommenen Durchschnittsgewichten den Fleischkonsum im Jahre 1909. Bemerkenswert sei dabei, daß der Konsum in diesem Jahre schon geringer war als im Jahre vorher. Auf die Einbeziehung der Pferde und Hunde verzichten wir. Damit ist schon einem Rinderverbrauch im laufenden Jahre Rechnung getragen. Die vorjährigen Berichtszahlen dienen als Maßstab für die Berechnung der Verteuerung im laufenden Jahre. Schwierigkeiten macht die Festlegung eines durchschnittlichen Preisausschlages. Dieser ist bekanntlich in den verschiedenen Orten sehr verschieden; auch geht die Preiscurve im Laufe eines Jahres oft stark auf und ab. Wir suchen eine mittlere Linie und unterstellen die vom königlichen Polizeipräsidenten in Berlin für den Monat Juni gegenüber April 1910 ermittelte Preisdifferenz als Reichsjahresdurchschnitt. Danach beträgt der Aufschlag für Rindfleisch 20 Pf., für Schweinefleisch ebenfalls 20 Pf. und für Hammelfleisch 30 Pf. pro Pfund; für Kalbfleisch läme demnach ein Aufschlag überhaupt nicht in Frage. Diese, unserer Ansicht nach sehr vorsichtige Berechnungsart, die von der Wirklichkeit wohl nicht unerheblich übertroffen werden dürfte, ergibt folgende Resultate:

	Zahl der beschauten Tiere	Gesamtgewicht in Kilogr.	Verteuerung in Mark
Rinder	4 121 549	968 564 015	193 712 803
Kälber	5 186 768	205 470 720	—
Schweine	15 530 775	1 242 462 000	248 492 400
Schafe und Ziegen	2 982 211	59 644 220	17 893 266
Insgesamt			461 098 469

Fast eine halbe Milliarde mußte das Volk im Jahre 1910 für den Fleischwucher opfern. Man mag einige Bedenken haben, die Berliner Preisausschlüsse als Jahresdurchschnitt für das Reich gelten zu lassen, für Berlin sind sie sicher ein geeigneter Maßstab. Versuchen wir nun, für die Reichshauptstadt allein die Summe der Aufschläge nach dem obigen Berechnungsmodus zu ermitteln, dann erhalten wir, nach den Fleischschauzahlen aus dem Jahre 1909, diese Zahlen:

	Zahl der beschauten Tiere	Gesamtgewicht in Kilogramm	Verteuerung in M.
Rinder	155 644	88 576 840	7 815 208
Kälber	178 272	6 930 880	—
Schweine	1 085 890	86 866 400	17 378 280
Schafe und Ziegen	513 093	10 261 860	3 078 558
Insgesamt			27 767 106

Die Stadt Berlin hätte also im Jahre 1910 27 767 106 Mark für ihren Fleischkonsum mehr aufzubringen, wenn der tatsächliche Aufschlag pro Pfund für Rind- und Schweinefleisch nur 10 Pf., für Kalb-, Sunde- und Pferdefleisch 0,00 Pf. und für Hammelfleisch 15 Pf. betrüge. Jede Hausfrau weiß jedoch, daß diese Sätze tatsächlich weit überholt werden. Um schließlich noch die Belastung der Stadt Berlin im zweiten Quartal des laufenden Jahres festzustellen, legen wir der folgenden Berechnung die Schautzahlen des ersten Quartals zugrunde und kamen dabei zu folgendem Ergebnis:

	Rindfleisch	Kälber	Schweine	Schafe u. Ziegen
Zahl der Tiere	41 864	45 873	283 985	131 082
Gewicht in Kilogramm	9 838 040	1 834 920	22 718 800	2 621 640
Preisaufschlag in M.	1 967 608	—	4 543 760	786 492

Insgesamt hat die Stadt Berlin infolge des Preisausschlages im zweiten Quartal nach dieser Rechnung 7 297 860 Mark für Fleisch mehr bezahlen müssen. Nach dem Bevölkerungsstande vom 1. Februar 1910 berechnet, ergibt sich folgende Belastung pro Kopf der Bevölkerung:

im 2. Quartal 1910 nach der Schätzung für das ganze Jahr 3,43 M. 13,06 M.

Das sozialistische Volksfest in Söndermarken.

Kopenhagen, den 28. August 1910.

Im Polizeistaat Preußen galt bis in die jüngste Zeit als Vermächtnis eines absolutistischen Zeitalters das heilige unüberbrückliche Gesetz, daß die Politik nicht auf die Straße getragen werden dürfe und deshalb alle politischen Aufzüge politisch verboten und verhindert werden müßten. Erst dadurch, daß die Berliner Sozialdemokratie sich an diese heilige Tradition nicht hielt, sondern, als Berlins genialer Polizeipräsident ihr die öffentlichen Massenversammlungen im Treptower Park untersagte, ihre Wahlrechtsdemonstration in den Tiergarten verlegte, hat sie sich das Recht auf politische Massenfundgebungen unter freiem Himmel erobert.

Dem von der Kopenhagener Parteileitung aus Anlaß des internationalen sozialistischen Kongresses geplanten Massenzug nach dem südwestlich von Kopenhagen gelegenen prächtigen Söndermarken-Park drohte zwar kein polizeiliches Verbot; dafür stellte sich aber am Sonntagabend ein anderes Hindernis ein: der Regen. Man behauptet scherzweise von Kopenhagen, daß es neun Monate Winter und in den übrigen drei Monaten keinen Sommer hat. Auch den Beginn der Tagung des internationalen Arbeiterparlamentes schenkte Regen eingeleitet werden zu sollen; denn am Sonntagabendmittag öffnete plötzlich der Himmel seine Schleusen und sandte mit kurzen Unterbrechungen ganz respektable Regenschauer herab, so daß an manchen niederen Straßenstellen sich hübsche Pfützen bildeten. Doch Jupiter pluvius hat mehr politische Einsicht als ein preussischer Polizeipräsident. Heute, am Sonntag, waren zwar in der Frühe die Straßen meist noch naß, aber die um 8½ Uhr durchbrechende Sonne trodnete schnell die letzten Spuren der sonnenbedrückten Simtflut; und wenn sich auch seitdem wieder dunkles Gewölk am Himmel zusammengezogen hat, ist doch das Volksfest von neuen Regenfluten verschont geblieben.

Schon bald nach Mittag belebte sich die Gegend in der Nähe des alten Kopenhagener Volksvergügnungsparks, des Livofis. Teils in geschlossenen Reihen mit Fahnen und Standarten, teils in losen Trupps zogen die vielfach mit roten Blumen und Vereinsabzeichen geschmückten Kopenhagener Arbeiter heran und nahmen nach dem am

Rechnet man eine fünfköpfige Familie als drei Vollpersonen, dann hätte sie pro Jahr eine Belastung von 39,18 Mark durch die Fleischteuerung zu tragen. Da zeigt sich die gemeingefährliche agrarische Politik in ihrer Blinderwirkung!

Soweit die Arbeiterschaft an der Belastung beteiligt ist, muß sie den Ausfall durch Lohnerhöhung auszugleichen suchen. Geht es das, dann jammert das Scharmadertum über Schädigung der Volkswirtschaft und was dergleichen Sentiments mehr sind. Eine Dämmung der gewerblichen Tätigkeit wird aber zweifellos durch den Lebensmittelwucher herbeigeführt. Da hätten die Industriellen und Gewerbetreibenden berechtigten Anlaß, über Schädigungen zu lamentieren. Aber sie haben die Zoll- und Grenzsperrwirtschaft gefördert; sie ernten nun, was sie gesät. Ein energischer Widerstand gegen die agrarische Wirtschaftspolitik ist daher nicht nur im Interesse der Konsumenten, sondern auch in dem aller Gewerbetreibenden dringend erforderlich. Wehrt sich das Volk aber nicht, dann wird es immer noch mehr bedrückt, immer noch mehr ausgebeutet. Der unerjättliche Militarismus, der unerschämte Lebensmittelwucher laugt und zehrt an seinem Marke. Sich dieser unheimlichen, verwüstenden Schmaroker zu erwehren, ist des Volkes heilige, unabwendbare Pflicht.

Wie notwendig das ist, hat die Erfahrung gelehrt. In den Tagen der Fleischnot des Jahres 1905 wehrte der lustige Tippelskirch-Boddielski die Klagen des Volkes ab mit der wegwerfenden Bemerkung, es handele sich um keinen



Arbeiter! Parteigenossen!
Erscheint heute abend in Massen zu den von der Berliner Arbeiterschaft einberufenen

Protestversammlungen!



Notstand, sondern nur um eine vorübergehende Erscheinung. Der Landwirtschaftsminister und Schweinezüchter dachte, wie der fidele Schweinezüchter im „Zigeunerbaron“ sang: „Mein idealer Lebenszweck ist Vorstenvieh und Schweinefleisch“. Und die Viehproduzenten erkeuten sich reichen Segens. Immer höher schnellten die Preise hinauf. Anfang November 1906 sah sich die Berliner Fleischerrinnung veranlaßt, dem Landwirtschaftsminister folgende Resolution zu widmen:

„Wir bedauern es auf das tiefste, daß der Ratgeber der Krone auf die wiederholten Notrufe des Berliner Fleischergewerbes, welche im Interesse der Bevölkerung und im schweren Ringen um unsere Existenz erhoben worden sind, sich bisher nicht einmal veranlaßt gesehen hat, eine Antwort zu erteilen; wir meinen als Staatsbürger das Recht zu haben, auf unsere Eingaben und Witten auch einer Antwort gewürdigt zu werden.“

Em. Eggelsen haben durch die nicht in Erfüllung gegangene Borausfrage in bezug auf Beendigung der Schweineteuerung den unwiderlegbaren Beweis gegeben, daß Em. Eggelsen nicht in der Lage sind, die Verhältnisse auf diesem Gebiete richtig zu beurteilen, um danach geeignete Maßregeln ergreifen zu können.

Em. Eggelsen halten nach wie vor in unerbittlicher Weise die Hand über einen Stand, welcher nun schon seit mehr denn zwei Jahren in bezug auf Viehproduktion den berechtigten Forderungen der Konsumenten nicht nachgegeben ist. Jeder Berliner Viehmarkt ist eine Kontrakterklärung der für diesen Viehmarkt in Betracht kommenden Landwirtschaft.

Im Interesse des konsumierenden Publikums und in Wahrung unserer eigenen Existenz erheben wir daher von neuem nicht mehr die Bitte, sondern die Forderung, daß sofort Maßregeln zur Dämpfung der Grenzen getroffen werden

und ersuchen Em. Eggelsen um Bescheid, wann diese für die Volksernährung so dringend nötigen Anordnungen zu erwarten sind.“

Sonabend von unserem Kopenhagener Parteiblatt „Sozialdemokraten“ veröffentlichten Plan aufstellung. Gegen 4 Uhr fanden sich auch auf dem Hofen mit dem Rathausplatz verbindenden Vester Boulevard die ausländischen Kongreßdelegierten als ihrem Sammelplatz ein, während in den zum Boulevard führenden Nebenstraßen sich die verschiedenen politischen Arbeitervereine und Gewerkschaften aufstellten, meist mit ihren Fahnen und Emblemen. Eine fröhliche, heitere Menschenmenge, im Sonntagsstaat. Durchweg kernige Gestalten mit intelligenten, selbstbewußten Gesichtern.

Nach 4 Uhr geht sich unter Kanonendonner der Zug in Bewegung. Voran ein Musikkorps, dann die sich am Zuge beteiligenden Delegierten, darauf die politischen Vereine und die Gewerkschaften, jede größere Abteilung unter Begleitung eines Musikkorps. Unter den Klängen der Musik und dem Gesang dänischer Arbeiter- und Freiheitslieder geht es zwischen einer Spalier bildenden vieltausendköpfigen Zuschauermenge hindurch die Liegtengade und den breiten Sönder-Boulevard entlang nach dem südlich von Frederiksberg Gade (Friedrichsberger Schlosspark) und dem Zoologischen Garten gelegenen „Söndermarken“ (Südfeld), den vielfach an den Treptower Park erinnernden großen Lusthain Kopenhagens mit herrlichen Baumgruppen, schattigen breiten Alleen, grünen Rasenplätzen und großen Springbrunnen — an schönen Sonntagnachmittagen der Kummelplatz des fröhlichen Kopenhagener Volkslebens.

Immer größer wird der Zug. Rechts und links schließen sich neue Teilnehmer an, und als er den breiten Sönder Boulevard entlangzieht, schneit der Wind über eine fast unübersehbare Menschenmenge, aus deren Mitte ein Wad roter Fahnen und Banner emporragt. Für den Fremden ist dabei interessant, mit welcher ersichtlichen Sympathie die Spalier bildende Bevölkerung, auch die Kleinbürgerliche, und selbst ein Teil des zuschauenden wohlhabenden bürgerlichen Publikums den Friesen-Demonstrationenzug aufnimmt. Kein Wunder, denn der Sozialdemokrat hat sich im Internationalen Leben Kopenhagens eine angesehenere Stellung erobert. Von den 42 Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung gehören 20 der Sozialdemokratie an, 5 den Sozialradikalen, die übrigen 17 den gegnerischen Parteien. Und dem entspricht auch die Vertretung der Partei in dem aus 4 Bürgermeistern und 4 Beisitzern bestehenden Kopenhagener Magistrat. Zwei der Bürgermeister und ein Beisitzer sind Sozialdemokraten, ein Bürgermeister und ein Beisitzer zählen

So stand es damals. Heute wäre zu noch energischeren Worten Anlaß vorhanden. Ein Vergleich der Preise von damals und heute zeigt das. Nach den Zusammenstellungen der amtlichen „Statistischen Korrespondenz“ kostete im August ein Kilogramm Pfennig:

	1906	1910	Jetzt höher als 1906
Rindfleisch von der Keule	164	175,8	11,8
Rindfleisch vom Bauch	140	146,1	6,1
Kalbfleisch	105	183,9	18,9
Hammelfleisch	164	174,3	10,8

Schweinefleisch war im August dieses Jahres noch nicht wieder ganz so teuer als im August 1906, aber im Vergleich mit früheren Jahresdurchschnitten ergeben sich die folgenden Zahlen. Es kostete ein Kilogramm Schweinefleisch Pfennig:

	1901	1902	1903	1904	1905	August 1910
	141	150	139	132	156	162,1

Das sind unheimliche Preissteigerungen. Und die Aufwärtsbewegung ist noch nicht zum Stillstand gekommen. Trotzdem, die Regierung bleibt untätig. Um so nachdrücklicher muß das Volk sich vernehmen lassen.

Darum, auf zum Protest!
Sincin in die Versammlungen!

Dem Blutzaren zum Gruß!

Heute trifft der Zar in Ossen ein, um auf Sjösof Friedberg Wohnung zu nehmen. Alle Vorbereitungen und Schutzmaßregeln sind bereits getroffen und außer einem Heer von deutschen und russischen Polizeikommissaren und Spiegeln und deutschen Gendarmerie- und Militärabteilungen, sind auch schon Polizeihunde nach Friedberg geschickt, um das kostbare Leben des Blutzaren zu schützen.

Der jetzige Zarenbesuch in Deutschland ist der erste längere Besuch, den Nikolaus II. nach der Revolution im Auslande unternimmt. Sowohl die vorjährige Englandreise des Zaren, wie sein Zusammenreffen mit dem italienischen König in Racconigi, trugen, obwohl sie politisch weit bedeutsamer waren, einen flüchtigen, vorübergehenden Charakter. Auch das „freundschaftliche“ Zusammenreffen Nikolaus II. mit Wilhelm II. in Kiel diente nur dem Zweck, den deutschen Kaiser zu begrüßen und die „traditionellen“ Freundschaftsbände zu festigen, die die russische und preußischdeutsche Reaktion aneinander ketten. Dann trat die Zarenfahrt den Zaren weiter an die Küsten Frankreichs und Englands, damit in strengster Abgeschlossenheit ein neues politisches Manöver — auch gegen Deutschland — eingeleitet werde. Erst jetzt wagt der Zar, einen längeren Aufenthalt in einem europäischen Kulturstaat zu nehmen, und es ist höchst bezeichnend und tief beschämend für die politischen Zustände in Deutschland, daß der Zar trotz der bestehenden Spannung zwischen der deutschen und russischen Politik gerade den deutschen Boden mit seiner Anwesenheit zu belästigen wagt. Er weiß, daß den Gefühlen des Volkes in Deutschland nicht Rechnung getragen wird, und daß seine Anwesenheit der deutschen Junkerlaste nur willkommen ist. Er weiß auch, daß nirgends das Geld der Steuerzahler in so ausgiebiger Maße wie in Deutschland zu seinem Schutze verwendet werden wird, und daß keine Polizei so eifrig seine Spuren betradet wird, wie die vom Spitzgeneral Harting erzogene deutsche Polizei.

Die byzantinische Presse ist schon seit Wochen bemüht, für den Zarenbesuch in Deutschland Stimmung zu machen. Dieselben Organe, die in letzter Zeit bemüht waren, eine Kriegshege gegen Rußland einzuleiten, um eine Wahlparole für die deutsche Regierung zu sichern, saßen nun von den „Pflichten internationaler Höflichkeit“, die auch die sozialdemokratische Presse während des Zarenbesuches beachten möge. Diese Heuchelei ist höchst bezeichnend für jene Kreise, die sich als Vertreter der öffentlichen Meinung des deutschen Volkes aufspielen. Das deutsche Volk hat keine Veranlassung, diesen Stimmen Gehör zu schenken. Mit dem größten Nachdruck und in der schärfsten Weise protestiert es dagegen, daß dem Verbrecher auf dem Throne in Deutschland Gastfreundschaft erwiesen wird.

Der Zar kommt zu uns, belästigt mit der Wutschuld seiner Schergen, verfolgt von den Fäulnis und dem Haß der Völker, die unter seinem Szepter stöhnen. 3000 Hingerichtete, 6000 zum Tode Verurteilte, 75 000 Verbannte, 200 000 Gefangene, darunter 20 000 Katorgangefangene, mit solcher Schuld belastet erscheint der Zar vor dem deutschen Volke. Ein verworfenes Land, in dem die Cholera und die Pest täglich Tausende von Opfern fordert, eine diebische verlotterte Regierung, die dem Volk die Haut über die Ohren zieht, eine Karikatur auf ein Parlament, die die Todesstrafe und die Willkürherrschaft gutheißt, völlige Wiederherstellung der schlimmsten Seiten des Absolutismus, künstliche Entfaltung der ärgsten Leidenschaften des Volkes, Verfolgung der Fremdböller, Niedertretung aller freibürgerlichen Bestrebungen des Volkes — das sind die Früchte der Politik,

zu den Sozialradikalen. Mit den letzteren hat also in der Stadtverordnetenversammlung wie im Magistrat unsere Partei die entschiedene Mehrheit.

Geradezu enthusiastisch gestaltet sich die Begrüßung des Zuges, als er einige hauptsächlich von Arbeitern bemohnte Straßen passiert. Die Bewohner haben es sich nicht nehmen lassen, die Häuser mit Guirlanden zu schmücken und quer über die Straßen Seile mit bunten Flaggen zu ziehen. Alle Fenster sind mit winkenden Frauen und Kindern besetzt, und als die Spitze des Zuges herannah, ergießt sich über die Marschierenden ein Blumenregen.

Um 6½ Uhr langt der erste Teil des Zuges, dessen Teilnehmer auf mehr als 50 000 geschätzt werden, auf dem Festplatz in Söndermarken an, begrüßt von den dort mit Spannung Harrenden. Der Zug löst sich auf. Die Teilnehmer sammeln sich um die unter mächtigen Bäumen errichtete, mit rotem Fahnenstuch drapierte Sängertribüne. Und kräftig erschallt, von 500 Sängern mit Orchesterbegleitung gesungen, die vom Genossen A. C. Meyer dem internationalen Kopenhagener Arbeiterparlament gewidmete, von F. Hemme komponierte Festhymne durch den Park, die unter geschickter Anlehnung an verschiedene Volkslieder die Kampf der Völker um die Freiheit preist. Begeistert horcht die Masse den trübigen Klängen und eilt dann nach den auf verschiedenen Rasenplätzen errichteten Rednertribünen, von denen herab die bedeutendsten Redner der internationalen Sozialdemokratie Ansprachen halten: Rollenbühr, Legien, Ledebour, Victor, Adler, Bernerstorfer, Remer, Reir Hardie, MacDonald, Randverdelde, Ansele, Leon Fourmont, Mora, der Rektor der spanischen Sozialdemokratie, Jaurès, Vallant, Guesde, Hilquit, Troelstra, Nielsen, Lion, Branting und andere. Leider fehlen, durch Krankheit verhindert, die Altmeister der deutschen Sozialdemokratie: Bebel und Singer.

Unterdessen beginnt in den an anderen Stellen aufgeschlagenen Bierzelten, sowie bei den Karuffels, Schaufeln und Verkaufsbuden ein lustiges Volksfestreiben, das sich noch steigert, als die Dunkelheit heraufzieht und nun in den Parkwegen zwischen den alten Bäumen rote und gelbe Flammen auftauchen, bis schließlich die Alleen im bunten Lichtergewirr prangen. Gerne wäre ich noch geblieben, um das große Feuerwerk zu sehen, das um 10½ Uhr abgebrannt werden soll; doch die Zeit drängt. Soll dieser Brief noch mit der Post fort, muß er schnellstens nach dem Kopenhagener Hauptpostamt befördert werden.

die Nikolaus II., an der Spitze seiner Bogromhelden, unterföhrt von den Junkern und Pfaffen, in den letzten Jahren durchgeführt. Und zu all dem kommt das Verbrechen gegen Finnland, dessen Freiheit und Selbständigkeit auch dieser Jar beschworen; die Vernichtung der Existenz eines ganzen Volkes, das vor den Pforten des Jarenreiches, nur äußerlich mit ihm verbunden, die Kultur und den Fortschritt verleiht.

Es ist vollkommen begrifflich, wenn die junkerliche und ein großer Teil der bürgerlichen Presse der Ankunft des Jaren ehrsüchtig entgegensteht. Verkörpert doch der Jar den siegreichen „Helden“, der den Drachen Revolution mit eiserner Hand niedergewungen. In ihm, dem despotischen Träger der russischen Krone, der die Gegenstände der europäischen Politik ausnützt, um seine parasitäre Existenz fortzuführen, sieht die bürgerliche Welt, auch wenn sie sich zuweilen in heuchlerischer Weise gegen die blutigen Ausschreitungen seiner Untergebenen ausspricht, den Schöpfer des „Friedens“ und der „Ordnung“, den Hort, an dem die revolutionäre Sturmflut, die das kapitalistische Europa bedroht, zerbröckelt. Trotz aller Wechselfälle der auswärtigen Politik und des Säbelrasens der allbeutischen und der panlawischen Expansionspolitik, sieht sich das Preußen-Deutschland beherrschende Junkerregiment innig verknüpft mit dem Regiment des blutigen Jaren. Um so mehr hat die deutsche Arbeiterklasse Veranlassung, dieser Schande Europas ihren Protest entgegenzuschleudern und sich solidarisch zu erklären mit dem revolutionären Proletariat Russlands, das mit ungebrochenem Mut gegen die Schreckensherrschaft des Jarenismus ankämpft.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. August 1910.

Staatsstreichgelüste?

Die Junker sind von der Kaiserrede entzückt. Die „Kreuzzeitung“ spricht von der Freude, die die Proklamation des Gottesgnadentums bei den Konservativen erweckt habe und fällt noch nachträglich über Bülow her, der — kein zuverlässiger Steuermann — in den Novembertagen den Kaiser in Stütz gelassen habe. Daß die Konservativen damals halb und halb mitgegangen haben, möchte das konservative Blatt noch nachträglich als ein Mißverständnis entschuldigen. Die „Kreuz-Zig.“ ist überhaupt wieder sehr monarchistisch, bei den hohen Getreide- und Fleischpreisen kein Wunder. Dabei macht sie auch ein paar ganz charakteristische prinzipielle Ausführungen:

„Wo es sich um die Krone zum Könige handelt, da gibt es keine Opportunitätsfrage; da heißt es ehlich sagen, was man ist: Monarchist oder nicht! Man hat sich zu letzter Klasse bekennen, so kam er als Beamter oder Offizier an einer Stelle, für die die erste Eigenschaft Bedingung ist, ehlichweise nicht stehen; denn er hat den Eid der Krone geleistet; und gegen den darf er, auch in Meinungsäußerungen, und seien sie auch dem besten Freund gegenüber, nichts tun. Und auch für alle, die nicht an solcher besonderen Stelle stehen, für jeden Privatmann, ist es dann nur ehlich zu sagen: „Ich stehe nicht auf dem heutigen Stand der Verfassung; ich strebe die Beseitigung der Monarchie an.“ Wer das glaubt sagen zu müssen und es offen sagt, ist ein ehlicher Mann; wer etwa heuchelt, was er nicht ist, ist ein Schuft.“

Und dann erörtert das Blatt die Frage, ob die Lage der Monarchie wirklich so bedenklich sei, daß es die halben und verketteten Republikaner nicht abstoßen könne. Siegesicher versichert es, daß man auf diese Halben nicht angewiesen sei: Wenn dabei freilich die Bemerkung fällt, auch heute ist die überwältigende Mehrheit unseres Volkes bis weit in die organisierte Sozialdemokratie hinein durchaus Kaiser- und Königstreu; unser ganzes Volk weiß, was es an seinem Kaiser und seiner Monarchie hat.“ So stimmt ja der zweite Teil dieses Satzes, wie die Novembererörterungen beweisen, wenigstens teilweise, sicher aber nicht der erste.

Die „Kreuzzeitung“ sagt das alles aber auch nur, um ihren Zweck zu erreichen und dieser ist, Wilhelm II. scharf zu machen und ihn in seinen absolutistischen Ideen zu bestärken. Die Junker fürchten die Wahlen und den künftigen Reichstag. Deshalb suchen sie jetzt schon eine spätere gewalttätige Lösung vorzubereiten. Wilhelm II. hat geredet, die Junker wittern Morgenluft.

Stets dieselben.

Der Berliner Vertreter der „Daily Mail“ hat Genossen Nebel und Herrn v. Bethmann Hollweg um ihre Meinung über die Kaiserrede befragt. Bethmann Hollweg telegraphierte, daß er in der Angelegenheit keine Erklärung abzugeben habe.

Nebel antwortete: „Ich habe soeben die Rede des Kaisers gelesen. Ich kann nur erklären: „Die Hohenzollern ändern sich niemals.“

Der Bund der Landwirte als Lebensmittelwucherer.

Unserem Frankfurter Parteiblatt, der „Volkstimme“ ist ein Schreiben in die Hände gekommen, das von Mitgliedern des Bundes der Landwirte aus der Umgebung Frankfurt verfaßt worden ist. In diesem Schriftstück heißt es:

„Die Knappheit der Milch hält an. Die Milchhändler suchen fortwährend Milch. Wir legen ihnen im eigenen Interesse und in dem der Gesamtheit (!) nahe, ihren Abnehmer einen höheren Preis und zwar siebzehn Pfennige frei Frankfurt abzugeben und bitten Sie, Ihrerseits nicht dazu beizutragen, daß der Milchmarkt für uns verschlechtert wird, indem Sie weitere Milchläden einstellen. Wir müssen unbedingt zu vermeiden suchen, daß größere Mengen Milch nach Frankfurt a. M. kommen! Wir bitten Sie, dieses Schreiben vertraulich zu behandeln.“

Will man angesichts dieses Schreibens noch immer bestreiten, daß der Bund der Landwirte sein Hauptaugenmerk auf die Vertehrung der Lebensmittel lenkt? Der Bund der Landwirte hat es in jeder, knappe betriebener Arbeit erreicht, daß die landwirtschaftlichen Bölle heute eine Höhe erreicht haben, wie nie zuvor. Was nicht durch Bölle erreicht worden ist, das versucht man mit angeblich sanitären Maßnahmen von der Einfuhr nach Deutschland fernzuhalten. Seit Jahren verlangen die Agrarier einen Zoll auf Milch und Rahm, ein Verlangen, das nur deshalb nicht erfüllt werden konnte, weil die bestehenden Handelsverträge nicht einseitig abgeändert werden können. Sobald das vom Reichstag angenommene Viehseuchengesetz in Kraft tritt, ist diesem „Uebelstand“ gleich abgeholfen. Die Einfuhr von Milch und Rahm kann dann nämlich sofort verboten werden, weil beide Produkte Träger von Ansteckungsstoffen sein könnten!

Die Fleischer behaupten, daß die Fleischnot noch dadurch verschärft wird, daß die Agrarier absichtlich möglichst wenig Vieh auf den Markt bringen, um die Preise noch mehr in die Höhe zu treiben. Vielleicht handelt man hier auch nach einer geheimen Anordnung des Bundes der Landwirte. Dem Volke die Lebensmittel künstlich verteuern, ist geradezu ein Verbrechen an dem Staate, als dessen treueste Stützen die Agrarier sich stets gebärden. Die Tätigkeit des Bundes der Landwirte verfährt also gegen das

„Staatwohl“, das man stets so eifrig verteidigt gegenüber der — Sozialdemokratie. Dieser verbrecherische Drang des Bundes der Landwirte kann in seiner Wirkung nur dann beeinträchtigt werden, wenn sämtliche Bölle auf Nahrungsmittel durch die Regierung sofort suspendiert werden. Jeder Tag der Verzögerung bedeutet einen weiteren Schritt zur Verelendung des Volkes. Die jetzt im ganzen Lande einsetzende mächtige Protestbewegung muß so gestaltet werden, daß sie selbst von der Regierung eines Bethmann Hollweg nicht ignoriert werden kann.

Der preussische Vogel Strauß.

Das offiziöse Wolffsche Depeschbüroau tut pflichtgemäß das seinige, um die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Aus Anlaß des Internationalen Sozialistenkongresses zu Kopenhagen hat es dem Bureau Nigan, das ihm die dänischen Depeschen liefert, angewiesen, unter keinen Umständen über den Kongreß zu berichten. So sucht das offiziöse Bureau die telegraphische Berichterstattung über den Kongreß für die deutsche Presse zu unterdrücken.

Ueber dem Lächerlichen an der Sache ist nicht zu vergessen, daß das Bureau Wolff zu anständiger objektiver Berichterstattung verpflichtet ist. Wenn ein fürstlicher Säugling Darmstator hat, so überschüttet dieses ehrenwerte Institut die Welt mit Telegrammen, wenn die Proletariat aller Kulturländer ihren Kongreß abhalten, so verstopft es die Ohren und steckt die Augen in den Sand!...

Hansabund und Mittelstandsvereinigung.

In Berlin tagte am Sonntag die Generalversammlung der deutschen Mittelstandsvereinigung, zu der die Freikonservativen, die Nationalliberalen und die Freisinnigen Abgeordnete als Vertreter entsandt hatten. Der Führer dieser Vereinigung, der Landtagsabgeordnete Kahardt, sprach über die Forderungen der Mittelstandsvereinigung an die Gesetzgebung. Die Klagen der Hausbesitzer behandelte der Hofbäckermeister Jaede in Berlin, dessen Ausführungen unterstützt wurden durch den Generalsekretär Sehtin-Hannover, der sich zu der Aeußerung verließ, daß die Hausbesitzer heute fast nur noch auf den größtstädtlichen Rob als Mieter angewiesen sind. Dann kam der Clou des Tages, der Direktor des Hansabundes, Oberbürgermeister a. D. Knobloch. Er sprach über Mittelstandsfragen und Hansabund. Er betonte zunächst, daß für den Mittelstand bisher so gut wie nichts geschehen sei. Deshalb bliebe kein anderer Ausweg übrig, als im kommenden Wahlkampf eine Reihe Personen in den Reichstag zu bringen, die mittelstandsfreundlich sind. Der Hansabund sei ganz besonders mittelstandsfreundlich, denn er habe bereits Erhebungen über die Mißstände im Submissionswesen veranlaßt. Der Hansabund ist ein Gegner der Beamten, Konsumgenossenschaften, wie auch ein Gegner der Beamtenkolonien. Der Zusammenschluß der Beamten zu solchen Zwecken müßte einfach verboten werden! Trotzdem der Hansabundsdirektor Knobloch den Mittelständlern in jeder Weise um den Part ging, erlebte er noch einen fürchterlichen Reinfall. In der Diskussion wurde nämlich die Frage angeschnitten, wie sich der Hansabund zu den Warenhäusern stelle, deren Inhaber dem Hansabund angehören. Von anderer Seite wurde betont, daß der Hansabund gegründet sei vom Zentralverband der Banken und dem Zentralverband Deutscher Industrieller. Schon deshalb sei es höchst verwerflich, daß dieser Hansabund nun auf einmal ein warmes Herz für den Mittelstand haben sollte. Was Direktor Knobloch gesagt habe, seien Lokartikeln nach Art der Warenhäuserreklame gewesen. Auch die Frage: „Wie hält es der Hansabund mit der Sozialdemokratie“, ist dem Direktor vorgelegt worden, außerdem wünschte man eine klare Antwort über die Stellung des Hansabundes zur Warenhaussteuer, zur Börsensteuer und zur Reichsfinanzreform.

Dem so ins Gedränge geratenen Hansabundsdirektor sprang sodann sein getreuer Blutsbrüder Obermeister Kahardt bei, der sich durch eine besonders eifrige Agitation für den Hansabund hervorgetan hat. Er hielt den Mittelständlern vor, daß sie vermutlich gar nicht wissen, wo sie sich befinden; sie müßten sich schämen, in Gegenwart der Abgeordneten verschiedener Parteien hier Parteipolitik zu treiben. Dieser dreiste Ausfall wurde von der Versammlung mit stürmischen Unterbrechungen beantwortet. Schließlich meinte Herr Kahardt noch, die Mittelständler seien auf die Unterstützung aller Parteien angewiesen und wären dumme und undankbare Kreaturen, wenn sie das Gute nicht nehmen, wo sie es finden. — Der Hansabundsdirektor Knobloch, der dann wieder zum Worte kam, gab seiner Ueberraschung Ausdruck darüber, daß die Angriffe so überaus scharf waren und erklärte dann:

„Der Hansabund ist ein Vertreter der bürgerlichen Parteien und hat noch niemals die Sozialdemokratie zu den bürgerlichen Parteien gerechnet. Es ist eine Lüge, daß jemand eine Parole in irgend einer Stichwahl zugunsten der Sozialdemokratie ausgeben würde.“

Danach wäre also der Hansabund für Großkapital und Mittelstand, aber auf alle Fälle gegen das Proletariat!

Aus dem Wahlkampf in Frankfurt a. O. — Sebud.

Aus dem Wahlkampf wird uns geschrieben: Der Herr Amtsvorsteher v. Stänzer-Karbe-Sieversdorf, der sich vor kurzem durch das geniale Verbot der sozialdemokratischen Versammlung in Briesen, die er dann doch nicht verhindern konnte, mit unsterblichem Ruhm bedeckt hat, belätigt sich jetzt eifrig als konservativer Agitator im Wahlkampf und hat in diesem Rolle dem ersten Sieg von Briesen noch einen zweiten hinzugefügt, der womöglich noch glorreicher als der erste ist. Mit dem ersten ist der Herr offenbar nicht ganz zufrieden, wie wohl daraus hervorgeht, daß er nach der vergeblich verbotenen sozialdemokratischen Versammlung nicht weniger als 25 Strafmandate verfaßt hat wegen — Verleumdung des Zugangsweges zum Versammlungsort! Daß diese Strafmandate einer gerichtlichen Nachprüfung nicht standhalten können, versteht sich von selbst.

Sonntag hatte nun der Herr Amtsvorsteher als Vorsitzender des konservativen Vereins eine Wählerversammlung nach Briesen besetzt. Offenbar sollte der böse Einfluß der sozialdemokratischen Versammlung wieder gutgemacht werden. Damit die Wirkung des Gegengiftes recht viele erreiche, lud der Herr Vorsitzende die Wähler der Orte Briesen, Kerstorf, Alt- und Neu-Mödlitz per Postkarte ein. Er hatte Erfolg, eine ganze Anzahl Wähler folgte der Einladung. Herr v. Stänzer übernahm die Leitung der Versammlung und eröffnete sie stimmungsboll mit der Drohung, daß er jeden Friedensstörer auf Grund seines Hausrechts aus dem Saal bringen lassen werde. Und dann nahm die Karikatur einer politischen Versammlung ihren Anfang. Nach einer Verherrlichung der königlichen Luise und des Hohenzollernhauses brachte der Vorsitzende das übliche Hoch auf den Kaiser aus, mit den Augen den Saal absuchend, ob nicht jemand sitzen geblieben wäre, und einige Ruchzügler ermahnend, sich jähneler zu erheben. Im weiteren forderte er die Sozialdemokraten auf, den Saal zu verlassen, weil sie sich in diesem Wahlkampf als Bölle betrogen hätten. Daß die Mehrzahl der Versammlungsbesucher diese Bekämpfung nicht ruhig hinnahm, sondern durch Zwischenrufe ihrem Unwillen Ausdruck gab, ist selbstverständlich. Jetzt ging es um die Wahrung des Hausrechts, das hinauszuwerfen begann in grotesker Weise. Folgendes Frage- und Antwortspiel entwickelte sich: Wo sind Sie her? Aus Briesenwalde. — Ich fordere Sie auf den Saal zu verlassen! Auf die Entgegnung: „Wir sind Wähler des Wahlkreises und als solche berechtigt an der Versammlung teilzunehmen“, schnarrt es durch den Saal: „Gendarm bringen Sie den Mann raus!“ Das war Nr. 1. und dann gab es unter ungeheurerem Hohngeklächer die Fortsetzung, bis acht Genossen aus dem Saale befördert waren. Der Beamte konnte garnicht schnell genug seines Amtes walten. Dann war es genug des grausamen Spiels. Ein donnerndes Hoch auf die Sozialdemokratie und der Herr Amtsvorsteher und der bedauernswerte Kandidat, der auch Arbeiter und Vorsitzende des evangelischen Arbeitervereins, Herr

Dunkel, waren mit ihren Getreuen allein. Auch ein Teil Bürgerlicher folgte den Sozialdemokraten, angewidert von dem, nun sagen wir einmal, forschen Aufstreben des Vorsitzenden. Unter Absingen der Strophe: Nicht zählen wir den Feind! erfolgte der Abzug. Der Herr Amtsvorsteher mag nur so weiter für die Sozialdemokratie agitieren!

Das amtliche Wahlergebnis für Bishouan-Marienber.

lautet folgendermaßen: Wahlberechtigt 29 243, abgegebenen Stimmen 24 323, gültige Stimmen 24 179. Hieron haben erhalten: Paul Göhre (Soz.) 14 831, Freisinniger Brodau 4706, Reformier Fritsche 4641. Eine Stimme zerplittert.

Die bayerische Regierung gegen die Feuerbestattung.

Die städtischen Kollegien in Nürnberg haben vor einigen Wochen beschlossen, mit dem notwendig gewordenen Neubau einer Gedächtnishalle auf dem Befriedhofe auch den Bau eines Krematoriums zu verbinden. Man will das Krematorium erbauen und in Betrieb setzen, ohne erst um die Genehmigung der Regierung nachzusuchen. Die Zentrumspresse geriet darüber außer Rand und Band und schrieb Peter und Morbio. Nun ist an den Stadtmagistrat Nürnberg eine Entschließung des Ministeriums des Innern ergangen, in der es heißt, daß „nach Zeitungsmeldungen“ der Bau und die Inbetriebnahme eines Krematoriums beabsichtigt sei. Die städtischen Kollegien seien anscheinend der Meinung, daß es dazu der polizeilichen Genehmigung nicht bedürfe. Die Regierung siehe aber auf dem entgegengelegten Standpunkte. Für die Zulassung der Feuerbestattung seien keinerlei gesetzliche Grundlagen gegeben. Sollte trotzdem die Absicht der Kollegien ausgeführt werden, so werde die Regierung den Betrieb des Krematoriums polizeilich einstellen lassen. Der Magistrat hat hierauf beschloffen, die Frage erneut durch einen Ausschuss vorzubereiten und dabei prüfen zu lassen, ob es sich nicht empfiehlt, auf dem Beschluß zu beharren und, wenn die Regierung dagegen einschreite, einen Prozeß anzustrengen.

Frankreich.

Städtische Korruption.

Paris, 29. August. Der Seinepräsekt hat dreizehn aktive Beamte abgesetzt, welche die Stadt durch betrügerisches Vorgehen um eine halbe Million geschädigt haben. Es heißt, daß das Treiben der unredlichen Beamten, die von mehreren großen Verkaufsfirmen bestochen seien, seit fünf Jahren andauernd habe. Gleichzeitig wurde gegen die Beamten strafrechtliche Untersuchung eingeleitet.

Portugal.

Die Wahlen.

Lissabon, 29. August. „Journal“ meldet aus Lissabon: Briefe aus Gibraltar sagen, daß die Mobilisation der Truppen in Portugal vor allen Dingen seinen Grund darin habe, daß die Regierung bestrebt war, aus der Hauptstadt des Königreiches und aus einigen strategischen wichtigen anderen Städten des Landes gewisse Chef- und Offiziere der Armee und zwar sowohl der Landmacht als auch der Marine zu entfernen, deren Royalismus zweifelhaft erschien und die sich verdächtig gemacht hatten. Mehrere Regimenter haben ihre Garnisonen gewechselt und verdächtige Polizeibeamte sind durch andere, deren patriotische Gesinnung und Treue über jeden Zweifel erhaben ist, ersetzt worden. Es steht jetzt nach den bisherigen Ergebnissen der Untersuchungen außer allem Zweifel, daß eine militärische Konspiration vorbereitet worden war. Aufgefundene Pläne verrieten, daß das Haus des Ministerpräsidenten in die Luft gesprengt werden sollte. Die Polizei hat alle revolutionären Plakate abreißen lassen, welche das Ende des gegenwärtigen Regiments anzeigten und die Bevölkerung zum energischen Handeln aufforderten. In diesen Plakaten wurde dem Volke mitgeteilt, daß es von der Regierung nichts zu fürchten habe, da die Armee und die Marine auf seiner Seite ständen. Sämtliche Depeschen an die großen Zeitungsburous wurden von der Regierung angehalten und entweder völlig unterschlagen oder völlig zerstückelt weitergegeben.

Republikanische Erfolge.

Lissabon, 28. August, 12 Uhr nachts. Die Republikaner haben bei den heutigen Wahlen in verschiedenen Bezirken von Lissabon und Oporto Mehrheiten erzielt. — Soweit bis jetzt bekannt, haben sich die Wahlen in voller Ordnung vollzogen.

Lissabon, 28. August. Inher in Lissabon und Oporto haben auch in Beja die Republikaner bei den Wahlen Majoritäten erzielt. Die Wahlen werden nicht vor dem 30. d. M. beendet sein.

Die voraussichtliche Regierungsmehrheit wird auf 85 bis 45 Abgeordnete geschätzt.

Weitere Wahlergebnisse.

Lissabon, 29. August. Die Mehrzahl der Stimmen in der Stadt Lissabon ist bisher auf die zehn republikanischen Kandidaten entfallen. Die Monarchisten sind in Ministerielle und Oppositionelle gespalten und bekämpfen einander. Die Wahlen werden heute in Lissabon und in der Provinz fortgesetzt. Zu wählen sind 155 Abgeordnete.

Dieser sind 185 Wahlergebnisse bekannt, und zwar wurden 90 ministerielle, 83 oppositionelle Monarchisten und 12 Republikaner gewählt.

Montenegro.

Firmenänderung.

Wie aus Cetinje telegraphiert wird, wird der bisherige Fürst Nikolaus künftighin als König firmieren.

Die feindlichen Serben.

Belgrad, 28. August. Während der heutigen Aufführung der von dem Fürsten Nikolaus von Montenegro verfaßten dramatischen Dichtung „Die Wallangarin“ im Serbischen Nationaltheater ereigneten sich stürmische Demonstrationen gegen den Fürsten. Als der Vorhang aufging, wurden auf der Galerie Pfuirufe laut; gleichzeitig begann ein Schreien und Pfeifen. Trotz des Einschreitens der Polizei dauerte der Lärm während der ganzen Vorstellung an und setzte sich nach ihrer Beendigung auf den Straßen fort.

Japan.

Die Annexion Koreas.

Tokio, 29. August. Die Annexion Koreas ist öffentlich bekanntgegeben worden; die neue Kolonie wird den Namen Cho Sen führen.

Der neue Ministerresident Vicomte Terauchi erklärt, es sei der Wunsch des Kaisers von Japan, daß alle Anstrengungen gemacht würden, die Koreaner fühlen zu lassen, daß in der Annexion Koreas durch Japan keine Erniedrigung, sondern vielmehr eine Erlösung liege. Die japanische Politik würde auf die Förderung und Entwicklung der koreanischen Hilfsquellen gerichtet sein.

Außerdem kann auf Grund guter Informationen festgestellt werden, daß, obwohl mit der Annexion die Handelsverträge mit den fremden Mächten hinsichtlich werden, eine Änderung des Zolltarifs für absehbare Zeit nicht beabsichtigt ist. Auch werden Ausländer in Korea dieselben Rechte genießen wie im übrigen Japan.

Die Tariffrage im Speditionsgewerbe

beschäftigte am Sonntag eine, vom Zentralverband der Transportarbeiter einberufene große Versammlung der Kollkutscher, Begleiter und Speditionsarbeiter Berlins, die bei Freyer in der Kopenstrasse tagte. Für die Lohnkommission berichtete August Werner über die neuen Tarifverhandlungen, die auf Grund der Beschlüsse vom Sonntag, den 21. August, erfolgt sind. Nach längeren Verhandlungen machten die Vertreter der vereinigten Speditoren in einer Sitzung folgende Zugeständnisse, die auf der Voraussetzung einer fünfjährigen Vertragsdauer beruhen: Es sollen die in bahnamtlichen Betrieben tätigen Kutscher und Begleiter vom 1. September 1910 bis zum 28. Februar 1913 einen Lohn von 28,50 Mark erhalten. Das bedeutet eine Lohnerhöhung von 2,50 Mark bis 3,50 Mark, denn bisher betrug der Anfangslohn 23 Mark, der nach halbjähriger Beschäftigung auf 24 Mark stieg. Dieselben Kutscher und Begleiter sollen vom 1. März 1913 bis zum 31. August 1915 einen Lohn von 28,50 Mark erhalten, also eine weitere Zulage von 2 Mark. — Die Kollegen in den Stadtbetrieben sollen erhalten vom 1. September 1910 bis zum 28. Februar 1913 einen Lohn von 30,50 Mark. (Bisher Anfangslohn 25 Mark, nach einem halben Jahr 28 Mark.) Vom 1. März 1913 bis zum 31. August 1915 soll ihr Lohn 32,50 Mark betragen. Der Referent betonte, daß hiermit für die erwähnten Kollegen der langersehnte Einheitslohn zugestanden sei. — Für die Bodenarbeiter konnte das nicht erzielt werden. Bisher erhielten sie 24 Mark und nach einem halben Jahr 26 Mark. Nach den Zugeständnissen der Speditorenvertreter sollen die Bodenarbeiter vom 1. September 1910 bis zum 28. Februar 1913 erhalten als Anfangslohn 26,50 Mark und nach vierjährlicher Tätigkeit 28,50 Mark, und vom 1. März 1913 bis zum 31. August 1915 sollen sie erhalten als Anfangslohn 28,50 Mark und nach vierjährlicher Tätigkeit 30,50 Mark. — Den Mitsfahrern (Jugendlichen), die in einer besonderen Versammlung tagen, werden ebenfalls Lohnerhöhungen zugestanden, von denen Redner meint, daß es für die Mitsfahrer nicht zu unterschätzende Verbesserungen seien. — Die Arbeitszeit der Kutscher in bahnamtlichen wie in den Stadtbetrieben soll dauern von 6 1/2 Uhr morgens bis 7 1/2 Uhr abends, in welcher Zeit aber 2 1/2 Stunden Pausen eingeschlossen sind. Das bedeutet gegenüber dem jetzigen Zustand eine Verkürzung von einer Stunde. Für Ueberstunden sind 60 Pfennig vorgesehen. Wenn morgens eine halbe Stunde früher begonnen wird, wird sie mit 30 Pfennig vergütet. — Für Bodenarbeiter soll die wirkliche Arbeitszeit 10 1/2 Stunden innerhalb einer Wuttoarbeitszeit von dreizehn Stunden betragen. (Pausen also 2 1/2 Stunden.) Bisher betrug die Arbeitszeit der Bodenarbeiter 11 Stunden innerhalb einer unbegrenzten Wuttoarbeitszeit, die nach dem Ermessen der Betriebsleiter ausgedehnt wurde. Beginnt die Arbeitszeit der Bodenarbeiter 7 Uhr morgens, so soll sie 8 Uhr abends enden; beginnt sie 6 Uhr morgens, so endet sie 7 Uhr abends. Die darüber hinaus geleistete Arbeit wird als Ueberstunde mit 50 Pf. bezahlt. — Als Urlaub soll gewährt werden nach einjähriger Tätigkeit eine Woche, nach 3 Jahren 10 Tage, nach 5 Jahren 12 Tage, nach 10 Jahren 14 Tage. — Für Streitfälle ist eine Schlichtungskommission vorgesehen. — Redner empfahl die Annahme des Zugeständenen, ebenso Schumann namens der Organisationsleitung. — Es entspann sich eine sehr lebhaft Diskussions, in der verschiedene Redner gegen und andere für die Annahme der Zugeständnisse der Unternehmer sprachen. Die geheime Abstimmung ergab die Ablehnung der Vorschläge mit 372 gegen 343 Stimmen, also mit einer Mehrheit von 29 Stimmen. — Die Kommission und Leitung macht unter diesen Umständen den Vermittlungsvorschlag, die Zugeständnisse der Speditoren anzunehmen unter der Bedingung, daß die Speditoren statt mit einem fünfjährigen Vertrag mit einem vierjährigen Vertrag einverstanden erklären, sowie damit, daß die zweite Zulage von zwei Mark statt nach 2 1/2 Jahren bereits nach zwei Jahren eintritt.

Dem stimmte die Versammlung zu.

Die jugendlichen Mitsfahrer aus den Speditionsbetrieben hatten ihre besondere Versammlung bei Werlowky in der Andreasstraße. Hier nahmen sie den Bericht der Lohnkommission entgegen. Danach haben die Speditoren den jugendlichen Mitsfahrern folgende Zugeständnisse gemacht: Der Einstellungslohn für jugendliche Arbeiter im Alter bis zu 17 Jahren beträgt 13 Mark, für solche über 17 Jahre dagegen 16 Mark. Nach halbjähriger Beschäftigung erhalten diese Arbeiter eine Zulage von einer Mark, sofern die Jugendlichen unter 17 Jahren den Lohn von 15 Mark und die über 17 Jahre alten den Lohn von 18 Mark noch nicht erreicht haben. — In der ausgedehnten Diskussion erklärten die meisten Redner die Zugeständnisse für nicht genügend und verlangten Ablehnung. — Mit Rücksicht darauf, daß die Versammlung der Kollkutscher und Bodenarbeiter ihren Beschluß noch nicht gefaßt hatte, setzte schließlich die Versammlung der Jugendlichen ihren Beschluß aus bis zu einer späteren Versammlung.

Lohnbewegung der Fahrstuhlmonteure und Helfer.

Die Fahrstuhlmonteure und ihre Helfer sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie hielten am Sonntag im großen Saale der Dachbrauerei in der Chausseestraße eine sehr zahlreich besuchte Versammlung ab, in der über die Einreichung der Forderungen und die weiter notwendig werdenden Schritte beraten und beschlossen wurde. Wenn die Bewegung unter den Fahrstuhlmonteuren und Helfern jetzt mit so großer Kraft einsetzt, so hat das seine Ursache in den außerordentlich traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnissen ihrer Branche. Das Publikum bildet sich meist ein, diese Monteure, die eine sehr verantwortungsvolle Arbeit auszuführen haben, die gründlich gelernt sein will und von deren gewissenhafter Ausführung Leben und Gesundheit des Publikums abhängt, müßten doch recht hohe Löhne bekommen und wohl mindestens 1 Mk. die Stunde verdienen. Aber die Dinge liegen ganz anders. Man zahlt den Monteuren 50 Pf. Stundenlohn oder noch weniger und wenn sie jahrelang tätig gewesen sind, haben sie es vielleicht auf 68 bis 60 Pf. gebracht, und den Helfern werden 35, ja sogar nur 32 Pf. Stundenlohn geboten für die schwere Arbeit. Daß die Fahrstuhlmonteure und Helfer so esend entlohnt werden, ist um so empörender, als sie ja ihre Arbeit nicht in der Werkstatt verrichten können, sondern in weitem Umkreis bald hier bald dort zu tun haben, wodurch die Lebenshaltung bedeutend verteuert wird. Uebrigens läßt auch die Behandlung oft sehr viel zu wünschen übrig. Ungerechte Entlassungen und Maßregelungen kommen häufig vor. Kamentlich zeichnet sich darin die große Firma Karl Bloch aus, die erst kürzlich aus ganz wichtigen Gründen einen Monteur, der 10 Jahre bei ihr tätig war, plötzlich entlassen hat. Von dieser Firma wurde auch mitgeteilt, daß sie ihre Arbeiter seinerzeit nötigte, der gelben Organisation beizutreten, den Arbeitern jetzt, nachdem sie längst aus diesem Streikbrecherverband ausgetreten sind, fortlaufend die Beiträge dafür abzieht.

Die Forderungen, die nun an die Unternehmer gestellt werden, sind in den Hauptpunkten: Festsetzung der täglichen Arbeitszeit auf 9 Stunden; Sonnabends soll 1 Stunde früher Feierabend sein, an den Vorabenden der Feiertage um 2 Uhr mittags. Der Mindestlohn der Monteure soll für den Anfang auf 70 Pf. festgesetzt werden, nach 3 Monaten der Beschäftigung auf 75 Pf., nach 6 Monaten auf 80 Pf. steigen; für die Helfer werden als Mindestlohn für den Anfang 45 Pf., nach 3 Monaten 50 Pf., nach sechs Monaten 55 Pf. verlangt. Für Ueberzeitarbeit, die nur in dringenden Fällen zulässig sein soll, wird für die ersten 2 Stunden ein Zuschlag von 25 Proz., für die folgenden 3 Stunden von 50 Proz. verlangt, für Nacht- und Sonntagsarbeit 75 Proz. Bei

Reparaturen soll die Ueberzeitarbeit die ersten 4 Stunden mit 50 Proz. Zuschlag gezahlt werden.

Tariffbewegung der Kistenmacher.

Die Kisten- und Koffermacher hatten an ihre Arbeitgeber Lohnforderungen gestellt, worüber es am letzten Freitag zu Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Vertretern kam. Mit dem Ergebnis beschäftigte sich am Sonntag eine stark besuchte Versammlung, zu der sich auch ungeladene mehrere Fabrikanten eingefunden hatten. Da die Arbeitgeber ihre Versammlungen hinter verschlossenen Türen abhalten, wünschten auch die Arbeiter unter sich zu sein. Die Arbeitgeber verließen darauf die Versammlung. Wertes gab dann den Bericht über die gepflogenen Unterhandlungen. Darnach haben sich die Arbeitgeber, die sich im Laufe der letzten Jahre organisierten und dem Arbeitgeberverband für die Holzindustrie angeschlossen, mit der Schaffung eines Tarifvertrages einverstanden erklärt. Es kam jedoch auf der Grundlage des von der Arbeiterschaft aufgestellten Entwurfs nicht zu einer Verständigung. Die Fabrikanten wollen ihrerseits einen Entwurf ausarbeiten. Am nächsten Mittwoch sollen erneut Verhandlungen stattfinden. Die Kommission empfahl deshalb, nicht wie bei früheren Lohnbewegungen, nach Ablauf der den Arbeitgebern gesetzten Frist mit dem Streik sofort vorzugehen, sondern zunächst das Ergebnis der für Mittwoch angelegten Verhandlungen abzuwarten. Ein großer Teil der Disziplinierungsbedürfnisse des Vorschlags. Die Arbeitgeber wollen nur Zeit gewinnen, um die eiligen Aufträge fertigzustellen. Wenn sie ernstlich gewillt wären, den Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen, so hätten sie auch von diesen aufgestellten Tarif als Grundlage bei den Verhandlungen benutzen können. Eine Verschleppung der Angelegenheit dürfte man sich nicht gefallen lassen, sondern müßte mit sofortiger Arbeitseinstellung antworten. Andere Redner erklärten, man müsse der Kommission schon das Vertrauen schenken, daß sie sich eine weitere Verschleppung nicht gefallen lassen werde. Die Kommissionsmitglieder versprachen alles zu tun, um die Verhandlungen noch in dieser Woche zum Abschluß zu bringen, anderenfalls würden sie den Streik nicht mehr aufhalten. Nach längerer Debatte wurde dem Kommissionsvorschlag zugestimmt.

Tariffbewegung der Laden- und Kontortischler.

Am Sonntag fand eine stark besuchte Versammlung statt, in der Obmann Horn Bericht erstattete und im Namen der Ortsverwaltung des Verbandes den Anwesenden empfahl, keine vorläufigen Beschlüsse zu fassen, sondern sich bis Mittwoch zu gedulden. Dann müsse die Entscheidung sozusagen fallen. Diese Ausführungen lösten große Erregung aus, da das Hinausschieben von den betreffenden Arbeitern als Verschleppungsakt der Unternehmer angesehen wird. Sie sind der Meinung, daß ein Tarif, der von beiden Parteien abgeschlossen ist, auch gehalten werden muß. Die nachfolgende Debatte war demzufolge sehr lebhaft. Zum Schluß wurde ein Antrag aus der Versammlung einstimmig angenommen, daß am Montag in allen Betrieben, wo der Tarif nicht bewilligt wird, die Arbeit niedergulegen ist.

Tariffbewegung der Linoleumleger und Teppichnäher.

In der am Sonntag stattgefundenen Versammlung konnte Schutz für die Affordwerkstätten noch keine endgültige Antwort mitteilen, da dieselbe erst zu Montag erfolgen sollte. Die Vertrauensmännerprüfung schlug aus diesem Grunde der Versammlung vor, die endgültige Abstimmung über die eventuelle Arbeitsniederlegung bis zu einer am Mittwochabend stattfindenden Versammlung zu vertagen. Nach scharfer Auseinandersetzung, wobei der strikte Standpunkt vertreten wurde, nicht länger zu warten, wurde der Vorschlag angenommen.

Für die bei den Zwischenmeistern beschäftigten Kollegen wurde der Beschluß gefaßt, in einer am Montag abend stattfindenden Versammlung die Verhandlungen fortzusetzen. In der betreffenden Versammlung war das Resultat zu verzeichnen, daß ein Teil der in Betracht kommenden Betriebe bewilligt hat, während bei den anderen am Dienstag früh die Arbeit eingestellt wird.

Kätzung, Klemperer und Rohrleger! In Spandau streifen die Klemperer und Rohrleger zwecks Anerkennung des Tarifs. Spandau ist für Klemperer und Rohrleger gesperrt. Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Zum Werstarbeiterkampfe.

Dem Deutschen Flottenverein, der unter alldeutscher Flagge segelt, und durch die Leute, die der Waffenfabrikation nahe stehen, gern und gut unterstützt wird, kann sicher nicht nachgesagt werden, daß er arbeiterfreundlich sei; umso mehr verdient es Beachtung, wenn sogar die Leitung des Flottenvereins dem Werstarbeiterkampfe nicht die eigentliche Scharmacherefreude entgegen bringen kann. In den Mitteilungen des Flottenvereins liest man:

„Wenn daher namentlich die Schiffe (nach dem Programme des Flottengesetzes) nicht fertig werden, so treten nicht nur militärisch schwerwiegende Folgen ein, es wird vielmehr auch die Vergebungspolitik der Flottenverwaltung durchkreuzt, für die es sehr wesentlich ist, daß ausreichend viel Gellinge auf den in Betracht kommenden großen Werften zu ihrer Verfügung stehen. Wenn jetzt die deutschen Werften für eine Weile still gelegt werden, wird die Folge sein, daß unsere (Handels-) Reederei auf die Heranziehung der überzähligen englischen (Handels-) Schiffe Bedacht nehmen muß, so daß den deutschen Werften auch nach Wiederaufnahme des Betriebes die Aufträge fehlen werden.“

Höchst eigenartig gestalten sich die Verhältnisse der Arbeiterschaft... die Werkleute an den Eisenwerken (heute) mit wenigen Ausnahmen auch in anderen Branchen der Metallindustrie Beschäftigung finden. Dies gilt in erster Linie für die Maschinenbauer und Kesselschmiede, aber auch für die Gesamtheit der Schmiede und Schlosser, der Rieter und der zahlreichen Hilfsindustrien. Hier findet schon in guten Zeiten ein forgesetztes Hin- und Herströmen der Leute statt, dergestalt, daß bei gutem Geschäftsgange in den übrigen Zweigen, in der Schiffbauindustrie zuerst Arbeitermangel eintritt. Aus diesem Grunde ist anzunehmen, daß eine Anzahl der ausgesperrten Werkleute längst wieder anderweitig Beschäftigung gefunden hat.“

Also ganz so wohl, wie man es in Unternehmernblättern so gern hinstellt, fühlen sich gerade in diesem Kampfe die Unternehmer nicht.

Allmählich sind so ziemlich alle Betriebe in Hamburg, die irgend wie mit dem Schiffbau und der Schiffsreparatur in Verbindung stehen, vom Streik der Hamburger Werstarbeiter in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Parole der Arbeiter, Verweigerung jeglicher Streikarbeit, ist strikte befolgt worden. Alle Täuschungsversuche mißlingen.

Ausland.

Schuhmacherstreik in Warschau.

Vor einigen Tagen brach in Warschau unter den Schuhmachern, die für die zentralen Gouvernements arbeiten, ein Streik aus. 10.000 Arbeiter traten am Morgen des 19. August zu gleicher Zeit in den Ausstand, indem sie eine Reihe gleichlautender ökonomischer Forderungen aufstellten.

Kein Generalstreik.

Wissau, 28. August. (W. Z. W.) In einer Delegiertenversammlung des Arbeiterverbandes, der auch Delegierte aus Madrid beimohten, wurde mit 17 gegen 13 Stimmen beschlossen, den Generalstreik nicht zu proklamieren.

Wieder eine Kaiserrede.

Am Montagabend hat Wilhelm II. bei einem Diner in Marienburg seine Königsberger Rede unterstrichen. Nach einigen einleitenden Sätzen führte Wilhelm II. folgendes aus:

Eines Punktes hat der Redner keine Erwähnung getan, und den möchte ich nachholen: Daß ich mich ganz besonders stolz und glücklich fühle, daß ich auch als Gutbesitzer unter Ihnen residieren und mit Ihnen alle Freuden und alle Sorgen des Landwirtes mitempfunden kann (lebhafter Beifall!) und so in der Lage bin, mich über die Gedanken und Gefühle Meiner Nachbarn zu orientieren... Sie sind hier versammelt in der alten Marienburg. Dieses gewaltige Bauwerk, ein äußeres Zeichen der Macht und Fülle, die in dem Deutschen Orden sich ausdrückte, die große Quelle, von der aus die deutsche Kultur über die Ostlande sich ergoß. Fürwahr, eine staunenswerte Arbeit unter unendlichen Schwierigkeiten. Das lehrt uns die Marienburg und der Deutsche Orden, der unserem Königreich das ragende Panier mit dem Schwarzen Adler auf silbernem Felde gab! Durch feierliches Gelöbniß waren sich die Ordensbrüder zugetan und stellten ihr Werk unter die Obmacht eines Höheren. Durch diese einheitliche Geschlossenheit hat der Orden diese unerhörte Leistung zuwegegebracht. Das soll für uns ein Vorbild sein! Das Kreuz auf seinem Gewande bedeutet die Unterordnung unter des Himmels Willen. Es bedeutet, daß Deutschtum und Christentum untrennbar von einander sind. Was sollen wir daraus lernen? Daß dies eine Illustration für das Wort ist, was ich neulich in Königsberg gesprochen habe: So wie kein seliger Großvater und wie ich und unter der höchsten Obhut und dem höchsten Auftrage unseres Herrn und Gottes arbeitend dargestellt haben, so nehme ich das von einem jeden christlichen Christen an, wer es auch sei.

Wer in dieser Gesinnung arbeitet, dem wird es aber klar, daß das Kreuz auch verpflichtet! Wir sollen in brüderlicher Liebe zusammenhalten, die Konfessionen und die Stämme. Wir sollen einem jeden Stamme seine Eigenheit und Eigenart lassen. Es sollen die Stämme und die Berufsgenossenschaften die Hände ineinanderschlagen zu gemeinsamer Arbeit, zur Erfüllung der staatlichen Notwendigkeiten. Der Landwirt schlage in die Hand des Kaufmanns ein, dieser in die Hand des Industriellen. Der Jügendliche einer Partei ergreife die Hand des Andersgesinnten, wenn es darauf ankommt, Großes für unser Vaterland zu leisten; und eine Konfession trage die andere mit Liebe. Dann werden wir dem Vorbild der großen deutschen Männer, die hier einst gestanden und gearbeitet haben, nachkommen. Dann werden wir die Schwierigkeiten, die sich uns entgegenrücken — und wo werden sich die nicht finden — überwinden. Leben heißt arbeiten, arbeiten heißt kämpfen, kämpfen heißt Schwierigkeiten überwinden, und die werden mit gegenseitiger Achtung und mit gegenseitiger Hilfe überwunden, wenn man sie als von oben und in den Weg gelegte Prüfsteine ansieht. Daß ich hier von Ihnen verstanden werde, das verbürgt mir die Gesinnung der Provinz, und von ihr hoffe ich, daß mir ihre Mitarbeit zuteil wird. Das Gelöbniß nehme ich von Ihnen mit, genau in demselben Wortlaut, wie einst das alte Leib-Grenadier-Regiment, als es in die Freiheitskriege austrückte: „Das soll ein Wort sein!“ Die Provinz Westpreußen hurra, hurra, hurra!

Siegreiche Wahlen.

Bochum, 29. August. (Privatelegramm des „Vorwärts“.) Nach den bis 10 Uhr abends eingelaufenen Resultaten bedeutet der Ausfall der Sicherheitsmännerwahlen einen über alle Maßen günstigen Sieg für den Bergarbeiterverband. Von den vom Deutschen Bergarbeiterverband aufgestellten Kandidaten waren bis 10 Uhr gewählt 433, vom christlichen Gewerksverein 83, Polen 18, Girsch-Dundersche 3 und von den Kandidaten der Rechten 6. Ein Ort, aus dem ein für den Bergarbeiterverband günstiges Resultat noch zu erwarten ist, steht noch aus. Die Stimmung unter den Bergarbeitern ist eine begeisterte.

Um der Liebe des Volkes zu entgehen.

Friedberg, 29. August. Wenn man sich das Bild außerhalb der Burg am Eingange des südlichen Burgtores betrachtet, so glaubt man sich in die Zeiten des Mittelalters zurückversetzt. Vor und hinter dem Tor, hinter dem Schlagbaum wandern unaufhörlich Soldaten und Polizeibeamte in Zivil auf und ab. Vor dem Toreingange steht ein Doppelposten, dem gleichfalls Polizeibeamte in Zivil zugeteilt sind. Auch in der Burg und im Schlosse weist alles darauf hin, daß man für die Ankunft des Jaren vorbereitet ist. Sämtliche Wachtlokalen sind besetzt worden und die Wachen sind aufgezoogen. Zugleich ist im Vorbau eine große Anzahl Kriminalbeamte stationiert. Bezüglich des Eintrittes in das Schloß selbst haben die Posten die Weisung bekommen, niemand durchzulassen, der nicht eine besondere vom Hofmarschallamt schriftlich ausgestellte Erlaubnis dazu hat. Der Posten darf nicht einmal einen Offizier seiner eigenen Truppe durchlassen, der nicht im Besitze eines solchen Ausweises ist.

Wie verlautet, ist auch die Wäschküche des Schlosses vollständig renoviert worden, damit allen Anforderungen entsprochen werden kann. Die Leibhofenwäscherin Nikolaus II. soll bereits eingetroffen sein.

Exploidiertes Geschöß.

Hammelnburg i. d. Rhön, 29. August. (W. Z. W.) Auf dem Truppenübungsplatze Hammelnburg fanden Soldaten des 17. Infanterieregiments einen Zünder. Sie beschäftigten sich damit so lange, bis er freipierte. Vier Mann wurden schwer verletzt, zweien von ihnen wurde je ein Arm abgerissen.

Ein neuer Weltshöheford.

Obere, 29. August. (W. Z. W.) Der Flieger Morane hat heute mit seinem Eindecker eine Höhe von 2100 Meter erreicht und damit den Weltshöheford des Schotten Drezel geschlagen.

Ausdehnung des Streiks in Bilbao.

Bilbao, 29. August. (W. Z. W.) Die Bedarbeiter und Fuhrleute haben sich mit den ausständigen Winenarbeitern solidarisch erklärt und ebenfalls die Arbeit niedergelegt. Die Arbeit auf dem Rai ist infolgedessen vollständig lahmgelegt.

Blutige Wahlen.

Lissabon, 29. August. (W. Z. W.) Im Bezirk Castello branco haben sich Wahlzwischenfälle ereignet. Ein Wahlgang wurde auf der Rückkehr vom Dorfe Paul mit Revolvergeschüssen angegriffen, dabei soll es Tote gegeben haben.

8. Internationaler Sozialistischer Kongress.

Kopenhagen, den 28. August.

Eröffnungssitzung.

Der prächtige Saal des Kongresspalastes ist die Stelle, wo die Internationale tagt. Weitaus ist er zu klein für die ungeheure Menge von Delegierten, die aus allen Teilen der Welt zusammengekommen sind.

Die Delegierten sind an neun, immer durch einen Durchgang geschiedenen Tafeln untergebracht. Die erste Tafel links vom Präsidium wird von der schwedischen Delegation eingenommen.

Um 1/11 Uhr wird der Kongress mit dem Vortrage einer Kantate eröffnet, die von A. P. N e h e r, dem bekannten sozialdemokratischen Schriftsteller, Agitator, Dichter und Abgeordneten verfasst und von S. H e n d, einem kopenhagener Kapellmeister, komponiert ist.

Genossen! Wir haben in dieser Kantate versucht das Gefühl auszudrücken, das uns befeelt und das den Boden bildet, auf dem wir hier zusammenzutreten, das Gefühl internationaler Solidarität des kämpfenden Proletariats aller Länder der Welt.

Genossen! Wir haben in dieser Kantate versucht das Gefühl auszudrücken, das uns befeelt und das den Boden bildet, auf dem wir hier zusammenzutreten, das Gefühl internationaler Solidarität des kämpfenden Proletariats aller Länder der Welt.

Genossen! Wir haben in dieser Kantate versucht das Gefühl auszudrücken, das uns befeelt und das den Boden bildet, auf dem wir hier zusammenzutreten, das Gefühl internationaler Solidarität des kämpfenden Proletariats aller Länder der Welt.

Genossen! Wir haben in dieser Kantate versucht das Gefühl auszudrücken, das uns befeelt und das den Boden bildet, auf dem wir hier zusammenzutreten, das Gefühl internationaler Solidarität des kämpfenden Proletariats aller Länder der Welt.

tratte noch einmal ein herzliches Willkommen! (Stürmischer, langanhaltender, mehrfach wiederholter Beifall.) Dann wurde die Kantate beendet. Beim Schlussgesang der Internationale erhoben sich die Kongressmitglieder und das Publikum und stimmten in den Chor ein.

Dann nahm das Internationale Sozialistische Bureau seine Plätze auf der Tribüne ein, und Venedicke übernahm den Vorsitz mit den Worten: Im Namen des Internationalen Sozialistischen Bureaus erkläre ich den achten Internationalen Sozialistischen Kongress für eröffnet und erteile sofort das Wort dem Mitgliede des Politbüros, Genossen Staining im Namen der dänischen Genossen.

Genosse Staining

hierbei folgende Begrüßungsansprache: Partei- und Kampfgenossen! Namens der dänischen Sozialdemokratie heiße ich den achten Internationalen Sozialistischen Kongress herzlich willkommen in Dänemark und in Kopenhagen.

Genossen! Wir haben in dieser Kantate versucht das Gefühl auszudrücken, das uns befeelt und das den Boden bildet, auf dem wir hier zusammenzutreten, das Gefühl internationaler Solidarität des kämpfenden Proletariats aller Länder der Welt.

Genossen! Wir haben in dieser Kantate versucht das Gefühl auszudrücken, das uns befeelt und das den Boden bildet, auf dem wir hier zusammenzutreten, das Gefühl internationaler Solidarität des kämpfenden Proletariats aller Länder der Welt.

Genossen! Wir haben in dieser Kantate versucht das Gefühl auszudrücken, das uns befeelt und das den Boden bildet, auf dem wir hier zusammenzutreten, das Gefühl internationaler Solidarität des kämpfenden Proletariats aller Länder der Welt.

Genossen! Wir haben in dieser Kantate versucht das Gefühl auszudrücken, das uns befeelt und das den Boden bildet, auf dem wir hier zusammenzutreten, das Gefühl internationaler Solidarität des kämpfenden Proletariats aller Länder der Welt.

Genossen! Wir haben in dieser Kantate versucht das Gefühl auszudrücken, das uns befeelt und das den Boden bildet, auf dem wir hier zusammenzutreten, das Gefühl internationaler Solidarität des kämpfenden Proletariats aller Länder der Welt.

Genossen! Wir haben in dieser Kantate versucht das Gefühl auszudrücken, das uns befeelt und das den Boden bildet, auf dem wir hier zusammenzutreten, das Gefühl internationaler Solidarität des kämpfenden Proletariats aller Länder der Welt.

8 Millionen Anhänger umfasst. (Beifall.) Wir sind nicht nur eine gewaltige, sondern eine ständig wachsende Macht. Mit wenigen Ausnahmen sehen wir überall ein erfreuliches Anwachsen der sozialistischen Parteien.

Genossen! Wir haben in dieser Kantate versucht das Gefühl auszudrücken, das uns befeelt und das den Boden bildet, auf dem wir hier zusammenzutreten, das Gefühl internationaler Solidarität des kämpfenden Proletariats aller Länder der Welt.

Genossen! Wir haben in dieser Kantate versucht das Gefühl auszudrücken, das uns befeelt und das den Boden bildet, auf dem wir hier zusammenzutreten, das Gefühl internationaler Solidarität des kämpfenden Proletariats aller Länder der Welt.

Genossen! Wir haben in dieser Kantate versucht das Gefühl auszudrücken, das uns befeelt und das den Boden bildet, auf dem wir hier zusammenzutreten, das Gefühl internationaler Solidarität des kämpfenden Proletariats aller Länder der Welt.

Genossen! Wir haben in dieser Kantate versucht das Gefühl auszudrücken, das uns befeelt und das den Boden bildet, auf dem wir hier zusammenzutreten, das Gefühl internationaler Solidarität des kämpfenden Proletariats aller Länder der Welt.

Genossen! Wir haben in dieser Kantate versucht das Gefühl auszudrücken, das uns befeelt und das den Boden bildet, auf dem wir hier zusammenzutreten, das Gefühl internationaler Solidarität des kämpfenden Proletariats aller Länder der Welt.

Genossen! Wir haben in dieser Kantate versucht das Gefühl auszudrücken, das uns befeelt und das den Boden bildet, auf dem wir hier zusammenzutreten, das Gefühl internationaler Solidarität des kämpfenden Proletariats aller Länder der Welt.

Genossen! Wir haben in dieser Kantate versucht das Gefühl auszudrücken, das uns befeelt und das den Boden bildet, auf dem wir hier zusammenzutreten, das Gefühl internationaler Solidarität des kämpfenden Proletariats aller Länder der Welt.

Genossen! Wir haben in dieser Kantate versucht das Gefühl auszudrücken, das uns befeelt und das den Boden bildet, auf dem wir hier zusammenzutreten, das Gefühl internationaler Solidarität des kämpfenden Proletariats aller Länder der Welt.

2. für die Gewerkschaftsfrage, für die Verwirklichung der internationalen Solidarität und die Einigkeit der Gewerkschaftsbewegung in Oesterreich;

3. für Antimilitarismus, Schiedsgerichte und schnelle Ausführung der internationalen Kongressbeschlüsse für den Frieden.

4. für die Arbeiterbeschäftigung, ihre Befreiung in den einzelnen Ländern und die Frage der Arbeitslosigkeit.

5. für die Resolutionen, die französische Resolution über die sozialistische Einigkeit, die Resolution über die Todesstrafe, über Finnland, Persien, Argentinien usw.

Die interparlamentarische Kommission behält als selbständiger Körper ihre Tagesordnung bei.

Abgeleitet von der Tagesordnung ist die Resolution Großbritanniens über die Einwanderungsfrage, weil diese erst in Stuttgart eingehend erörtert worden ist. Weiter liegen dem Kongress alle von dem Internationalen Bureau seit 1907 gefassten Resolutionen zur Bestätigung vor. Zum Schluss macht Huysmans Mitteilung über die Verteilung der Stimmen an die einzelnen Länder (Holland, Italien). Ueber Amerika wird erst das Internationale Bureau entscheiden, dessen Sitzung heute ausfallen ist. — Widerspruch wird gegen diese Vorschläge nicht erhoben. Der Vorsitzende Vanderweide erklärt sie für angenommen und schließt hierauf die erste Plenarsitzung.

Schluss gegen 1 Uhr.

Kopenhagen, 28. August.

Festzug und Volksfest in Sondermarken.

Der Sonntagmorgen gehörte dem Festzug und dem Meeting in Sondermarken, einem südlichen Vorort. Der Park vor der Kopenhagener Partei für diesen Tag gemietet worden und nur die Teilnehmer mit den roten Festzeichen hatten Zutritt. Um 4 Uhr setzte sich der Zug am Vestergade in der Nähe des Bahnhofs in Bewegung und marschierte in unübersehbarer Fülle den fünfviertelständigen Weg zu dem herrlichen mit alten Laubbäumen bestandenen Park. Voran schritten die Bürgermeister von Kopenhagen Jensen und Knudsen mit ihren Frauen, Magistratsmitglieder, Stadtverordnete und Abgeordnete der Partei, alle blumengeschmückt, folgten dann dem Zug. Auf drei weißen Bannern, die an der Spitze des Zuges getragen wurden, standen die Aufschriften: Es lebe die Internationale! Es lebe das internationale Proletariat! Es lebe die internationale Verbrüderung der Arbeiter gegen den Kapitalismus! 15 Musikkorps schritten im Zuge, und unzählige rote Banner leuchteten über ihm. Schöpferische Begleiteten ihn und bahnten ihm einen Weg durch die auf beiden Seiten der Straßen entlang gedrängten Menschen, die auch von den Fenstern herab winkten und grüßten. Fast alle Teilnehmer des Zuges waren mit frischen Blumen geschmückt oder trugen Stäbe in den Händen, die an der Spitze mit Sträußen umwunden waren. Für einen Deutschen besonders auffällig war die stattliche Abteilung der sozialistischen Postbeamten in ihren Sonntagsumformen, deren Schärlachrot weithin brannte. Sie trugen Blumen und grüne Sträußer. Frauen mit phrygischen Mützen sah man, die Säbire eines gewaltigen Wagners haltend. Eine große Abteilung von Frauen wurde von der Gewerkschaft der Maschinenstickerinnen Kopenhagens eröffnet. Auf dem weißen Banner der Metallarbeiter verflüchtete eine Inschrift, daß die Internationale dieser Gewerkschaft 800 000 Mitglieder zählt. An der Spitze dieser Abteilung, die allein 22 Banner mit sich führte, gingen die Delegierten der deutschen Metallarbeiter, unter ihnen Sebering, Scherm und Wiffel. Zahlreich sah man auch Soldaten mit Festzeichen am Bande der Straßen und im Zuge. Die Straßen am Volkshaus und in der Nähe des Parks waren mit Triumpfbögen, Bannern und Kränzen geschmückt. Bildungs-, Sport- und Vergnügungsvereine, Straßenbahnen, Feuerwehrlente, Seelente marschierten vorüber. Ueberall wehte die rotweisse Fahne der skandinavischen Demokratie, die auch von der Partei geführt wird.

Schon lange vor dem Eintreffen des Zuges drängten sich auf dem feuchten Boden des Parks ungezählte Menschen und es entwickelte sich das Treiben eines ungezwungenen Volksfestes. Die Familien waren vollzählig erschienen und die jüngsten Sprößlinge im Kinderwagen waren mitten hinein in die sich drängenden Massen gestellt worden. Die Sonne stand schon tief am Himmel, als die Spitze des Zuges im Park erschien, und in wenigen Minuten waren die Massen so dicht gestaut, daß kein Durcheinander mehr zu finden war. Vier Tribünen waren im Park errichtet worden, die erste zugleich für das Orchester und die Sänger. Koch stand draußen der größte Teil des Zuges, Einlaß begehrend, als mit dem Klang des dänischen Sozialistenmarsches die Cantate angestimmt wurde, mit der schon am Vormittag der Internationale Kongress eröffnet worden war. Dann sprachen die Redner der Internationale zu der ungeheuren Menschenmenge, die gar nicht zu schätzen war, bis 100 000 betragen haben mag, vielleicht aber auch 150 000.

Auf der ersten Tribüne, wo Landthingmann P. Z. Andersen den Vorsitz führte, sprach

Zurück:

Bürger und Bürgerinnen, Freunde! Wie sehr bedauere ich, daß ich nicht in eurer Sprache reden kann. Aber aus Herzensgrund spreche ich meine Bewunderung aus für die großartige Demonstration. Der Sozialismus gibt dem Menschen Freiheit und Würde, das habt ihr heute bewiesen. Jedes Volk hat seine Eigentümlichkeit, seinen Genius. Jedes Volk muß seine Freiheit haben, um seinen Volkstypus zu entwickeln. Das wird geschehen unter dem Schirm und Schutz des internationalen Sozialismus. Der Sozialismus legt uns eine ungeheure Verantwortung auf. Wir sollen eine neue Gesellschaft hervorbringen. Laßt uns von heute an mit doppelter Kraft gegen den neuen Feudalismus des Kapitals kämpfen, dagegen, daß wenige Kapitalisten sich gegen alle menschlichen und göttlichen Autoritäten, die diese Gesellschaft aufrecht erhalten, in den Alleinbesitz der Arbeitsmittel setzen. Es lebe der internationale Sozialismus!

Motenduh:

Die deutschen Arbeiter fühlen sich eins und solidarisch mit den dänischen Arbeitern. Zu Beginn der siebziger Jahre, als der dänische Sozialistenmarsch auch in Volkstein erklang, wußten wir, daß die deutschen und dänischen Arbeiter die gleichen Interessen haben. 1883 mußte unter dem Sozialistengesetz die deutsche Sozialdemokratie nach Kopenhagen ziehen, um hier ihren Kongress abzuhalten. Es war Dismards Werk. Er glaubte, mit brutaler Hand den Sozialismus unterdrücken zu können. Aber als der Sozialismus wuchs, ward Dismard politisch bankrott. Der Sozialismus ist die Brüderlichkeit unter den Völkern, während der Militarismus die Länder gegeneinander hegt. Der Sozialismus muß doch schließlich siegen. Der deutsche Kaiser hat jetzt wieder eine Rede voller Kampfworte gegen die Volkrechte gehalten. Die deutschen Arbeiter müßten ein Volk von Ibioten sein, wenn sie nicht gerade mit Hilfe solcher Reden ihre Sache zum Siege brächten.

Reir Hardie (England)

Brachte den dänischen Arbeitern den Gruß der Parteigenossen von der anderen Seite der Nordsee. Dänemark hat den Engländern einen Thorwaldsen gegeben. Zwei solche Länder sollten vereint gegen den Kapitalismus für die Kultur kämpfen. Der Internationale Kongress soll dazu beitragen, eine Nation über die ganze Welt zu schaffen. Denn „heut' sagt's, Ihr Brüder, es leuchtet im Osten!“ Ungeheurer Beifall lohnte dieses Jitak aus dem dänischen Sozialistenmarsch.

Dr. Adler (Wien):

Wir haben heute mit eigenen Augen gesehen, welche mächtige Organisationsarbeit hier von der Sozialdemokratie verrichtet worden

ist. Oesterreich ist in der ganzen Welt als reaktionär bekannt. Aber auch dort arbeitet die Sozialdemokratie mit aller Kraft und hat sich das gleiche Wahlrecht erobert. Dänemark soll uns in politischer und gewerkschaftlicher Hinsicht ein Vorbild für unsere weitere Arbeit sein. Die Sozialdemokratie muß sich in den West der ganzen Kultur setzen, um den letzten Widerstand zu überwinden, der sich gegen sie aufstellt. Wir sind nicht wie der deutsche Kaiser, der sich nur allein die Krone auf's Haupt setzen will, wie wollen sie jedem Menschen aufs Haupt setzen. Galtet darum fest an der Organisation zur Befreiung der Arbeiterklasse. Die Befreiung kann nur geschehen durch die Arbeiterklasse selbst. (Stürmischer Beifall.)

Ansele - Belgien:

Kopenhagen hat uns mit einer Demonstration empfangen, die beweist, daß es ein Vorort des internationalen Sozialismus ist. Männer, welche Instande sind, den Kapitalismus zu überwinden, leben in allen nationalen sozialistischen Parteien. Auch die Gewerkschaften und Genossenschaften kämpfen für die Verwirklichung des Sozialismus. Wir müssen diese Waffen schmieden und ausbilden, damit, wenn wir die politische Macht erobert haben, auch Instande sind, sie sozialistisch auszunutzen. Der Kongress von Kopenhagen soll die genossenschaftliche Bewegung mächtig fördern. Der Redner, der bis hier französisch gesprochen hatte, schloß auf dänisch mit einem Hoch auf die rote Fahne.

Lindquist (Stockholm):

schilberte den großen Generalstreik der schwedischen Arbeiter. Die Kerntruppen des Sozialismus sind die Gewerkschaften. Das wissen unsere Gegner und deshalb belamen die schwedischen Gewerkschaften die Aussperrung zu kosten. Aber der Feind hat uns nicht niedergeschlagen. Wir leben und kämpfen weiter. Nur noch fester haben wir uns zusammengeschlossen. Wir danken den dänischen Arbeitern und der Internationale für die große Hilfe. Was auch geschehen wird, wir werden jederzeit zur Gegenleistung bereit sein. Es lebe eine starke Gewerkschaftsbewegung. (Stürmischer Beifall.)

Pleschanow (Rußland):

Die russische Sozialdemokratie wird niemals die Sympathien vergessen, welche ihr die dänischen Arbeiter während der russischen Revolution in allen ihren Phasen bewiesen haben. Die Kapitalisten aller Länder haben den gleichen Haß gegen die Revolution. Nur mit Hilfe des Geldes der reaktionären französischen Bourgeoisrepublik konnte das Henterregiment des Zaren aufrecht erhalten werden. Wir fordern vom Kongress eine Agitation für die Abschaffung der Todesstrafe. In jeder Stadt Rußlands liegen die Leiden der Gemordeten. Das ist die Arbeit der Büttel, die von Europas Gold ernährt werden. Das russische Volk ist im Erwachen, die Bajonette beginnen zu denken und sie werden den Sieg der Revolution erleben.

Undersien schloß hierauf diese Versammlung mit einem Hoch auf die Durchführung des Sozialismus und die Solidarität der Arbeiter. Auf der zweiten Tribüne, die am Bande des Waldes stand, sprach als erster

Regien,

der darauf hinwies, daß die deutsche Sozialdemokratie keine künstlichen Grenzen anerkenne, auch keinen äußeren Feind, sondern nur einen inneren Feind, die Bourgeoisie. Wir bilden nicht mit kriegerischen Absichten über die Landesgrenzen hinweg, sondern in dem Bedürfnis der notwendigen Vereinigung des Proletariats aller Länder. (Stürmischer Beifall folgte den kurzen Worten. Der Engländer

Macdonald

betonte dann, daß die wahre Triplealliance heute abend vertreten sei durch Belgien-Deutschland, Vailant-Frankreich und ihm selbst als Engländer. Der Tscheche

Kemer

wies darauf hin, daß die Arbeiter aller Länder durch den Kampf gegen ihre Unterdrücker geeinigt wurden und daß gegen diese Macht keine andere auf die Dauer standhalten könnte.

Pablo Iglesias,

der zum erstenmal als Mitglied des spanischen Parlaments auf den Internationalen Kongress kommt, erinnerte an die unerhört schweren Kämpfe, die das spanische Proletariat zu bestehen hat und die Umwälzungen in der Politik Spaniens, die durch die Ermordung Ferrers hervorgerufen wurde. Die Tausende, die diese Tribüne umstanden, brachten dem greisen Führer der spanischen Sozialdemokratie eine begeisterte Ovation dar.

Vailant

sprach sein Bedauern darüber aus, daß die Sprachverschiedenheiten die Verständigung erschweren und sagte, daß es ein herrliches Zeichen für den Geist sei, der die internationale Arbeiterbewegung befehle, daß sie trotz dieser großen Schwierigkeiten eine solche Demonstration organisieren könne, auf der die Redner aller Nationen sprechen. Der beste Beweis dafür, wie richtig es gewesen sei, den Internationalen Kongress abzuhalten, sei die gigantische Größe dieser Demonstration. Branting war der erste Redner, der dänisch sprach. Er erhielt den stärksten Beifall. Nachdem noch Kubanawitsch, der Führer der russischen Sozialrevolutionäre, den Kampf des russischen Proletariats in kurzen Strichen gekennzeichnet hatte und Brandt den Kampf der polnischen Arbeiter, die in einem Jahr über 150 Opfer für den Galgen des Zaren hergeben mußten, schloß der Vorsitzende die Reihen der Ansprachen.

Der auf der Tribüne anwesende Kopenhagener Bürgermeister Jensen dankte den Rednern. Herzliche Händedrücke wurden ausgetauscht, Musikkapellen spielten die Internationale und langsam strömten die Massen wieder der Stadt zu.

Auf Tribüne drei wurde um 7/7 Uhr die Versammlung mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie eröffnet. Als erster Redner wurde

Genosse Ledebour

mit stürmischem Beifall begrüßt. Er führte aus: Niemals sind wir so erfüllt von der Erhabenheit unserer Bewegung, als wenn wir heute sehen, wie die Massen des Volkes in allen Ländern denselben Kampf führen für die Befreiung der Menschheit. Wir Sozialdemokraten lernen von den Genossen jedes anderen Landes. Fehler machen wir alle. Aber wenn wir in Deutschland einmal eine Dummheit gemacht haben, dann kommt fast jedes Mal vom hohen Postament eine Rede, die uns mehr nützt als unsere besten Reden das tun könnten. Darin sind wir deutschen Sozialdemokraten auch dänischen Genossen über, daß unsere Gegner (Drücker) sind als eure. Wir deutschen Sozialdemokraten kämpfen gleich euch gegen den Militarismus, der, wenn er die Waffen gegen das eigene Volk führen will, dem Frieden redet, während er das Schwert in der Hand hat. Wir kämpfen gegen jede Unterdrückung, gegen die Niederhaltung der Volksminderheiten, der Polen und Dänen, gerade weil wir internationalen Sozialdemokraten die Nation nicht regieren, sondern für jede Nation Freiheit und Selbstbestimmungsrecht erstreben. Wir bringen auch den Frauen die politische Gleichberechtigung, die ihnen das Bürgerrecht versagt. Ledebour schließt mit einem Hoch auf die revolutionäre Sozialdemokratie, in das die Menge begeistert einstimmt.

Hilquit (Amerika):

4000 Meilen sind wir amerikanische Delegierten nach Kopenhagen gereist, nicht um vor wenigen Monaten Präsident Roosevelt die Völker Europas zu belehren, sondern um von ihnen zu lernen. Amerika ist das Land der härtesten Kontrakte. Multimillionären steht gegenüber das Heer der unglücklichsten lebenden Proletarier. Amerika ist das Land raffinerter Ausbeutungsmethode und der raffinierten Ausbeutung; das ist das freie Amerika. Glänzend steht die sozialdemokratische Partei dort noch nicht da, aber die Arbeiter des ganzen Landes sind nicht müde, die nächsten Wahlen werden uns, das wagen wir zu prophezeien, auch in Amerika einen gewaltigen Sprung vorwärts bringen. Ueberall geht es vorwärts in der Welt, das lehrt auch dieser Kongress. Die Befreiung der Massen und Völker steht bevor. Deshalb rufe ich euch zu: Es lebe die internationale Solidarität, hoch der Befreier Sozialismus! (Stürmischer Beifall.)

Troelstra (Holland)

spricht in dänischer Sprache. Anders als in meinem Lande ist eure Sprache, aber die gleichen Gefühle befehlen uns, und unter dem gleichen Uebel der kapitalistischen Wirtschaft haben beide Völker zu leiden. Der Internationalismus des Kapitals ist aufs Äußerste ausgebildet. Nur dem Beispiel ihrer Ausbeuter folgen die Arbeiter aller Länder, wenn sie im internationalen Zusammenhange ihre Befreiung erstreben. Dreiteilig ist die Waffe des Proletariats: Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft. Mit ihnen müssen wir den Militarismus und Kapitalismus überwinden und den Sozialismus als Friedensbringer über die ganze Welt verbreiten. (Lebhafter Beifall.)

Vanderweide (Belgien):

Daß in Belgien die sozialdemokratische Bewegung so stark ist, beruht auf der großen industriellen Entwicklung des Landes. Dänemark ist vorwiegend ein Agrarstaat. Um so bewundernswürdiger ist die Aufklärung der dänischen Arbeiter, die an Organisation Belgien voranzieht. Mit flammenden Worten fordert Genosse Vanderweide zum Schluss zur Fortführung des Befreiungskampfes des Proletariats auf. (Stürmischer Beifall.)

Plan,

Vorsitzender der norwegischen Gewerkschaftskommission, erinnert an das viele Gemeinsame der nordischen Staaten. Sogar einen König habe sich Norwegen aus Dänemark geholt. Diese enge Solidarität der nordischen Völker sollte auch weiterhin hochgehalten werden.

Sirois (Finnland)

spricht dänisch. Er überbringt die Grüße des finnischen Volkes, das kulturell alles von den Dänen gelernt habe. Die Hoffnung der kleinen Völker sei der Sozialismus. Das fühlt das finnische Volk am besten, weil ihm soeben der Faschismus den letzten Rest der Selbstbestimmung genommen hat. Die Sympathieerklärungen der bürgerlichen Parteien haben wenig Wert, weil die Bourgeoisie fast aller Länder die Minderheiten unterdrückt; selbst müssen sich die Völker befreien, nach Lassalles Rat: Dem Feinde den Daumen aufs Auge! Keiner schließt mit einem Hoch auf den völkerverfeindenden Sozialismus, womit die Versammlung ihre Ende erreicht.

Auf Tribüne vier führte Genosse Christiansen den

Vernerstorfer (Oesterreich)

hielt die erste Ansprache. Noch stehen wir unter dem gewaltigen Eindruck der imposanten Demonstration, die die sozialistische Partei Kopenhagens der Internationale zu Ehren veranstaltet hat. Auf uns hat diese Demonstration, die sich vor der ganzen Welt zeigen lassen dürfte, um so tieferen Eindruck gemacht, als wir in einem Lande leben, das von Ihren demokratischen Freiheiten noch weit entfernt ist. Bei uns in Oesterreich hat jahrhundertlang das absolutistische Regiment der Krone geherrscht, verstärkt durch den Einfluß des römisch-katholischen Jesuitismus. (Psul-Rufe.) Genoss gibt es auch im Protestantismus genug Maderci, aber von den einschlägigen Verheerungen des römisch-katholischen Absolutismus können Sie sich kein Bild machen. Sein Hauptbestreben ist, jede geistige Bewegung der Massen niederzuhalten. Sie in Dänemark kämpfen den reinen Klassenkampf der ökonomisch Unterdrückten gegen die wirtschaftliche Ausbeutung. Wir in Oesterreich müssen kämpfen nicht nur gegen das Kapital, sondern auch gegen die römischen Pfaffen, gegen einen hochmütigen Adel und gegen den fürchterlichen Militarismus. Unser Kampf ist nicht nur ökonomisch, sondern auch kulturell ein Befreiungskampf der Völker des Landes. Inseere acht Nationen machen uns das Leben nicht behaglicher und angenehmer. Aber wir haben den schweren Kampf seit Jahrzehnten gekämpft und werden ihn weiter kämpfen in dem Bewußtsein, daß wir durch diesen Kampf verbunden sind mit den Sozialisten der ganzen Welt. Mit besonderer Freude begrüßen wir Deutschen Oesterreichs, daß die Stammverwandten Skandinavien an der Spitze der sozialistischen Bewegung marschieren. Wir kämpfen in dem Bewußtsein unserer absoluten Unbefähigkeit. Wir kommen vorwärts in unserem Lande und in der ganzen Welt. Nicht nur der Tag ist unser, wie es heute in der Begrüßungsansprache hieß, wir sind vielmehr von der frühlichen Zuversicht erfüllt: Die Zukunft ist unser, die Zukunft ist unser! Unser der Sieg! (Stürmischer Beifall.)

Van Kol (Holland):

Zum achten Male haben sich jetzt die organisierten Proletarier der ganzen Welt versammelt, um sich stark zu machen für den Kampf gegen das Kapital. Jeder Kongress legte Zeugnis ab von der wachsenden Macht und dem steigenden Einfluß der sozialistischen Internationale. Ihr Land ist noch kleiner als meine schöne holländische Heimat, aber es wäre der Stolz meines Lebens, wenn ich noch, bevor mein Ende gekommen ist, sagen könnte, daß wir Ihr Vorbild erreicht haben. Angesichts der Jehntausende, die heute unter der roten Fahne durch die Straßen gezogen sind, würde Ihr alter Sagenheld Holder Danke wiederum gesagt haben: Es gibt noch Männer in Dänemark! (Stürmischer Beifall.) Wie schnell wächst doch die Internationale! Als Jüngling im Jahre 1871 wurde ich zuerst ihr Mitglied. Es war damals, als der große Pariser Kommuneraufstand in der gräßlichen Rache der herrschenden Klassen erstickt wurde. Ein Jahr später im Haag verfehlte der Anarchismus und die Zwitterkraft der alten Internationale den Todesstoß. Die stolze Hoffnung unserer Jugend war tot. Aber sieben Jahre später wurde der Mahnruf Karl Marx wieder aufgenommen. Und wenn die erste Internationale die Hoffnung war, so ist die zweite Internationale von 1889 die Erfüllung. Die Befreiung der Arbeiter geht vorwärts. Der Arbeiter von heute ist nicht mehr derselbe, wie der Arbeiter vor 40 Jahren. Er ist ein stolzer Kämpfer geworden, der weiß, daß durch ihn eine neue Menschheit wirkt. Hinter uns liegt das Dunkel, vor uns die helle Zukunft, der unausbleibliche Sieg unseres unumwandelbaren Kampfes für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit! Arbeiter jeder Religion, Hautfarbe und Rasse sind hier versammelt als Brüder für den Kampf um die Freiheit der Menschheit. Im Reiche des Sozialismus geht die Sonne nicht mehr unter. Dieser Kongress wird und ein Ansporn sein, noch eifriger als bisher unsere Pflicht zu tun. Es lebe der Sozialismus, es lebe die internationale Arbeit! (Großer Beifall.)

de la Porte (Frankreich):

Im Namen der französischen Partei und der Kammerfraktion soll ich an Stelle unseres erkrankten Freundes Jules Guesde, des hochangesehenen alten Kämpfers der Internationale, unsere tiefste Sympathie für das dänische Volk aussprechen. Die Demonstration, die wir soeben gesehen haben, war überwältigend durch ihre Größe und Ruhe. Damit sind Sie auf dem besten Wege zur Überwindung des Kapitalismus, zur Unterdrückung der Ausbeutung des Volkes und zur Gründung der neuen Gesellschaftsordnung. Nur die Organisation kann dieses gewaltige Werk vollenden. Die höchste Anstrengung von Geist und Willen im Dienste der Organisation ist der heiligste, wahre und echte Revolutionismus. Wenn die Organisationen der Arbeiterklasse stark und reich genug sind, werden wir in allen Ländern zugleich die Morgenröde der Freiheit begrüßen. (Stürmischer Beifall.)

Barandian (Armenien):

Wir sind ein kleines, altes Kulturvolk, das gleich den Polen unterdrückt ist durch drei mächtige Reiche, durch die Türkei, durch Persien und Rußland. Aber jetzt sind wir im Beginn, die Wiedererhebung unseres Volkes zu erzwingen. Wir haben in der Türkei das verabscheuungswürdige Regime Abdul Hamids gestürzt im Bunde mit der jungen Türkei und mit dem revolutionären Bagdadonien. An allen Errungenschaften der persischen und türkischen Freiheit, an allen revolutionären Taten im Kaukasus sind wir beteiligt. Meine Gedanken schweifen auch jetzt nach dem fernen Orient, der erwaht ist aus jämmerlicher Sklaverei. Ja kann Ihnen den dort noch nicht von Sozialismus und Demokratie berichten, aber

Die elementaren Freiheiten sind bereits erobert. Die erste Etappe der politischen Evolution ist erreicht. Das Volk regiert heute, wo gestern über 30 Millionen eine kleine Komarilla herrschte. Das Erwachen Periens und der Türkei ist von allgemein menschlicher Bedeutung für die ganze Welt, vor allem für Indien, Marokko und alle Länder, die bisher entweder in der mohammedanischen Religion oder in der aggressiven Arroganz des Panislamismus befangen waren. Noch sind wir Armenier sozial unterdrückt, aber der Sozialismus wird auch uns die Freiheit bringen und uns den Zusammenhang mit der großen Kulturwelt sichern. Darum sind wir froh, das Banner der Sozialdemokratie und seiner Ideale entfalten zu dürfen. (Stürmischer Beifall.)

Buchinger (Ungarn):

Beschleunigen kann ich dem internationalen Proletariat, das, obwohl in Ungarn die Gewalt der Bajonette und die Konfiskierung des Militärs die meisten Organisationen zerstört hat und der Sozialismus zurückgedrängt worden ist, das ungarische Proletariat eingedenk ist des Jahres 1848. Wir werden auf dem nächsten internationalen Kongress berichten können, daß auch in Ungarn sich die Freiheit wieder vorwärts gerungen hat. Es lebe der revolutionäre Sozialismus! (Stürmischer Beifall.)

Nachdem noch Augustus Riesen der Versammlung die Grüße Norwegens überbracht hat, schließt der Vorsitzende auch dieses Meeting kurz vor 8 1/2 Uhr.

Nach Schluß der Versammlungen blieb eine freudig erregte Menschenmenge in festlichem Treiben noch bis in die späten Abendstunden in dem illuminierten Park beisammen.

Sitzung des Internationalen Bureaus.

Kopenhagen, 29. August.

(Telegraphischer Bericht.)

Am Sonntagvormittag um 10 Uhr trat das Internationale Bureau noch zu einer kurzen Sitzung zusammen. Vorsitzender Vandervelde: Die einzige Frage, die wir heute zu erledigen haben, besteht darin, ob der Kautskysche Antrag zum Zulassungsmodus endgültig vertagt ist oder ob wir ihn in einer unserer Sitzungen noch behandeln sollen. Da Kautsky erkrankt und abgereist*) ist, sind Zweifel darüber entstanden und wir müssen entscheiden. — Pranting will den Vertagungsantrag nur so verstanden haben, daß man den Vorschlag Kautskys nach einigen Tagen wieder aufnehmen soll, etwa Mittwoch oder Donnerstag. — Vaillant hält den Kautskyschen Antrag in seinen Grundgedanken für unannehmbar und unvereinbar mit den geltenden Statuten des Bureaus. Ich glaube, daß wir die Frage nicht für die nächsten Tage, sondern für längere Zeit vertagen sollen. Dagegen werden wir nach meiner Meinung sehr gut Dilquits Resolution annehmen können, die allgemeine Zustimmung gefunden hat. — Adler schließt sich Vaillant an. Ob man im Laufe des Kongresses noch zur Besprechung der Kautskyschen Resolution kommen werde, werde sich im Laufe der Tage noch zeigen. — Rokenburh möchte einen so wichtigen Antrag, wie den von Dilquits, gedrückt vor sich sehen, da dieser doch eine dauernde Einrichtung bezweckt. Es habe sich schon oft gezeigt, daß einen Antrag alle richtig verstanden zu haben glauben, während man nach der Annahme entdeckt, daß er einen ganz anderen Sinn enthält, als man ursprünglich annahm.

Es wird beschlossen, den Antrag Dilquits in der Donnerstag-Sitzung gedruckt und überseht vorzulegen. Vandervelde teilt mit, daß ein junger indischer Agitator Krishna ihn gebeten habe, zum Schluß des Kongresses das Wort ergreifen zu dürfen mit dem Hinweis darauf, daß auch in Stuttgart eine Indierin, die kein Delegiertenmandat besaß, das Wort erhalten habe. — Van Kol, der den Agitator persönlich kennt, warnt davor, ihm das geringste Vertrauen zu schenken. — Keir Hardie, der in Indien war, schließt sich Van Kol an.

Vandervelde schlägt darauf vor, daß das Bureau beschließen möge, daß in Zukunft nur diejenigen auf dem Kongress Neben halten können, die ein regelrechtes Mandat haben. Der Vorschlag wird angenommen.

Auf Vorschlag von Zauras und Adler wird sowohl die Sitzung der Interparlamentarischen Kommission als auch die Journalistenkonferenz, die heute stattfinden sollten, vertagt, um eine Ueberlastung zu vermeiden. Zur Prüfung der Verurteilungen, die ebenfalls gegen Entscheidungen der nationalen Sektionen eingeleitet werden, beschließt das Bureau, sich noch einmal heute nachmittags zu versammeln. Die Kommissionssitzungen beginnen nachmittags 4 Uhr. Am Vormittag tagen die nationalen Sektionen.

Nachmittags-Sitzung.

Die tschechische Sektion hatte beschlossen, einer Anzahl von Delegierten die Mandate abzuerkennen. Dagegen haben die betreffenden Genossen folgenden Protest eingebracht:

„Die tschechische Sektion der Internationale hat in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, die Mandate folgender Genossen, die von der Internationalen Gewerkschaftskommission Oesterreich zum Internationalen Sozialisten- und Gewerkschaftskongress entsandt worden sind und der tschechisch-slavischer sozialistischen Arbeiterpartei in Oesterreich angehören, nicht anzuerkennen. Diese Genossen sind demwegen aus der tschechischen Sektion ausgeschlossen. (Folgen 8 Namen.) Dieser Beschluß wurde damit begründet, daß die Organisationen, die diese Genossen delegiert haben, nur der Gewerkschaftskommission in Wien, nicht aber der tschechisch-slavischer Gewerkschaftskommission in Prag angehören. Den der Internationalen Gewerkschaftskommission Oesterreichs angeschlossenen Organisationen gehörten am 31. Dezember 1909 an: 318 710 Deutsche, 118 380 Tschechen, 21 350 Polen, 6200 Italiener, 8800 Slowenen und 1000 Ruthenen. Die Delegierten dieser großen internationalen Gesamtorganisation müssen zu den nationalen Sektionen, denen sie ihrer Nationalität nach angehören, zugelassen werden, wenn nicht diese internationale gewerkschaftliche Organisation jeder Vertretung auf dem Kongresse beraubt werden soll. In der Tat erkennt die österreichische Sektion die Mandate der von den internationalen Gewerkschaften entsandten Delegierten an, gleichgültig, ob die Delegierten polnischer, italienischer, slowenischer oder ruthenischer Nationalität sind. Ebenso haben die Genossen Zularski, Siery und Klemen, die gleichfalls Delegierte der internationalen Gewerkschaften Oesterreichs sind, in der polnischen Sektion sich und Stimme. Nur die tschechische Sektion erkennt die Mandate derjenigen Delegierten nicht an, die nicht der tschechisch-slavischer Gewerkschaftskommission in Prag angehören. Die Konferenz der internationalen Gewerkschaftskommission hat beschlossen, als Landeszentrale für die Arbeiten aller Nationen Oesterreichs nur die Gewerkschaftskommission in Wien, aber nicht die tschechisch-slavischer Gewerkschaftskommission in Prag anzuerkennen. Es ist unmöglich, daß die von der gewerkschaftlichen Internationale anerkannten internationalen Gewerkschaften vom Internationalen Sozialisten- und Gewerkschaftskongress ausgeschlossen sind, die von der gewerkschaftlichen Inter-

nationale aber ausgeschlossenen separatistischen Organisationen zugelassen werden. Die 118 380 tschechischen Arbeiter, die der internationalen Gewerkschaftskommission angehören, vertreten innerhalb der tschechischen Arbeiterpartei das Prinzip der internationalen Organisation gegen alle nationalen Absonderungs-tendenzen. Es wäre undenkbar, daß von der Internationale diejenigen ausgeschlossen werden, die innerhalb der tschechischen Arbeiterpartei die Sache der Internationale führen. Wir legen daher auf Grund der Geschäftsordnung der Internationalen Kongresse gegen den Beschluß der tschechischen Sektion Verurteilung an das Bureau ein und stellen den Antrag, das Bureau möge unsere Mandate anerkennen und uns der tschechischen Sektion zumelden.

Kopenhagen, den 29. August 1910.

(Folgen 8 Namen.)

Als erster ergreift das Wort Kemez-Prag: Es mag schwer sein, die Entscheidung zu fällen, ohne den Kern des Streitlichen selbst zu kennen. Die betreffenden Genossen sind nicht von uns ausgeschlossen worden, sondern wir erkennen ihnen die Mandate ab, weil sie überhaupt nicht bei uns angemeldet waren. Ihre Mandate haben sie in Wien erhalten, wo die deutsche Parteiorganisation die Herrschaft hat. Den besten Beweis dafür, daß wir nicht allen Zentralisten die Mandate aberkennen wollen, bildet die Tatsache, daß wir welche anerkannt haben. Unter den protestierenden Genossen sind zwei, die früher aus der tschechischen Partei ausgeschlossen wurden, weil sie ein Blatt gegen diese redigiert haben. Es sind andere darunter, die systematisch in Wort und Schrift gegen die tschechische Partei arbeiten. Warum haben sie noch nötig, sich der tschechischen Sektion anzuschließen, wenn sie schon bei den Deutschen Oesterreichs sich gemeldet hatten?

Da muß etwas dahinterstehen. Wir als nationale Sektion sind berechtigt, die Mandate derjenigen, die unsere Partei angreifen, nicht anzuerkennen. Wenn Sie den Antrag nicht annehmen, könnte das für uns die schlimmsten Folgen haben. Es wäre der Zentralkommission in Wien, die mit unserer Partei keine Verbindung hat, ja leicht möglich, hundert Delegierte hierher zu senden und uns damit die Leitung der Partei einfach aus der Hand zu nehmen. Nehmen Sie deshalb unseren Antrag an.

Keir Hardie (England) fragt an, ob die Delegierten, wenn sie sich bei der Prager Kommission gemeldet hätten, von der tschechischen Sektion anerkannt worden wären. — Kemez-Prag: Die Frage läßt sich nicht so einfach beantworten. Sie gehören nicht zu uns.

Dr. Adler-Wien: Ich bin verpflichtet, die Sache der tschechischen Genossen, die hier nicht vertreten sind, zu führen. Die Situation ist für jeden Ausländer sehr schwer verständlich. Auf diesem Kongress sind wir ja nach Ländern organisiert mit zwei Ausnahmen: Die erste Ausnahme bilden die Polen, die seit 1889 als Angehörige einer bestimmten Nation anerkannt werden, die zweite sind vom politischen Standpunkt aus die Tschechen, die eine besonders autonome Vertretung verlangt haben. Die Schwierigkeit besteht darin, daß wir in Oesterreich eine politische Organisation haben, die jeder Nation ihre politische Autonomie gibt. Während wir nun glauben, daß der politische Kampf nur auf einer nationalen Basis geführt werden kann, sind wir der Ansicht, daß der wirtschaftliche Kampf international geführt werden muß, und darum ist die gewerkschaftliche Bewegung in Oesterreich heute noch zentralisiert.

Würden hier auf dem Kongress nur politische Parteien vertreten sein, dann wäre die Sache einfach. Aber wir bilden doch auch einen gewerkschaftlichen Kongress. Ueberall ist das Prinzip anerkannt worden, daß die einer bestimmten Nation angehörigen Delegierten der betreffenden Sektion zugewiesen werden. Die Delegierten haben das Recht, von der Nation aufgenommen zu werden, zu der sie gehören. Die polnischen Gewerkschaftler gehören zum Beispiel zu ihrer nationalen Sektion. Die tschechischen Gewerkschaftler, gleichgültig, welcher Organisation sie angehören, müssen also zu den Tschechen gehören. Wir Oesterreicher waren es ja nicht, die die Gründung einer eigenen politischen Organisation billigten. Nachdem sie aber nun einmal besteht, können die Delegierten durch die tschechische Organisation nicht national disqualifiziert werden vor ihrem Volke. Man täte ihnen damit Unrecht an, das sie nicht verdienen. Die betreffenden Delegierten sind Tschechen und gehören der tschechischen Sektion an, die nicht das Recht hat, die Vertreter von 180 000 organisierten tschechischen Arbeitern nicht anzuerkennen. Die Delegierten aller Nationen gehören zu gleicher Zeit ihrer nationalen Sektion an. Kemez sagt, daß sie keine Beziehung zur tschechischen Partei hätten, stellt aber zu gleicher Zeit fest, daß sie der Partei angehören. Außerdem sind sie organisierte Gewerkschaftler, und als solche haben sie Mandate. Zwei der betreffenden sollen aus der tschechischen Partei ausgeschlossen sein; der eine, der mit Recht oder Unrecht tatsächlich ausgeschlossen wurde, hat den vorliegenden Protest nicht unterschrieben, um die Angelegenheit nicht zu erschweren. Was den Mitbegründer der von Kemez erwähnten Zeitung betrifft, die gegen die tschechische Partei arbeiten soll, so kann ihm wohl niemand das Recht bestreiten, die Sache von seinem Standpunkt zu vertreten. Wenn die Sektion deswegen die Mandate nicht anerkennen wollte, käme manche nationale Sektion, wo drei Strömungen vorhanden sind, nicht zustande.

Wenn Kemez dann darauf hinweist, daß die Gefahr einer Majorisierung durch die Deutschen bestehe, so glaube ich, daß keiner weniger an diese Gefahr glaubt als die tschechischen Genossen selber. Und selbst wenn diese Gefahr bestände, so ließen sich sehr leicht genügende Vorsichtsmaßnahmen treffen. Wir können doch nicht hier plötzlich eine exterretoriale Sektion schaffen. Das würde eine direkte Umwälzung in der Vertretung der Gewerkschaften hervorrufen. Die Genossen sollten auch als Wöhnen anerkannt werden. Wir haben jahrelang mit den tschechischen Genossen friedlich zusammengearbeitet und bedauern den entstandenen Konflikt aufs tiefste. Das Bureau würde die gesamte Gewerkschaftsbewegung schwer schädigen, wenn es den Fehler der tschechischen Sektion durch Annahme ihres Antrages noch verstärken würde.

Da die Kommissionen für 4 Uhr einberufen sind, beschließt das Bureau, die Fortsetzung der Diskussion auf morgen vormittags 9 Uhr zu vertagen. Die morgigen Vormittagsitzungen der Kommissionen werden dafür ausfallen, und die Kommissionen werden ihre Arbeiten erst nachmittags 3 Uhr wieder aufnehmen.

Adler macht darauf aufmerksam, ohne damit gegen den Vertagungsantrag protestieren zu wollen, daß in der zweiten Kommission, die sich mit dem tschechischen Konflikt zu beschäftigen hat, die tschechischen Zentralisten nicht vertreten seien. Zu Beginn der Sitzung gab der Sekretär Huzmans bekannt, daß die Journalistenkonferenz am Dienstagabend, 8 Uhr, in einem Saale im „Livoli“ stattfinden wird.

Kopenhagen, 29. August.

Sitzung der deutschen Delegation.

(Telegraphischer Bericht.)

Die deutsche Delegation hielt am Montag ihre erste Sitzung ab. Den Vorsitz führten Ebert und Legien, als Schriftführer fungierten Dittmann und Knoll. Es wurde beschlossen, daß nur Delegierte der Partei und der Gewerkschaften zugelassen sind und als Gäste die Vertreter der deutschen Parteipresse. Den Parteivorstand vertreten Rokenburh, Ebert und Frau Siey. Die

Vertreter der Reichstagsfraktion sind Ledebour, Richard Fischer und Südelum, der Generalkommission Legien, Sabath, Knoll, Bauer und Gertrud Hanna. Den „Vorwärts“ vertritt Genosse Cunow. Ihm wird Sitz und Stimme eingeräumt, ebenso dem Vertreter des Deutschen Sozialistischen Vereins in Paris Schreyer. Von der Einleitung einer Mandatsprüfungskommission wird abgesehen, und die Mandate werden durch den Parteivorstand und die Generalkommission als ausreichend geprüft betrachtet. In die fünf Kommissionen entsendet jede Nationalität vier Mitglieder, Deutschland je zwei der Partei und der Gewerkschaften. Die Vertreter Deutschlands in den Kommissionen sind: In der Kommission für das Genossenschaftswesen v. Elm, Wurm, Stühmer und Bauer, in der Kommission für die internationale Solidarität und die gewerkschaftliche Einheit Richard Fischer, Legien, Stengels und Cohen, in der Kommission für Schiedsgerichte und Abrüstung Ledebour, Gasse, Wagner und Gähse, in der Kommission für die Arbeitslosenversicherung Rokenburh, Stadthagen, Simon und Siey und in der Kommission gegen die Todesstrafe und für die Revolutionen zugunsten Frankreichs, Finnlands, Periens und Argentiniens Clara Zetkin, Adolf Müller-München, Paul Müller-Berlin und Frau Jöres.

Auf Antrag von Bels-Berlin wird von einer Diskussion über die der Kommission überwiesenen Gegenstände Abstand genommen. Es sollen erst die Beschlüsse der Kommissionen abgewartet und erst dann soll endgültig Stellung genommen werden. Der Antrag Berlin VI auf Einschränkung der Seerüstungen wird der dritten Kommission überwiesen. Der Antrag Hamburg III-Varmbed, der Kongress möge die Möglichkeit der Einführung einer internationalen Gillsprache als Verständigungsmittel erwägen, wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt, weil diese Frage bereits den Stuttgarter Kongress beschäftigt hat. Dasselbe geschieht mit einem Antrag Hamburg III-Gamm, der für die neugegründete Margitische Partei in Holland nicht nur Zulassung zum Kongress, sondern auch Sitz und Stimme im Internationalen Bureau verlangt. Ebert teilt mit, daß die alte holländische Partei von ihren acht Stimmen eine der neuen Partei übergeben hat. Ob sie im Bureau eine Vertretung erhalten wird, steht noch nicht fest. Auf Antrag Cohen (Berlin) wird schließlich noch festgesetzt, daß möglichst keine Delegationsitzungen stattfinden sollen, wenn die Kommissionen tagen. Damit hatte die Sitzung ihr Ende erreicht.

Abrüstungs- und Friedenskommission.

Vorsitzender ist van Kol, Schriftführer Gerson Trier-Dänemark. Der Kommission sind zwei Beratungsgegenstände überwiesen, Punkt 3 der Tagesordnung des Kongresses: Das Schiedsgericht und die Abrüstung, sowie Punkt 6: Das für die rasche Ausführung der Beschlüsse der internationalen Kongresse einzuschlagende Verfahren. Vaillant-Frankreich regt an, den zweiten Punkt zuerst zur Beratung zu stellen. — Dilquits-Amerika und Vernerstorfer-Oesterreich betonen, daß ein solches Verfahren ganz unlogisch wäre. Erst müsse man sich über die Stellungnahme zur Abrüstung klar werden, und erst, wenn das geschehen sei, könne man sich über die Durchführung etwaiger Beschlüsse zu verständigen suchen.

Vaillant-Frankreich führte aus: Es handle sich bei meinem Vorschlag nicht nur um die jetzt zu fassenden Beschlüsse, sondern um alle Beschlüsse, die schon vom Kongress gefaßt worden sind. Angeht es der laut gewordenen Opposition stelle ich den Vorschlag noch eine Weile zurück.

Es wird in die Beratung der Abrüstungsfrage eingetreten. Es stehen Resolutionen zur Beratung und zwar die Resolution der F. L. P. von Großbritannien, der S. D. P. von Großbritannien, der P. S. von Frankreich, und der Sozialistischen Partei Italiens.

Ledebour-Deutschland: Ich weise darauf hin, daß eine fünfte Resolution zur Beratung steht, die von der sozialdemokratischen Fraktion des Deutschen Reichstags eingebracht und am 20. März 1909 beraten worden ist. Es wird vorgeschlagen, allen sozialdemokratischen Fraktionen zu empfehlen, diese Resolution mit entsprechenden redaktionellen Änderungen in allen Parlamenten einzubringen.

Vaillant (Frankreich): Im Prinzip sind sich wohl alle Genossen einig, so daß sofort eine Subkommission eingesetzt werden kann, um eine gemeinsame Resolution auszuarbeiten. Die Abschaffung des Krieges wird allerdings erst der Sozialismus möglich machen. Darauf kann man natürlich nicht warten, sondern es ist erforderlich, durch Stellung von Anträgen in den Parlamenten den Kriegszustand und dem Militarismus entgegenzutreten.

Keir Hardie-England: Wenn jetzt die deutsche und englische Regierung sich wegen der Beschränkung der Rüstungen verständigen würden, so geschieht das nicht aus Friedensliebe, sondern weil die Länder die Last der Rüstungen nicht mehr zu tragen vermögen. Die Arbeiter sind stark genug, den Krieg zu verhindern. Es heißt, hier entsalten wir die lebhafteste Agitation gegen den Krieg. Am Tage der Kriegserklärung müssen die Arbeiter aufhören zu arbeiten. Das ist kein Generalstreik. Den Treibern der kapitalistischen Presse muß ebenfalls nachdrücklicher entgegengetreten werden. Diskutieren wir jetzt die Frage noch nicht, die Subkommission können wir erst später einsehen.

Bruce Glasier von der F. L. P. (England): Das Christentum hat sich als ganz unfähig erwiesen, den Krieg aus der Welt zu schaffen. Auch Sozialisten gibt es jetzt schon, die bereit sind, ihre Friedensprinzipien preiszugeben. Die Meinung zum Dreinschlagen steht unzweifelhaft in manchem Sozialdemokraten. Das ist der tierische Instinkt, der überwunden werden muß. Entsalten wir die umfangreichste Agitation für den Frieden, dann werden die vereinigten Staaten von Europa leicht zur Tatfache geworden sein.

Kadee (Polen): Die Haltung, die von der deutschen sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in der Sache der Beschränkung der Rüstungen eingenommen wird, ist mit sozialdemokratischen Argumenten nicht zu begründen. Die Forderungen nach einer Verständigung über den Umfang der Rüstungen sind zwecklos, so lange es an einer internationalen Gewaltgewalt fehlt, die den Abmachungen unter allen Umständen Geltung zu verschaffen vermögen. Nur die Finanzmänner würde vielleicht die deutsche Regierung veranlassen, ein Abkommen mit England zu treffen. Dann müßten wir die Massen sofort aufklären, daß es sich nur um eine vorübergehende Maßregel handelt. Außerdem würde eine Beschränkung der Flottenrüstungen wahrscheinlich eine Steigerung der Ausgaben der Seerüstungen zur Folge haben. Die Haltung des „Vorwärts“ und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in Sachen des deutsch-englischen Abkommens ist nichts weiter als ein Gegenstück zu der Verleumdung der Flottenrüstungen durch Quidman, die allgemeine Verurteilung gefunden hat.

Als der Vorsitzende den Redner wiederholt auffordert, sich möglichst kurz zu fassen, verzichtet er auf weitere Ausführungen unter Protest dagegen, daß ihm die Redefreiheit beschränkt wird.

Dilquits (Nordamerika): Von der Hauptsache ist bisher noch mit keinem Wort gesprochen worden. Die Debatte war bisher nur eine Fortsetzung der Stuttgarter Forderung über Militarismus und Antimilitarismus. Um nicht zu einer Nebenrederei ins Blaue hinein zu kommen, empfiehlt es sich wohl doch, von einer Subkommission eine Resolution auszuarbeiten zu lassen, damit eine bessere Grundlage für die Debatte geschaffen wird. Die Subkommission könnte aus zwei Genossen gebildet werden.

Es folgte eine längere Geschäftsordnungsdebatte. Der Vorsitzende empfahl, zur Begründung jeder der vorliegenden Resolutionen noch je einen Redner sprechen zu lassen, dann die Verhandlungen abzubrechen und eine Subkommission einzusetzen, die eine neue Resolution vorlegen könnte.

Kadee (Polen) forderte, daß ein Redner der Polen das Wort erhalten soll zur Begründung einer Resolution, die noch eingebracht worden wird. Diese Resolution soll der Subkommission mit überreicht werden.

*) Wie wir erfahren, handelt es sich bloß um eine leichte und an sich unbedeutende Indisposition, die den Genossen Kautsky indes leider verhindert, an den Arbeiten des Kongresses teilzunehmen.

Lebebour: Wir sind mit den Resolutionen der anderen Länder einverstanden und ich brauche dazu nicht zu sprechen. Zurückweisen muß ich aber den Vorwurf des Genossen Mader, daß die Haltung der deutschen Reichstagsfraktion als unvereinbar mit den sozialistischen Grundgedanken angesehen werden müsse. Mader hat gegen einen „Vorwärts“-Artikel polemisiert. Ich lehne es ab, alles zu vertreten, was im „Vorwärts“ geschrieben wird. Aber dieselbe Haltung, wie die deutsche Reichstagsfraktion und der „Vorwärts“ haben die englischen Genossen dreimal eingenommen und dieselbe Resolution zweimal eingebracht. Im jetzigen Staat können wir nicht Anträge fordern, die rein sozialistisch sind. Mader kennt die Vorgänge nicht genau. (Mader: Ich kenne den Gehirngang sehr wohl und habe feinerzeit in der „Leipziger Volkszeitung“ die Reichstagsfraktion angegriffen!) Die politische Lage 1900 gebot, wie Mader ausführlich darlegt, das Vorgehen der Reichstagsfraktion, die damit eminent praktische Arbeit geleistet hat. Bülow und Tirpitz sind bei dieser Gelegenheit von uns wiederum der Lügenhaftigkeit überführt worden. Die Idee einer Verständigung über die Flottenrüstungen hat infolge unseres Antrages in Deutschland unstreitig wesentliche Fortschritte gemacht. Auch die bürgerlichen Kreise fangen allmählich an, sich dem Gedanken sympathisch gegenüber zu stellen. So haben wir, ohne eine reinsozialistische Forderung zu stellen, was nach Lage der Dinge gar nicht angängig war, zur Bekämpfung des kapitalistischen Staates auf einem wichtigen Gebiet auch bei dieser Gelegenheit beigetragen.

Deffin (England) begründet die Resolution der sozialistischen Partei von Großbritannien. Kriege haben gewiß lange vor der kapitalistischen Periode stattgefunden. Jetzt aber haben sie wirtschaftliche Ursachen. Wir müssen also den Kapitalismus beseitigen, um den Frieden zu sichern. Zur Vermeidung der Kriegsgefahr können wir schon jetzt beitragen. Unsere Resolution weist den Weg dazu.

Vallant begründet die französische Resolution. Was wir wollen ist, die antimilitaristische Propaganda weiterzuführen. In Stuttgart haben wir uns über die Grundprinzipien geeinigt. Jetzt gilt es, die Mittel zu finden, um die Ideen zu verwirklichen. Wir können genug tun zur Bekämpfung des Militarismus und des Krieges. Die größte Gefahr für den Frieden bildet die Spannung zwischen England und Deutschland. Ein Krieg würde das Proletariat auf lange Zeit vom Wege zum Ziele zurückwerfen. Wie die englischen und deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten haben auch die Genossen in den anderen Parlamenten ihre Pflicht getan und gegen die Fortführung der Rüstungen protestiert. Das Hochschußsystem hat die Spannungen noch verschärft. In der Zeit der Feuerung ist es jetzt besonders notwendig, den Schutz zu belämpfen und zu beseitigen. Wir müssen die Arbeiter über die direkte Aktion aufklären. Herr Garbie hat gesagt, es empfehle sich für den Fall des Krieges die allgemeine Arbeitseinstellung, das sei kein Generalstreik. Wir wollen den Generalstreik. Die Arbeiter sollen bei Ausbruch eines Krieges die Arbeit niederlegen. Sie sind nicht mehr so dumm, sich zum Kanonensfutter des Kapitalismus herzugeben. Die Kommission muß sich für den Generalstreik im Fall der Kriegserklärung entscheiden. In Deutschland ist wieder in den letzten Tagen die Gefahr der kriegerischen Verwicklung an die Wand gemalt worden. Wenden Sie die letzte Kraft daran, jeder kriegerischen Verwicklung vorzubeugen.

In die Subkommission zur Vorbereitung einer Resolution werden gewählt Lebebour (Deutschland), Dr. Kerner (Österreich), Herr Garbie (England), Vallant (Frankreich), Klausen (Dänemark), Tillant (Amerika), Morgart (Italien), Gonniaux (Belgien) und Wolkowsky (Rußland). Die Verhandlungen werden am Dienstagvormittag fortgesetzt.

Erste Kommission (Genossenschaftswesen).

Den Vorsitz führt Anseele, Belgien. Louis Bertrand, Belgien begründet den belgischen Standpunkt einer engeren Verbindung von Partei und Genossenschaften. v. C. im Spruch vom deutschen Standpunkt aus dagegen. Karpelès, Österreich nimmt eine vermittelnde Stellung ein. Nachdem noch mehrere Redner gesprochen haben, wird die Debatte auf Dienstag nachmittag vertagt.

Kopenhagen, 20. August.

Zweite (Gewerkschafts-) Kommission.

(Telegraphischer Bericht.)

Den Vorsitz in der Gewerkschaftskommission führen Branting (Schweden) und Troelstra (Holland). Auf Antrag der französischen Sektion wird beschlossen, zuerst die Frage der gewerkschaftlichen Einigung in Österreich zu beraten. Hierzu liegt folgende Resolution der Reichskommission der Gewerkschaften Österreichs vor:

„Der Internationale Sozialistische Kongreß zu Kopenhagen erneuert seine in Stuttgart beschlossene Resolution über die Beziehungen zwischen der politischen Partei und den Gewerkschaften, insbesondere in dem Punkte, daß die Einheitslichkeit der Gewerkschaftsorganisation in jedem Staat im Auge zu behalten und eine wesentliche Bedingung des erfolgreichen Kampfes gegen Ausbeutung und Unterdrückung ist. Der Kongreß erklärt ferner, daß jeder Versuch, internationale einheitsliche Gewerkschaften in national-separatistische Teile zu zerlegen, der Absicht dieser Resolution des Internationalen Sozialistenkongresses widerspricht.“

Die Resolution begründete

Queber (Österreich):

„Vor wir uns beschwerend an den Internationalen Kongreß wenden, muß ich unser Bedauern darüber ausdrücken, daß sich die Verhältnisse in Österreich so gestaltet haben, daß wir gezwungen sind, eine unserer Bruderparteien hier zu verlassen. Aber die Frage hat nicht nur eine Bedeutung für Österreich, sondern für alle Staaten, die aus verschiedenen Rationalitäten zusammengesetzt sind. (Sehr richtig!) Wir würden vielleicht mit dieser Beschwerde auch jetzt noch nicht an den Internationalen Kongreß gekommen sein, wenn nicht offiziell mit allen ihr zur Verfügung stehenden organisatorischen Mitteln sich eine Gruppe der internationalen Sozialdemokratie in den österreichischen Gewerkschaften eingemischt hätte. Der österreichische Gewerkschaftsstreit wird in verschärfter Form schon seit 6 Jahren geführt. Wie haben gehofft, die Internationale mit der Anklage wegen unserer tschechischen Genossen nicht belästigen zu müssen, weil wir noch immer die Hoffnung hatten, die Schwierigkeiten, die ungewissheit vorhanden sind, in Österreich selbst überbrücken und überwinden zu können durch die sozialen Empfindungen, durch die großen Aufgaben, die die Sozialdemokratie gegenüber der Arbeiterklasse ohne Rücksicht auf die Rationalität zu erfüllen hat. Aber unsere Hoffnungen sind immer mehr enttäuscht worden. In letzter Zeit hat die tschechisch-slawische sozialdemokratische Partei mit aller Energie versucht, die Gewerkschaften zu zerrüttern und zu zersplittern und in die acht Nationen zu trennen, aus denen Österreich zusammengesetzt ist. Dabei bleibt die Arbeiterchaft der verschiedenen Nationen nicht einmal in festen Territorien, sondern flutiert von einer Fabrik in die andere und in den Fabriken der Großindustrie können wir heute alle acht Nationen vertreten sehen. Wollen wir wirtschaftliche Rechte, den Lohnslaven bessere Arbeits- und Lohnbedingungen vom Kapital erobern, so ist eine einheitsliche Organisation gegenüber den unmittelbaren Ausbeutern eine unbedingte Notwendigkeit. Wir können vielleicht die Gewerkschaften in 8 Gruppen zersprengen, aber nicht die Großindustrie. Jeder Lohnkampf wird unmöglich und der Kapitalist triumphiert, wenn die Arbeiterorganisationen zersplittert sind, während die Unternehmer einheitslich straff organisiert sind. Die tschechisch-slawische Partei hat aus nationalisiertem Separatismus eine Bewegung unter den tschechischen Arbeitern hervorgerufen, die nicht nur für die gewerkschaftlichen Organisationen, sondern in weiterer Folge auch für die ganze sozialistische Arbeit eine große Gefahr ist. Die Internationale hat in Stuttgart erklärt, daß der gewerkschaftliche Kampf um so erfolgreicher sein wird, je einheitslicher die gewerkschaftlichen Organisationen

Wir richten heute an Sie die Frage, ob Sie diesen Grundsatz aufrecht erhalten, und damit die Einheitslichkeit der Gewerkschaften in einem einheitslichen Wirtschaftsgebiet, in einem einheitslichen Staat, unter einheitslicher Gesetzgebung im Interesse der Arbeiterchaft sichern wollen, oder ob Sie zulassen wollen, daß die Gewerkschaften national zerissen und zersplittert werden. Wir glauben nicht, daß unsere tschechischen Genossen aus daß gegen die Deutschen zu handeln, aber sie befinden sich in einer Verwirrung, die daraus entstanden ist, daß sie ihre Kraft in den nationalistischen Streitigkeiten zersplittert und darüber unser großes Ziel aus dem Auge verloren haben. Hoffen wir, daß sie zurückkehren werden zu der alten Wahrheit Marx', daß auch ihnen das Wort „Proletariat aller Länder vereinigt Euch“ mehr als eine Phrase sein wird. Befinden wir uns im Irrtum, so wollen wir die Belehrung der Internationale gern entgegennehmen. Im anderen Falle aber soll sie den Tschechen bestimmte Direktiven geben. (Lebhafter Beifall.)

Renner (Prag):

Man weist uns vor, daß wir die Gewerkschaftsbewegung aus separatistischen Gründen schwächen und die Einheit der Organisation sprengen wollen. Aber diese Anklage trifft nicht die Wahrheit. Bei uns in Österreich wohnen viele Nationen, und die Entwicklung ist dahin gegangen, daß die Partei im Laufe der Zeit der nationalen Gliederung Rechnung getragen hat. Die Partei ist in selbständigen nationalen Sektionen organisiert. Nun haben wir aber nicht dieselbe Leitung in der Gewerkschaftsbewegung und in diesen Organisationen, daher haben wir immer dahin getrachtet, auch die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen unter einheitslicher Leitung zu bringen. Das ist aber vollkommen unmöglich, wenn die tschechische Partei von Prag und die Gewerkschaften von Wien geleitet werden. Die österreichische Gewerkschaftskommission ist im Jahre 1893 gegründet worden. Sie hat den Wünschen der tschechischen Sozialdemokratie niemals entsprochen, und wir haben daher eine besondere tschechische Gewerkschaftskommission in dem Jahre 1896 und 97 in Prag gegründet, die einträchtig neben der Wiener Gewerkschaftskommission Jahre hindurch gearbeitet hat und die Gewerkschaftskommission in Wien hat bei den großen Lohnkämpfen des Jahres 1900 ausdrücklich anerkannt, daß die tschechische Gewerkschaftskommission in vollem Umfange ihre Pflicht getan hat. Auf dem Internationalen Gewerkschaftskongreß in Amsterdam hat man jener tschechischen Gewerkschaftskommission das Vertretungsrecht genommen und in Österreich hat man immer mehr und mehr zu einer strengen Zentralisation von Wien aus gedrängt. Wir haben den Versuch gemacht, der tschechischen Sozialdemokratie auch ihren Einfluß auf die Gewerkschaften zu erhalten, aber alle unsere Forderungen sind abgelehnt worden, und so ist es gekommen, daß einzelne Organisationen, welche unter dieser strengen Zentralisation sich nicht entwickeln konnten, die Verbindung mit der Wiener Gewerkschaftskommission abgebrochen haben. Diese Organisationen hat man aus der Gewerkschaftsbewegung und aus der Partei ausgeschlossen, man hat sie als schlechte Gewerkschaftler und schlechte Sozialdemokraten hingestellt, weil sie sich den von der Wiener Gewerkschaftskommission propagierten Grundrissen nicht fügen wollten. Ist es aber möglich, daß eine große politische Partei wie die tschechische bestehen kann, wenn sie in zwei Teile geteilt ist, einen Teil der politischen und einen Teil der gewerkschaftlichen Bewegung? Das haben wir in Stuttgart nicht gewollt; in Stuttgart haben wir beraten über die Einheitslichkeit von Partei und Gewerkschaft und beschlossen, daß ihre Aktion um so erfolgreicher sein wird, je mehr Partei und Gewerkschaft zusammenwirken, das sollte man nicht unmöglich machen. Man sollte uns einen Weg freigeben, um ohne übertriebene Zentralisation Partei und Gewerkschaft zusammenzuführen. Dann sind wir jederzeit bereit, mitzuarbeiten, und es fällt uns gar nicht ein, gegen die deutschen Genossen irgend etwas zu unternehmen. Sie werden keinen Fall anführen, wo wir in einem Streit oder in einer sonstigen gewerkschaftlichen Bewegung gegenüber den deutschen Genossen nicht voll unsere Pflicht getan hätten. Die Majorität der tschechischen Arbeiter gehört schon heute nicht mehr der Wiener, sondern der Prager Gewerkschaftskommission an. Wenn Sie das absolute Prinzip der Vereinheitlichung der Gewerkschaftsbewegung aufstellen wollen, warum tun Sie das dann nicht in Belgien, wo die Minderheit der Arbeiter einer Zentralstelle angeschlossen ist, in Frankreich, Italien und England, wo die gewerkschaftliche Bewegung lange nicht so straff zentralisiert ist wie bei uns. Und doch wäre die Zentralisation dort viel leichter durchzuführen als bei uns. Bedenken Sie unsere Lage. Die politische Organisation hat keine Mittel. Keine politische Organisation außer der deutschen hat in absehbarer Zeit Aussicht, irgend welches finanzielle Rückgrat aus eigenen Kräften zu erlangen. Die Gewerkschaft aber, die dieses Rückgrat bilden sollte, können wir Tschechen nicht heranziehen, weil sie total zersplittert und abhängig ist. Das ist für uns ein prekärer Zustand, der unbedingt beseitigt werden muß. Da müssen die deutschen Genossen auch auf die Bedürfnisse der tschechischen Sozialdemokratie Rücksicht nehmen. Der Kampf des Proletariats gegen den Kapitalismus kann nur in einer Organisation geführt werden, die allen Zweigen der Bewegung die Möglichkeit freier Entwicklung gibt. Wir haben seit Jahren darauf hingewiesen, daß die stärkste österreichische Organisation, der Buchdruckerverband, nicht so straff zentralisiert ist, wie der Reichsverband von Wien aus zentralisiert wirken will, sondern daß er aus Landesvereinen besteht. Nach diesem Muster werden wir auch die übrige Gewerkschaftsbewegung organisieren müssen, wenn wir den Ansprüchen der einzelnen Nationen Genüge leisten wollen. Die Reichskommission in Wien ist angeblich international, aber sie hat keine Beziehungen zur deutschen Partei unterhalten, die in Wien eine Reichsvertretung hat. Ueber kurz oder lang muß das anders werden. Wir müssen eine neue Form der gewerkschaftlichen Organisation finden. Die tschechischen Arbeiter in ihrer Mehrheit sagen: die Sache wird in Wien gemacht, vielleicht ganz gut gemacht, aber sie wird doch eben in Wien gemacht. (Schallende Heiterkeit.) Das kam man den tschechischen Genossen nicht vorwerfen, denn vor ihnen haben die deutschen Genossen in Böhmen gelagt: das wird in Prag gemacht, und was auch immer in Prag gemacht wird, wir geben keinen Pfennig Geld für Prag, wir haben ja unser Wien und bleiben bei unserem Wien. (Erneute Heiterkeit.) So hat sich dieser Antagonismus der Völker natürlich entwickelt. Er ist nicht aus der Welt zu schaffen, so sei denn durch die Organisation, welche den Interessen aller Beteiligten entsprechen und welche die volle Entwicklungsfähigkeit aller Nationen ermöglichen würde. Wenn das nicht geschieht, so helfen alle Resolutionen nichts, dann läßt sich ein einheitsliches Vorgehen von Partei und Gewerkschaft im Sinne der Resolution nicht erzielen. Nehmen Sie es ab, die tschechischen Genossen zu beurteilen und beschließen Sie die Resolution der Wiener Reichskommission dem Internationalen Bureau zur Untersuchung und Berichterstattung an den nächsten Kongreß zu überweisen. (Beifall und Widerspruch.)

Die Verhandlungen wurden dann auf Dienstag nachmittag vertagt.

Vierte Kommission

(Arbeitslosenversicherung und Arbeiterschutzgesetzgebung).

Den Vorsitz führte Reichstagsabgeordneter Disen, Dänemark. Nach längerer Debatte wird beschlossen, die Arbeitslosenfrage getrennt von den Fragen der übrigen Arbeiterschutzgesetzgebung zuerst zu behandeln. Es wird eine Unterkommission eingesetzt, die eine Resolution über die Arbeitslosenfrage auszuarbeiten soll. In die Kommission wurden von Deutschland gewählt Mollenhuth und Stadthagen. Ueber die Arbeitslosenversicherung und ihre Ausföhrung erstatten Bericht für Deutschland Mollenhuth und für Österreich Adolf Braun, der besonders die Wichtigkeit der Arbeitslosenunterstützung für die Kampfessfähigkeit der Gewerkschaften betont. Die Kommission tagt Dienstag vormittag 10 Uhr weiter. Zunächst sollen nun die allgemeinen Fragen der Arbeiterschutzgesetzgebung erörtert werden.

Fünfte Kommission (Resolutionen).

Den Vorsitz führen Ellenbogen, Oesterreich, Longuet, Frankreich und Frau Jherer, Berlin. Die Kommission beschließt sich mit einer Resolution Paul Louis, Frankreich, die in Befestigung der Amsterdamer Einigungserklärung für Frankreich von neuem den Wunsch ausdrückt, daß die gespaltenen Fraktionen sich einigen möchten und daß das internationale Bureau zu diesem Einigungswirken seine Dienste anbietet. Die Resolution wird unter großem Beifall einstimmig angenommen. Die Kommission setzt am Dienstag ihre Beratungen fort.

Aus Industrie und Handel.

Fleischsteuerung.

Seit Beginn dieses Jahres zeigte das Warenpreisniveau im Großhandel eine sinkende Richtung: Monat für Monat brachte eine Ermäßigung, so daß sich für das erste Halbjahr eine beträchtliche Senkung ergab. Mit dem Monat Juni aber hörte die Senkung auf: der Monat Juli brachte eine plötzliche und scharfe Wendung nach aufwärts. Berechnen wir für 17 Waren, deren Preis im Verhältnis zu ihren Konsummengen gezeichnet wird, die Indeziffer, so erhalten wir folgende Bewegung: die Indeziffer betrug in Mark:

	Januar	Februar	März	April
1910	5 922	5 838	5 824	5 816
Gegen 1900 in Proz.	+ 3,80	+ 1,26	+ 0,16	- 1,43
	Mai	Juni	Juli	
1910	5 711	5 677	5 815	
Gegen 1900 in Proz.	- 3,82	- 5,81	- 3,82	

Wie gestaltete sich nun aber die Bewegung der Viehpreise im Großhandel? Ein Blick auf sie lehrt, daß sie den Hauptanteil an der scharfen Aufwärtsbewegung des Gesamtindex haben. Während nämlich der Index für Schlachtvieh im Juni immerhin erst um 7,69 Proz. über den des Vorjahres hinausging und von Juni auf Juli 1909 einen Rückgang erfahren hatte, stieg er im Juli d. J. plötzlich so stark, daß er so hoch steht wie in keinem Vormonat und um 15,85 Proz. über den vom Juli 1900 hinausgeht. Für Schweine, Rinder, Kälber und Hammel spiegelt sich die Bewegung der Großhandelspreise in folgender Indeziffer wieder:

	Januar	Februar	März	April
1910	1 941	1 907	1 921	1 927
Gegen 1900 in Proz.	+ 3,61	+ 3,73	+ 6,82	+ 7,72
	Mai	Juni	Juli	
1910	1 910	1 920	2 016	
Gegen 1900 in Proz.	+ 7,04	+ 7,69	+ 15,85	

Eine Ermäßigung der Schlachtviehpreise im Großhandel im Vergleich zum Vorjahre hat mithin noch kein Monat des laufenden Jahres gebracht. Ganz besonders scharf ist der Index für Schweine und Rinder von Juni auf Juli in die Höhe gegangen: bei Schweinen ging er von 800,23 auf 904,54 R. hinauf gegen 794,92 R. im Juli 1909, bei Rindern betrug er im Juni 621,90, im Juli aber 664,64 gegen 780,24 R. im Juli d. J.

Kapitalistische Moral.

Bei einer Besprechung des Zusammenbruchs der Niederdeutschen Bank schreibt die Fachzeitschrift „Die Bank“ unter anderem: „Es gibt Banken und Bankgeschäfte, die im Ruhe stehen, schlechte Gründungen in nicht geringerem Maße zu betreiben als die Niederdeutsche. Aber sie nehmen nur selten Schaden an ihnen. Das Engagement löst sich für sie vielmehr in einen Gewinn auf, sofern es ihnen gelingt, die Aktien in das Publikum zu bringen, bevor der wahre Charakter der Gründung sich offenbart. Der Verlust, den irgend jemand an solchen struppeligen überkapitalisierten Unternehmungen früher oder später erleiden muß, wird durch eine geschickte Emissionsmethode von der Bank auf denjenigen abgelenkt, der ihre die Aktien abnimmt. Es kommt also vom Standpunkt der Bank weniger auf die Qualität der Gründungs- und Emissionsobjekte an, als auf die Geschicklichkeit, sie an den Mann zu bringen. . . . Erleidet die Bank an den Gründungen Verluste, so sind letzten Endes nicht die Gründungen schuld, sondern lediglich die Unmöglichkeit, sich ihrer rechtzeitig zu entäußern. . . .“ Für den speziellen Fall der Niederdeutschen folgt hieraus: „Gewiß, es spricht auch mit, daß ihre Gründungen und Beteiligungen spekulativ waren. Aber das Wesentliche ist, daß die Bank auf ihnen stehen geblieben ist. Jede wirklich potente und zweckmäßig geleitete Bank wird in 9 von 10 Fällen aus einer noch so üblen Gründung ein halbwegs rentables Unternehmen machen. . . . Bei allen Banken befinden sich unter dem industriellen Engagement auch solche bedenklicher Art, und in einzelnen Fällen mögen sie an Zahl nicht hinter denen der Niederdeutschen zurückbleiben. Aber sie belasten die Institute immer nur kurze Zeit, reifen eines nach dem anderen ihrer Bestimmung, nämlich der Abwanderung auf den Anlagemarkt entgegen. . . . Die Niederdeutsche, die weder Anschlag an die eigentliche Hochfinanz noch wertvolle industrielle Verbindungen hatte, konnte ihre hervorragenden schlechten Beteiligungen nicht derartig herausputzen (!), daß sie auf Käufer außerhalb des eigenen Kundenkreises einen Reiz ausübten. . . . Hätte die Bank, statt mit ihrer Unabhängigkeit von Berlin und von den Großbanken zu renommieren, in innigem Konnex mit einem leistungsfähigen Bankkonglomerat gestanden und sich dessen industrielle Beziehungen und speziell seine Vertriebsorganisation zu Ruhe gemacht, so hätten sich bei ihr nach und nach die faulen Wechsel und Schuldforderungen in Aktien und schlecht fundierte Obligationen verwandelt; wirtschaftlich und finanziell hätten diese Papiere bis zur Emissionsfähigkeit veredelt (!), die Effekten hätten sich auf den Markt ergossen, und die Liquidität wäre hergestellt gewesen, ohne daß deshalb auch nur ein einziges fragwürdiges Geschäft hätte unterlassen werden müssen. (!) Die Hauptschuld an der katastrophalen Selbstüberhöhung und technischen Ungeschick. In dieser Beziehung hat sich die Niederdeutsche wesentlich von anderen Banken unterschieden. In sonstiger Beziehung leider nicht ganz in dem Maße, wie diejenige annehmen, die den Fall Niederdeutsche Bank als einen kanakhaften Auswuchs an gefunden Stamm des deutschen Bankwesens angesehen wissen wollen.“

Es ist für die Deffektivität jedenfalls außerordentlich interessant zu vernehmen, daß im Grunde bei allen Banken dieselbe Wirtschaft herrscht wie bei der Niederdeutschen, nur mit dem Unterschiede, daß die anderen „Geschicklichkeit“ genug besitzen, die Verluste „auf diejenigen abzulenkten, die ihr die Aktien abnehmen.“ Ein netter Venecis, wie tief die Unschicklichkeit und der Betrug mit dem kapitalistischen System verwachsen ist.

Bei dieser Gelegenheit macht übrigens „Die Bank“ mit Recht darauf aufmerksam, daß bei solchen Stellen die Schuldner des falliten Instituts eigentlich viel schlimmer daran sind als die Gläubiger: „Kredite, an die man sie gewöhnt, die man ihnen vielleicht gar aufgedrungen hat, kommen plötzlich zur Kündigung. Die Schuldner, denen schon durch die Tatsache ihrer Verbindung mit einer insolventen Bank jeder Kredit abgeschnitten ist, sind außerstande, zu zahlen, gehen in Konkurs und reihen andere Existenzen mit sich.“ Von besonderer Wichtigkeit ist aber noch, daß den Schuldner schon dann Kreditentziehung droht, wenn die Rückforderungen bei einer Bank sich häufen, ohne daß deren Existenz deshalb in Frage gestellt ist. Die rigorose Kündigung der Kredite ist ja gerade das Mittel, mit dem die Banken sich im Notfall zahlungsunfähig erhalten. „Unter den Fingern der Konkursstatistik befinden sich zahllose Leichensteine solcher still verbluteten Opfer einer falschen Bankpolitik, die nur auf den Gläubiger und nicht auf den Schuldner Rücksicht nimmt.“

7. Internationaler Transportarbeiter-Kongress.

Kopenhagen, den 26. August 1910.

Neben den Antrag der österreichischen Transportarbeiter entpinnst sich eine längere Diskussion, deren Ergebnis die Zurückziehung des Antrages war.

Die Resolution Bronconi bezüglich die Herausgabe des Correspondenzblattes in italienischer Sprache wird dem Zentralrat zur weitestgehenden Berücksichtigung überwiesen.

Der Antrag, die Berichte in Zukunft mindestens 2 Monate vor Stattfinden des Kongresses den Organisationen zuzustellen, wird angenommen. — In der Angelegenheit betreffend den Vertreter des norwegischen Seemannsverbandes Olaf Barstad berichtet die zur Untersuchung eingesetzte Kommission, daß sich nichts Befriedigendes gegen Barstad ergeben habe.

Kopenhagen, den 27. August 1910.

Furusetz (San Francisco), Vertreter der Internationalen Seemanns-Union von Amerika, der schon dem Internationalen Transportarbeiter-Kongress in Wien 1908 eine längere Resolution zur Beschlußfassung unterbreitet hatte, die folgende Forderungen enthält: 1. Abschaffung aller Gefängnisstrafen für Verlassen des Schiffes im sicheren Hafen; 2. Abschaffung aller Gefängnisstrafen für die Verweigerung, Befehlen zu gehorchen, während das Schiff im sicheren Hafen liegt, an Stelle dieser Strafen Zahlung solcher Beträge, wie er demjenigen bezahlet werden muß, der engagiert wird, um die verweigerte Arbeit zu verrichten; 3. Abschaffung aller Entlassungs-Zertifikate, die im Besitz des Führers bleiben. An Stelle derselben ein Befähigungsnachweis, der im Besitz des Seemanns bleibt; 4. Abschaffung aller Vorauszahlungen auf die Löhne, sowohl direkt wie indirekt; 5. Abschaffung aller Überweisungen von Löhnen mit Ausnahme näher abhangiger Verwandten; 6. Einführung eines Fähigkeitsgrades für die Seeleute, der wenigstens drei Jahre Seemannschaft auf See fordert; 7. Einführung eines Fähigkeitsgrades für die Heizer, der wenigstens eine sechsmonatliche Tätigkeit als Trimmer fordert; 8. Besetzungstabelle, nach welcher wenigstens 75 Proz. der Besatzmannschaft, mit Ausnahme der Offiziere, gelehrte Seeleute sein müssen, die die Sprache der Offiziere genügend verstehen, um deren Befehlen gehorchen zu können; 9. Ein Referat über „Stand, Anwendung und Einfluß der Internationalen Gesetzgebung auf die soziale und rechtliche Lage der Seeleute“ dieselbe Resolution zu Grunde gelegt. Der Kongress in Wien hatte von der Beschlußfassung Abstand genommen. Obgleich keiner der Diskussionsredner sich grundsätzlich gegen die aufgestellten Forderungen wandte, stellten sie sich doch alle auf den Standpunkt, daß der Resolution in der vorliegenden Form nicht zugestimmt werden könne. Die Abstimmung über die Resolution ergibt die Annahme des zweiten Teils, der die Forderungen enthält. Mit 19 gegen 17 Stimmen wird beschlossen, daß es jeder Nation überlassen bleiben soll, diese Forderungen nach ihrem eigenen Ermessen zu begünstigen.

Ueber „Stand, Anwendung und Einfluß der Internationalen Gesetzgebung auf die soziale Lage der Hafen- und Transportarbeiter“ referiert Lindley-Stochholm. Eine im Sinne des Referates gehaltene Resolution fand Annahme.

In Anbetracht der vorgeschrittenen Zeit verzichteten Dreher, Berlin und Brunner, Berlin auf ihre Referate. Sie werden dieselben schriftlich niederlegen, so daß sie dem Protokoll beigelegt werden können. Die Resolutionen beider Referenten werden verlesen. Die Resolution Dreher lautet: „Der siebente Internationale Transportarbeiter-Kongress in Kopenhagen, die regelmäßige Vertretung einer halben Million organisierter Transportarbeiter in Amerika und Europa fordert die Parlamente und Regierungen der zivilisierten Staaten auf, zueinander überall stets notwendiger werdenden erhöhten Verkehrssicherung und zum Schutze der Verkehrsarbeiter eine gesetzliche Regelung der Verhältnisse im Verkehrsgewerbe herbeizuführen. Die Arbeitszeit ist gesetzlich zu normieren: auf 9 Stunden für erwachsene, im Fahrgewerbe tätige Arbeiter und Ausfahrer, auf 8 Stunden für Arbeiter und Ausfahrer im Fahrgewerbe unter 18 Jahren, auf 8 Stunden für Kraftwagenfahrer, auf 8 Stunden für Straßenbahnfahrer und Schaffner. Der Kongress fordert ferner von der Gesetzgebung gesetzliche Festlegung eines Ruhetages von 36 Stunden in der Woche und Einschränkung von Aufsichtsbehörden zur Überwachung der Verkehrsbetriebe analog den Grundinspektoren. Zur Erreichung dieser Ziele fordert der Kongress alle Verkehrsarbeiter auf, bei Parlamentswahlen nur denjenigen politischen Parteien ihre Stimme und ihre Unterstützung zu gewähren, die dafür Garantien bietet, daß ihre Vertretung im Parlament für die gesetzliche Verwirklichung unserer Forderungen votiert.“

Brunner beantragt folgende Resolution: „Die Gesetzgebung fast aller Länder und Staaten hat, um die angebliche Streitigkeitsgefahr

von den Betrieben der Eisenbahnen, der Licht- und Wasserversorgung und von den sonstigen öffentlichen und gemeinnützigen Betrieben fernzuhalten, seit Jahren eine Tendenz verfolgt, die erkennen läßt, daß die gesetzlichen Maßnahmen der Regierungen darauf gerichtet sind, den Arbeitern und Bediensteten der Eisenbahnen und aller sonstigen öffentlichen und gemeinnützigen Betriebe die Wahrnehmung ihrer beruflichen Interessen unmöglich zu machen. Der siebente Internationale Transportarbeiter-Kongress in Kopenhagen verurteilt öffentlich diese Maßnahmen und erklärt, daß die Einschränkung oder gänzliche Entziehung des Vereinigungs- und Streikrechts der in staatlichen und gemeinnützigen Betrieben tätigen Arbeiter und Bediensteten ungerath und nicht geeignet ist, den Streit unter allen Umständen von den Betrieben fernzuhalten. Die beste Gewähr für die Fernhaltung von Streiks und ähnlicher Kampfmittel erblickt der Kongress in der gesetzlichen Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisationen, die in dem Mitbestimmungsrecht bei der Festsetzung und Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ihren berechtigten Ausdruck findet, und in der Freiheit der Betätigung jeder politischen Überzeugung. Der Kongress erachtet es als die Pflicht aller in Frage kommenden Organisationen, dahin zu wirken, daß den Organisationen der Eisenbahner und der sonstigen staatlichen und gemeinnützigen Betrieben das Recht der Mitbestimmung bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen eingeräumt und ihnen gesetzliche Anerkennung garantiert wird. Gleichzeitig empfiehlt er, nur der politischen Partei Sympathie und Unterstützung zuzuwenden, die dafür die Garantie bietet, daß ihre Vertreter im Parlament gegen Entwehung der Arbeiterklasse votieren.“ — Beide Resolutionen wurden einstimmig angenommen. In den Zentralrat wurden die bisherigen Mitglieder wiedergewählt. Der nächste Kongress wird 1913 in London stattfinden.

3. Internationale Konferenz der Maurer- und Bauhilfsarbeiterorganisationen.

Die Konferenz wurde am Sonnabend in Kopenhagen eröffnet. Anwesend waren 33 Delegierte aus 11 Ländern, die 13 Organisationen mit 450 000 Mitgliedern vertreten. Aus dem von dem internationalen Sekretär Bömelburg erstatteten Bericht ist zu erwähnen, daß sich seit der letzten Konferenz im Jahre 1907 die Organisationen in Kroatien, Bosnien und Frankreich der Internationale angeschlossen haben. Dagegen ist es bisher nicht gelungen, auch England zum Beitritt zu bewegen. Im großen ganzen hat das internationale Zusammenwirken in der letzten Periode ganz wesentlich zur Stärkung nicht nur der Maurerbewegung, sondern der Arbeiterbewegung im allgemeinen beigetragen.

Nach kurzer Debatte, in der sich alle Redner mit der Tätigkeit des Sekretärs einverstanden erklärten, wurde der Bericht zur Kenntnis genommen.

Der zweite Punkt der Tagesordnung betraf die Stellung zu den Bestimmungen des internationalen Vertrages. Hierzu lag ein Antrag Oesterreich vor, der die Konferenz auffordert, Stellung zu der separatistischen Bewegung zu nehmen. Die separatistischen Bestrebungen, deren Ursachen und Verlauf Tetska-Wien eingehend schilderte, fanden allseitige Verurteilung. Das Resultat der Erörterungen war die Annahme einer Resolution, die dem Internationalen Kongress unterbreitet werden soll.

Da von verschiedenen Rednern Abänderungen des internationalen Vertrages gewünscht wurden, wurde eine Kommission mit der Aufgabe der redaktionellen Umgestaltung des Vertrages beauftragt.

Ein Antrag Ungarn, zu prüfen, ob es nicht möglich sei, die Unterstüßungsleistungen aller Verbände gleichmäßig zu gestalten, wurde von Bömelburg bekämpft und durch seine Ausführungen als erledigt betrachtet.

Eine längere Debatte rief ein Antrag Holland hervor, der dem internationalen Sekretär beauftragt, dahin zu wirken, daß für alle baugeverbliebenen Organisationen eine einheitliche Internationale gegründet wird. Clement änderte den Antrag schließlich dahin ab, daß dem internationalen Sekretariat angeschlossen werden können: 1. alle Arbeiter des Baugewerbes, für die ein internationales Sekretariat nicht besteht, 2. alle die, für die ein internationales Sekretariat wohl vorhanden, sich aber inzwischen aufgelöst hat. — Die Redaktionskommission erhielt den Auftrag, den Kartellvertrag in diesem Sinne zu ändern.

Charakteristisch für die Gegensätze zwischen der französischen Organisation und den Organisationen der übrigen Länder ist ein Antrag Clement, der die Bestimmung im Vertrage gestrichen haben will, daß die internationalen Konferenzen in Verbindung mit den internationalen sozialistischen Arbeiterkongressen stattfinden sollen. Demgegenüber betonte Bömelburg mit allem Nachdruck die engen Verhältnisse zwischen beiden Zweigen der Arbeiterbewegung. Dem schlossen sich die Vertreter der übrigen Länder an; der Antrag wurde gegen die Stimme von Frankreich abgelehnt.

Schließlich wurde noch grundsätzlich beschlossen, daß in Zukunft die internationale Vertreterschaft organisiert und daß von den einzelnen Ländern Beiträge erhoben werden sollen.

Generalversammlung des Verbandes der Lithographen, Steindrucker und verwandten Gewerbe.

Hamburg, 27. August.

Nachmittags-Sitzung.

Nach beendeter Statutenberatung wird beschlossen, daß alle Änderungen des Statuts sowohl für die Gesamtheit der Mitglieder als auch für sämtliche schon vorhandenen Invaliden und Witwen ab 1. Oktober 1910 Geltung haben sollen.

Beim Lehrlingsstatut wird der Beschluß gefaßt, den Beitrag auf 10 Pf. pro Woche zu belassen. (Der Hauptvorstand hatte 15 Pf. beantragt, um das Defizit in dieser Abteilung zu decken.)

Es werden noch folgende Anträge erledigt:

(Dem Vorstande zur Beachtung überwiehen): Der Hauptvorstand hat eine Statistik über die sanitären Verhältnisse im Verne aufzunehmen; das gewonnene Material ist zu verarbeiten und dem Bundesrat zuzuleiten mit dem Antrage, Vorschriften über sanitäre Einrichtungen in unserem Gewerbe zu erlassen.

Ueber die Frage der Zugehörigkeit der Tapetendrucker soll mit dem Fabrikarbeiter-Verbande Rücksprache genommen werden.

Die Namen der Ausgeschlossenen sind, auf einer Liste vereinigt, fortlaufend vierteljährlich den Verbandsfunktionären zur Kenntnis zu bringen.

Die nächste Generalversammlung findet in Stuttgart statt. Die Geschäftsleitung wird einstimmig wiedergewählt.

Bezüglich der Gehaltsfrage wird der Beschluß gefaßt, die jetzige Gehaltsstaffel weiterlaufen zu lassen bis zur nächsten Generalversammlung, wo die Angelegenheit endgültig geregelt werden soll. Der Sitz des Verbandes bleibt in Berlin, der des Ausschusses in Dresden.

Damit sind die Arbeiten der Generalversammlung erledigt.

Nach einem Rejume des Vorsitzenden über die Arbeiten der Generalversammlung wird diese mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Aus der Partei.

Zur Budgetfrage.

Man schreibt uns aus Baden:

Die hochverehrte Tagesrede, daß sich die Genossen in den Gewerkschaftsleitungen mit tiefem Ernste gegen den Disziplinbruch der badischen Kammerfraktion wenden, wirkt aufläuternd in den Reihen der badischen Arbeiterschaft, die leider nur zu wenig über die Bedeutung der gegenwärtigen Streitfrage aufgeklärt worden ist. In schroffem Gegensatz zu dieser Haltung der Gewerkschaftsführer steht die der meisten Gewerkschaftsleiter in Baden. In Baden betätigen sich vorwiegend Gewerkschaftsbeamte, insbesondere Angestellte des Metallarbeiterverbandes, als Verteidiger der 17 Budgetbewilliger. Weizmann dafür ist das Vorgehen im Deutschen Metallarbeiterverbande in Pforzheim. Die Leitung der Pforzheimer Zählstelle der genannten Gewerkschaft setzte auf die Tagesordnung ihrer Bezirksversammlungen das Thema: Die badische Budgetfrage! Dabei vertrat der jeweilige Referent, ohne daß ein aufläuterndes Gegenreferat förmlich wirkte, jeweils die Sache des Disziplinbruchs. Die Folgen zeigten sich denn auch auf der Wahlkreisversammlung des 9. Kreises zu Springen, wo die Resolution Hamann für den Disziplinbruch mit großer Mehrheit angenommen wurde. Derselbe Genosse und Gewerkschaftler, der jene Referate hielt, verkehrte sich aber am Mittwochabend in der Volksversammlung zu Pforzheim gegen eine Diskussion über den sachlichen Vortrag der Genossin Luxemburg zur Budgetfrage und Spargängerei; er begründete das Schweigegebot, das zu einer badischen Spezialität in der Partei zu werden scheint, mit der Anwesenheit einer Anzahl Zuhörer, welche der Partei nicht angehören. Dieses Verhältnis war bei den einseitigen Darlegungen in den Bezirksversammlungen der Metallarbeiter noch viel unglücklicher, während in der Volksversammlung durch die Diskussion die Frage allseitig und objektiv beleuchtet werden konnte. Leider war es der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Stodinger (Pforzheim-Land), einer der drei Nichtbudgetbewilliger, welcher durch heftige Zwischenrufe während der Rede der Referentin Dr. Luxemburg ihre Begründung der Budgetverweigerung stützte, um ihr zu widersprechen; nachher aber verdingelte er sich hinter die Unzulässigkeit einer Diskussion, weil auch Gegner der Sozialdemokratie im Saale anwesend seien. Gerade er war es, der hierauf die Referentin aufforderte, darzulegen, wie sie sich die letzte Konsequenz der proletarischen Taktik im preussischen Beamtenweigerten sich aber, die Verfolgung des Räubers aufzunehmen. Hingegen wurde die Dame beim Aussteigen notiert, weil sie kein Viset mehr hatte. Um dem Ganzen die Krone aufzusetzen, erklärte auch die händische Polizei, sie könne in der Sache nichts tun, weil der Fall Angelegenheit der Wahnpolizei sei und hier ein Kompetenzkonflikt vorliege.

Wir haben diesen Vorfalle dem Bürgermeister von Schilda zur Begutachtung vorgelegt, der folgendes Urteil fällte: „Die Dame ist noch sehr gut weggekommen. Eigentlich hätte sie wegen Diebstahls der Notleine, Störung des Verkehrs und Belästigung von Beamten in Haft genommen werden sollen. Da sie aber leider entwischt ist, sollte man wenigstens den Redakteur, der die Geschichte in die Zeitung gebracht hat, ein bißchen einsperren. Was nun dem Dieb anbelangt, so ist ihm, da er abgesprungen ist, der Fahrpreis für den unbenutzten Teil seines Visets herauszugeben. Der Kompetenzkonflikt zwischen den Behörden wird dahin entschieden, daß sowohl die Bahnbeamten als die städtischen Polizeisten eine Auszeichnung für ihr tatkräftiges und vorsichtiges Verhalten bekommen. Um schließlich die Lehren aus der Affäre zu ziehen, ist eine Verfügung zu erlassen, daß die Stadtbahnzüge künftig langsamer fahren, damit abspringende Räuber sich nicht verlegen.“

In Köln-Bickendorf soll ein Lehrer an der Volksschule angestellt werden, der früher wegen Sittlichkeitsvergehens an Schulkinder angeklagt, wegen Geisteskrankheit aber in eine Irrenanstalt gebracht worden war, aus der er nach erfolgter Heilung entlassen wurde. Auf die Vermählungen der Schulbehörde, den Anstellungsvertrag des Lehrers rückgängig zu machen, erklärte der Kultusminister, eine einmal von der Regierung genehmigte Anstellung könne nicht annulliert werden. Den Eltern, die besorgt sind, ihre unmündigen Kinder diesem Pädagogen anzuvertrauen, bleibt demnach nur noch ein Mittel übrig: sie müssen den Nachweis liefern, daß der Lehrer einmal eine sozialdemokratische Zeitung gelesen hat. („Jugend.“)

Notizen.

— Photographische Skulptur? Ein römisches Blatt erfährt aus Bologna, daß ein italienischer Arbeiter der Siemenswerke in Mailand ein Verfahren erfunden hätte, das erlaubt, in zwei Stunden die Wüste einer Person herzustellen. Es soll sich dabei um ein System von Linien handeln, durch das der Lichteinfall den Ton beeinflusst und modelliert, wie der Druck der Hand. Die ersten Experimente sind in Venedig in dem photographischen Institut von Scattola gemacht worden. Die Erfindung ist schon patentiert worden und es hat sich eine Aktiengesellschaft zu ihrer industriellen Verwertung gebildet. Eine Wüste würde 20 W. kosten.

Kleines feuilleton.

Eine Gartenstadt mit gemeinschaftlichem Haushalt. Ein interessantes Unternehmen wird in kurzer Zeit im Nordwesten Londons in Angriff genommen werden. Es handelt sich um die Errichtung einer Gartenstadt, in der der Haushalt der Familien von einer Zentralfirma aus besorgt werden soll. Die Genossenschaft, die diesen Plan zur Ausführung bringen will, hat zu diesem Zweck schon das Gut Brent Lodge, das etwa 9,6 Hektar groß ist, gekauft. Sie beabsichtigt hier ihren Teilhabern Häuser zu errichten zu einer jährlichen Miete von 700—1200 W. Außerdem sollen drei Wohnungshäuser errichtet werden. Große Flächen bleiben als Spielplätze frei. Brent Lodge ist einst jener herrschaftlichen Güter, von denen man in dem schönen Westend eine ganze Reihe findet. Die großen Häuser sind jetzt leer, da seine wohlhabenden Bewohner vor der heranrückenden Großstadt geflohen sind. Das große Haus, das sich auf dem Gute Brent Lodge befindet, soll stehen bleiben; es soll in ein Klubhaus mit großem Speisesaal verwandelt und durch einen bedeckten Gang mit allen Häusern verbunden werden. In diesem Hause können alle Bewohner der Gartenstadt ihre Wohnzeiten einnehmen, oder sie können sich von hier die Wohnzeiten ins Haus schaffen lassen. Die Gartenstadt bederbt auch eine Anzahl häuslicher Arbeiter, die stunden- oder tageweise von den Bewohnern zur Verrichtung häuslicher Arbeiten beschäftigt werden können. Diese Angestellten sollen eine regelmäßige Arbeitszeit (10 Stunden täglich) haben und sich abwechseln. Ueberdies soll die Gartenstadt mit allen modernen hygienischen und arbeitssparenden Einrichtungen versehen werden.

Die Kosten der Errichtung werden sich auf 1 800 000 W. belaufen. Frau Alice Melvin, die die Idee schon seit vielen Jahren verbreitet hat und nun praktisch durchzuführen wird, bemerkt bei der Schilderung der Vorteile, die eine gemeinschaftliche Haushaltung bietet, unter anderem: „Wir kaufen im großen anstatt im kleinen“, schalten Verschwendung und überflüssige Arbeit aus und sparen der Hausfrau unsägliche Sorge und Plage.“ Wenn auch das Unternehmen mehr den Bedürfnissen der unteren Mittelklasse als denen der Arbeiterklasse zugeschnitten zu sein scheint, so ist dennoch nicht zu verkennen, daß es die Möglichkeit erfreulicher sozialer Entwicklungen birgt. Die Befreiung der Frau von ihrer vielfach unproduktiven häuslichen Arbeit und der Aufstieg der Dienstmoten in eine höhere Arbeiterkategorie mit geregelten Arbeitsverhältnissen wird dadurch um ein beträchtliches Stück Weges nähergerückt.

Mantegazzas populäre Schriften. Es gab einmal eine Zeit in Deutschland, in der die populären fegualhygienischen Werke Paolo

Mantegazzas, des italienischen Physiologen und Anthropologen, der am Sonntag gestorben ist, zu den gangbarsten Objekten des Buchhandels gehörten. Bücher, wie seine „Hygiene der Liebe“, „Physiologie der Liebe“, seine „Physiologie des Weibes“, „Physiologie des Gemüths“, seine „Studien über die Geschlechtsverhältnisse“ usw. lagen in den Schaufenstern, mit pilantem Titelbildern versehen, an beborzugter und auffallender Stelle und wurden besonders von jugendlichen Personen verschlungen, die in diesen Werken gewisse pilante Situationen suchten. Dabei war ein großer Teil dieser billigen Uebersetzungen der populär-wissenschaftlichen Werke Mantegazzas in ein miserables Deutsch übertragen und ähnelte in seiner ganzen Aufmachung nicht wenig gewissen Ergebnissen der Sensations- und Hintertrepplektüre. Das ist die Ursache, weshalb der italienische Gelehrte, der in wissenschaftlicher Hinsicht durchaus ernst zu nehmen ist, bei uns vielfach völlig falsch beurteilt wurde. Mantegazza, der sich in seinem Hauptwerk „Elemente der Hygiene“ als scharfsinniger Gelehrter gezeigt hat, wandte sich in seinen populären, mit starker Bildkräftigkeit und viel italienischem Feuer geschriebenen Büchern vor allem an seine Landsleute, wie er auch durch unzählige Artikel in der Presse und in Zeitchriften das Volk in hygienischer Beziehung zu beeinflussen suchte. Diese verdienstvolle Tätigkeit wurde in seinem Vaterlande auch anerkannt. Er war Mitglied zahlreicher wissenschaftlicher Korporationen, und er gehörte auch dem italienischen Gesundheitsamt an. Von großer Bedeutung waren seine Vorschläge, die er nach der großen Choleraepidemie des Jahres 1884 zur Sanierung der verseuchten und aller Hygiene höhnispredenden Viertel Neapels machte. Sehr wenig bekannt sind in Deutschland seine söngeistigen und seine Reise- werke. Mantegazza, der 1831 zu Monza geboren war, hatte als junger Arzt ganz Europa bereist, war auch in Indien gewesen und hatte mehrere Jahre in Argentinien praktiziert, bevor er im Jahre 1861 als Professor der pathologischen Anatomie an die Universität Pavia berufen worden war, von der aus er 1866 als Professor der Anthropologie nach Florenz ging. Er begründete dort ein anthropologisch-ethnographisches Museum. Zu den Lieblingsbeschäftigungen des Gelehrten gehörte die Gärtnerei. Ihr widmete er sich, wenn er während des Sommers auf seinem Landgut in San Lorenzo am Golf von Spezia weilte, wo den Reunundsechzigjährigen nunmehr der Tod ereilt hat.

Humor und Satire.

Auf der Berliner Stadtbahn tauchte während der Fahrt ein Stroh ein Dame das Handtäschchen, in dem sich unter anderem auch ihr Viset befand, und sprang vom Zug ab. Die Dame brachte den Zug durch Ziehen der Notleine zum Stehen, die

Theater und Vergnügungen

Dienstag, 30. August.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Königl. Opern-Theater.
Cavalleria rusticana. Bajazzo.
Königl. Schauspielhaus. Die
Käbnerin.

Anfang 8 Uhr.
Zeffing. Das Konzert.
Deutsches. Simon und Della.
Kamerapiele. Liebeswalzer.
Berliner. Lullu.
Komische Oper. Bigamierliebe.
Steines. Zugzug.
Neues. Katermüch.
Reißens. Im Taubenschlag.
Neues Schauspielhaus. Naffes.
Wetters. Die geschiedene Frau.
Thalia. Politische Wirtschaft.
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Die Förster-Christel.

Schiller-Charlottenburg. Die zärtlich-
lichen Verwandten. In 3 Akten.
Berliner Volksoper. Alt-Heidelberg.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)
Lullu. Gelächter.
Gebbel. Dem gehört Helena?
Der Kuh auf der Redoute. (Anfang
8 1/2 Uhr.)
Neues Operetten. Der Graf von
Luxemburg.
Lullu. Das Leutnants-
mündel.
Gerrnsfeld. Die Welt geht unter.
Wenn zwei dasselbe tun.
Nose. Ein seltsamer Fall.
Trianon. Pariser Witwen.
Folies Caprice. Die böse 12.
Die feuchte Leinwand. (Anfang
8 1/2 Uhr.)
Puhmann. Am Rande des Ab-
grunds. (Anfang 1/2 Uhr.)
Metropol. Hallo!! — Die große
Revue.

Kassio. Der schnelle Rudolf.
Apollo. Spezialitäten.
Vasage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Walhalla. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Karl Haverland. Spezialitäten.
Prater. Schopenhauer.
Volgt. Lebenswellen.
Schweizer-Garten. Spezialitäten.
Eternos.
Max Klem. Spezialitäten.
Volksgarten. Rosen aus dem
Süden.

Urania. Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Im Lande der
Mitternachtssonne.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

Lessing-Theater.
8 Uhr: Das Konzert.
Mittwoch 8 Uhr: Sonderdarstellung
der literarischen Gesellschaft. Zum
erstenmal: Teufelsdröckchen.

Berliner Theater.
Heute 8 Uhr: **Taufun.**
Morgen: **Taufun.**

Neues Theater.
Dienstag u. Mittwoch 8 Uhr:
Kasernenluft.
Donnerstag zum erstenmal:
Das gewisse Etwas.

Neues Operetten-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Graf von Luxemburg.
Operette in 3 Akten von G. R. Müller
u. R. Boband. Musik v. Franz Lehár.

Theater des Westens.
Anfang 8 Uhr.
Die geschiedene Frau.
Sonnt. 3/4 Uhr: Ein Walzertraum.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Das Leutnantsmündel

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Anfang 8 Uhr.
Im Taubenschlag.
Schwan in 3 Akten von Hennequin
und Weber.
Morgen und folgende Tage dieselbe
Vorstellung.
Sommer-Preise.

Luisen-Theater.
Heute
geschlossen.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Heute abend 8 Uhr:
**Im Lande der Mitter-
nachtssonne.**

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Ein seltsamer Fall.
Phant. Schausp. in 4 Akten
von Frotton und Gummier.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.
Auf der Gartenbühne: Theater-
vorstellung. Spezialitäten. Großes
Konzert. Anfang 4 Uhr.

Metropol-Theater
Hallo!!!
Die große Revue!
In 8 Bildern von Jul. Freund.
Musik v. Paul Lincke. In Szene
gesetzt vom Dir. Rich. Schultze.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

WINTERGARTEN
Das
Eröffnungsprogr.
U. a.:

Rajah
die unvergleichliche
ägyptische
Tänzerin!

**Apollo
Theater**

Letzte Tage
des
unübertroffenen
komischen
August-Programms.

**Herrnfeld
Theater**
Die größten Schlager
der letzten Saison:
Wenn zwei dasselbe tun
und **Die Welt geht unter**
mit Anton und Donat Herrnfeld.
Vorverkauf 11-2 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Sonntag, 4. Sept., nachm. 4 Uhr:
Wenn zwei dasselbe tun.

Passage-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Ein einziger Erfolg:
**In einem amerikanischen
Bulldog-Tingeltangel.**
La mime espagnole
Zoraita
und das großartige August-
Programm.

**Karl Haverland-
Theater** präz. 7 1/2 U.
77/79 Kommandantenstraße 77/79.
Das wunderschöne
Eröffnungs-Programm.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theat.)
Gottscheld-Oper.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Die Förster-Christel.
Operette in 3 Akten v. Georg Jarno.
Ende 10 1/2 Uhr.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Freischütz.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Wallensteins Lager.
Die Piccolomini.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Die zärtlich. Verwandten.
Lustspiel in 3 Akten von N. Bendig.
Hierauf: **In Zivil.**
Schwan in 1 Akt v. Gustav Kadelburg.
Ende 10 1/2 Uhr.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die zärtlich. Verwandten.
Hierauf: **In Zivil.**
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Bibliothekar.

Luna-Park
TERRASSEN
HALENSEE
Größter Vergnügungspark
des Kontinents.
Sensationelle Attraktionen, Translater- und Militär-
Kapellen, Oberbayerische Sänger und Schuhplattler.
Neu! Tanagra, das achte
Weltwunder.
Eintrittspreis 50 Pf.
Sensationelle Attraktionen
Translater- und Franzer-Konzert.
Oberbayerische Sänger u. Schuhplattler.
Freitag, den 2. September:
Sedan-Fest.
Großes militärisches Doppelkonzert.

**Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.**
Donnerstag, 1. Sept., abends 8 U.:
Eröffnungs-Vorstellung.
Faust. Tragödie v. Goethe.
Freitag: **Hank.**
Sonntag, 1. Rolle: **Sieberleute.**

Berliner Volksoper.
Heute 1/2 Uhr:
Gastspiel des Neuen Schauspielhauses:
Alt-Heidelberg.

Passage-Panoptikum.
Boddhas dunkles Geheimnis.
**Der Mann mit dem
eisernen Schlund!**
Von 4-7 Uhr Vitascop-Theater
Aquanoptikum
Experiment aus der 4. Dimension.
Alles ohne Extra-Entree!

**Walhalla-
Variete-Theater.**
Weinbergsweg 10-20, Rosentor.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Die amüsantesten
Spezialitäten.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/49.
Täglich:
**Konzert, Theater,
Spezialitäten.**

Voigt-Theater
Seimdamm 68, Badstr. 68
Dienstag, den 30. August, 1/2 8 Uhr:
Nur noch kurze Zeit!
Lebenswellen.
Gr. Lebensbild mit Gesang und Tanz
in 4 Bildern von G. Willen.
Das große Augustprogramm.
Kasseneröffnung 2 Uhr. Anf. 4 1/2 Uhr.
Montag, 3. Sept.: Anf. d. Winterfall.

Volksgarten-Theater
früher Weimann.
Badstr. 8, Behm u. Weimannstraße.
Täglich:
Rosen aus dem Süden.
Poffe mit Gesang und Tanz
von B. Gehride.
Spezialitäten ersten Ranges usw.

Burgtheater-Kinematograph
vorm. Grotorjan, Inhab.: Rud. Marz.
Schuhhauser Allee 129. Tel. 3, 9353.
Lebende Photographien.
Während der Sommermonate nur
Sonnabend, Sonntag u. Montag.
Eintritt 30 u. 40 Pf., Kinder die Hälfte.
Anf. 7 1/2 Uhr. Sonnt. 4 u. Vorzugskarten,
nur wochent. gültig, 25 Pf. auf allen
Bühnen. Etwa wech. Progr. Jed.
Sonnt. 1. Oberaal: Rüstlerkonzert.
Entree 15 Pf. Garderobe 10 Pf.
R. d. Konzerl: Familien-Kränzchen.
Täglich: Freitonzert.

Schweizer Garten
Am Königstor — Am Friedrichshain.
Täglich abends 1/2 10 Uhr:
Eternlos
oder:
Berlin arm und reich.
Volksstück mit Ges. in 2 Akt.
Vorher: **Spezialitäten.**
Volkabelustungen. Tanz.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Königstadt-Kasino.
Polzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstraße.
Inhaber: Max Schindelhauer.
Im herrlichen Naturgarten (bei un-
genügender Bitterung im Theaterlauf).
Les Flora, Hand- u. Kopfequilibrium.
Klo 7 des Teufels Würfels.
The Willshus, Champions-Ral-All.
Mittwoch: **Freitag.**
Anfang wochentags 7 1/2 Uhr.
Sonntags 5

Vereins-Brauerei
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Wendt.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Anfang wochentags 7 Uhr.
Sonntags 4 Uhr.

CIRCUS
Cyrill Hatlé
Pankow, Berlinerstr.
(E. Ringst.), n. Schönh.
Allee. Tel. Pankow 421
Kleine Preise!
Wochentags:
Galerie M. 0,30
II. Platz 0,60
I. Platz 0,80
I. Platz 1,-
Sperrsitze 1,50
Logensitz 3,-
Fremdenlogensitz 4,-
Sonn- und Festtags:
Galerie M. 0,40
II. Platz 0,80
I. Platz 1,-
I. Platz 1,50
Sperrsitze 2,-
Logensitz 3,-
Fremdenlogensitz 4,-

Dienstag, den 30. August,
abends 8 1/2 Uhr:
Gala-Fremden-Vorstellung
u. d. bill. Wochentagspreisen.
Mittwoch, den 31. August,
nachm. 4 u. abends 8 1/2 Uhr:
2 Gala-Vorstellungen 2
Nachm. 1 Kind frei in Be-
gleitung Erwachsener, unt.
12 Jahre alte Kinder nachm.
halbe Preise. Ab. volle Pr.

Max Kliems Sommertheater
und Festsäle.
Inh.: **Rudolf Krüger.**
Hasenheide 13/15, vis-à-vis v. Turupl.
Täglich:
**Große Theater- u. Spezialitäten-
Vorstellung.**

Artist. Leitung: Walter Grävenitz,
Kapellmeister: Max Wolfheim.
Jeden Donnerstag: **Elite-Tag!**
Anfang: Wochent. 6 Uhr, Sonnt. 1/2 8 Uhr.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7-9.
Heute: **Schopenhauer's.**
Spezialitäten, Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.
3. Sept.: Gr. Kinderfreudenfest.

Puhmanns Theater
Schönh. A. 148 — Kastanien-A. 97/99.
Im Garten oder Saal:
Erstklassige Spezialitäten.
Anfang des Konzerts 1/2 5 Uhr.
der Vorstellung 1/2 8 Uhr.
1/2 8 Uhr:
Genießet das Leben.
Entree 20-30 Pf.
In den Gauen u. nach d. Vorst.: Ball.
Mittwoch, 31. August: **Der Mil-
lönär** und sein Schwiegersohn.

Casino-Theater
Lottfingerring Straße 87. Täglich 8 Uhr.
Die weltomische Poffe
Der schnelle Rudolf.
Rudolf Vimpelmann: Dir. G. Berg.
Vorher das glänzende bunte Progr.
Nur Attraktionen ersten Ranges.
Sonnt. 3/4 Uhr: **Der Hochmutaufsteig.**

**Konzertpark des Friedrich-
Wilhelmstädt. Schauspielhauses.**
N., Chausseestr. 30, Carl Richter.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Anfang: Sonntags 5 Uhr.
Wochentags 7 Uhr.

Gr. Berliner Kunstausstellung 1910
30. April bis 2. Oktober.
Im Park täglich Doppel-Konzert.
Eintritt: 10-6 Uhr 1 Pf., v. 6 Uhr ab
50 Pf., Sonntags 50 Pf. Dauerl. 6 Pf.

ZOO
LOGISCHER
GARTEN
Täglich:
**Großes Militär-
Doppel-Konzert!**
Eintritt 1 Mark,
von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder
unter zehn Jahren die Hälfte.

Ausstellungshalle am Zoo.
Riesen-Kinematograph.
4-6 Schüler-Vorstellung
ermäßigter Eintritt.
7-11 Abend-Vorstellung

Das große Programm.
25 Bilder.
Rauchen überall gestattet

Trianon-Theater.
Heute u. folgende Tage (Anf. 8 Uhr)
Pariser Witwen.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
(Meysel, Britton,
Schröder usw.)
Anfang
wochentags
8 Uhr
Sonntags
7 Uhr

Sanssouci
am Kottbuser Tor.
Freitag, den 1. September:
Eröffnungs-Vorstellung.
Zum erstenmal:
Nu hat's geschmuppt.
Musik von Paul Lincke.
Gr. Varieté-Programm.

**Victoria-
Brauerei, Lützowstr. 111/112**
Im Garten oder Saal: Täglich
Gr. humorist. Soiree.
(Gesangs-vortrüge, Theater und
Varieté-Vorstellungen.)
Sonntags, Dienstag, Donnerstag
und Sonnabend: Tanzkränzen.
Anf.: Wochentags 8, Sonntags
7 Uhr. — Alle Bonds gültig.
Im Restaur.: Witzigst. 75 Pf.
Gr. u. H. Sälle zu Festlichkeiten
aller Art. Max Saeger.

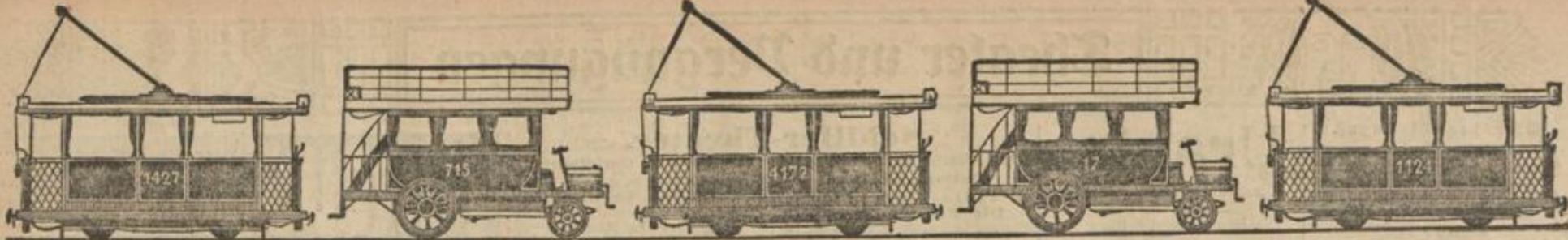
**Spree-Garten
Treptow.**
Täglich 8-8 Uhr:
Kaffee-Frei-Konzert
Heute Dienstag:
Militär-Konzert!
Kap. des Eisenb.-Reg. No. 1.
Kgl. Obermusikmeister Labade
Anfang 7 Uhr. Entree 15 Pf.
Avis! Mittw., Donnerst., Freit.
3 Elitstage.

Für den Inhalt der Inserate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Die besten Bouillon-Würfel sind die von MAGGI

1 Würfel für 1/4-1/3 Liter je nach Geschmack. **5 Pfg.**

Man achte genau auf den Namen **MAGGI** und die Schutzmarke



DIE NEUESTE ERRUNGENSCHAFT

auf dem Gebiete der Verkehrspläne von Berlin ist der von dem Oberleutnant a. D. und d. L. I. WILHELM ZICKERICK hergestellte

WIFARICH-PLAN VON BERLIN

Wifarich-Plan BERLIN

Ausschnitt aus dem Wifarich-Plan von Berlin

Wie fahr ich
Strassenbahn
Hochbahn
Stadtbahn
Omnibus

Kleine Ausgabe M. 1,00 | Grosse Ausgabe M. 2,00
auf Leinwand oder Papp M. 1,50 | auf Leinwand oder Papp M. 3,00

Erste Seite des Deckels.

Ein Probesteil des 6farbigen Planes
auf dem man die Nummern der Straßenbahnen, Omnibusse usw. verfolgen kann.

Zum Beispiel:
Die Zahl 23 (im Quadrat) bedeutet die Linie 23 der Straßenbahn.
Die Zahl 5 (im Kreis) bedeutet die Linie 5 der Omnibuslinie.
Die Zahl 8 (im Quadrat mit Kreis) die Linie 8 der Automobil-Omnibuslinie.

Wollen Sie mal die Linie 23 von Norden nach Süden verfolgen. Sehen Sie hier, wie sich die Linie 23 in der Potsdamer Straße wiederholt?

Wollen Sie mal die Linie 23 von Norden nach Süden verfolgen. Sehen Sie hier, wie sich die Linie 23 in der Potsdamer Straße wiederholt?

Wollen Sie mal die Linie 23 von Norden nach Süden verfolgen. Sehen Sie hier, wie sich die Linie 23 in der Potsdamer Straße wiederholt?

Wollen Sie mal die Linie 23 von Norden nach Süden verfolgen. Sehen Sie hier, wie sich die Linie 23 in der Potsdamer Straße wiederholt?

Weitere Erklärungen hält der Verlag für überflüssig, da jeder aus obigem Probesteil des 6farbigen Planes sich von den ungeheuren Vorteilen des WIFARICH überzeugen kann. Der „Wie fahr ich?“ (WIFARICH-PLAN) ist der einzige Plan von Berlin, der die Verkehrsmittel in vollendetster Form zum Ausdruck bringt. Der Urheber des Wifarich-Plans hat in geradezu verblüffend einfacher Weise

die schwierige Frage über die zu wählenden Verkehrsmittel gelöst. Wie oft hört jeder, der die Verkehrsmittel benutzt, die Frage an einen Schaffner gerichtet: „Fahren Sie durch die und die Straße, oder fahren Sie dort und dorthin“ — daher der Name Wifarich. Wie oft fährt jemand falsch und verliert dadurch Zeit und Geld. Alle diese Unannehmlichkeiten beseitigt der Wifarich-Plan.

Der Plan ist auf allen Stationen der Stadt-, Ring-, Vorort- und Fernbahnen, den Hoch- und U-Bahnen, in den meisten Hotels, Verkehrsinstituten usw. zum Aushang gebracht!

Unentbehrlich für jeden Beamten, Fremden, Kaufmann, Privatmann, Gewerbetreibenden, Offizier

Neu erschienen:
AUSGABE 1910
Preis 1 Mark

Unentbehrlich für jedes Hotel, Café, Restaurant, Pensionat, Sprechzimmer, Wartezimmer

Wie fahr' ich?

Zum ersten Mal ist in dem Wifarich-Buch eine Neuerung aufgenommen, die es jedem ermöglicht in der Nacht billig nach Hause zu kommen. Es sind an über 150 Verkehrs- und Kreuzungspunkten von Groß-Berlin die letzten und ersten Nachtverbindungen, (nach amtlichem Material zusammengestellt) aufgeführt, wodurch man das unnötige und lästige Warten an den Haltestellen vermeidet. Zum Beispiel ist unter Bahnhof Zoologischer Garten auf Seite 59 des Textbuches angegeben:

Wer den Wifarich-Plan besitzt, spart Zeit und Geld!

Der Wifarich-Plan ist der

Beste Verkehrsplan und das sicherste Auskunftsbuch von Groß-Berlin!

Zu beziehen durch jede Buch- und Papierhandlung oder direkt vom

WIFARICH-VERLAG

der auch zur mündlichen, schriftlichen und telefonischen Auskunftserteilung jederzeit gern bereit ist

BERLIN W30

FERNSPRECHER: AMT VI, Nr. 6170

LINDAUER STRASSE 2

(ECKE HOHENSTAUFENSTRASSE)

PREIS 1 Mark

Aufgezogen auf Leinwand oder Papp Mk. 1,50.

Ausgabe B im Format 75x92 Mk. 2,—, auf Leinwand oder Papp Mk. 3,—.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Anzeigenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW.

2. internationale Konferenz sozialistischer Frauen.

Kopenhagen, 27. August 1910.

Zu der Frage des Frauenstimmrechts legte Genossin Zetkin folgenden Antrag vor:

Um die Einführung des politischen Frauenwahlrechts zu beschleunigen, ist es die Pflicht der sozialistischen Frauen aller Länder, den obenstehenden Grundfäden entsprechend eine unermüdlige aufklärende Agitation über die soziale Verdrängung und Bedeutung der politischen Emanzipation des weiblichen Geschlechts in Wort und Schrift unter die breitesten Massen zu tragen und jede sich darbietende Gelegenheit zu diesem Zwecke auszunutzen. Insbesondere müssen sie Wahlen zu politischen und öffentlichen Körperschaften irgenwelcher Art dieser Agitation dienlich machen. Im Falle, daß dem weiblichen Geschlecht das Wahlrecht zu solchen Körperschaften zusteht — Kommunal- und Provinzialvertretungen, Gewerbegerichte, Krankenkassen usw. — müssen die Frauen veranlaßt werden, dieses ihr Recht restlos und einsichtsvoll zu gebrauchen, im Falle, daß die Frauen dabei ganz oder teilweise rechtlos sind, müssen sie von den Sozialistinnen zum Kampfe für ihr Recht gesammelt und geführt werden; unter allen Umständen ist bei dieser Betätigung auch die Forderung des vollen politischen Frauenwahlrechts nachdrücklich zu vertreten.

Bei der alljährlichen Kaiserfeier — ganz gleich, in welcher Form sie stattfindet — muß die Forderung der vollen politischen Gleichheit der Geschlechter betont und begründet werden. Im Einvernehmen mit den Massenbewegungen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats in ihrem Lande, veranstalten die sozialistischen Frauen aller Länder jedes Jahr einen Frauentag, der in erster Linie der Agitation für das Frauenwahlrecht dient. Die Forderung muß in ihrem Zusammenhange mit der ganzen Frauenfrage der sozialistischen Auffassung gemäß behauptet werden. Der Frauentag muß einen internationalen Charakter tragen und ist sorgfältig vorzubereiten.

In der Abstimmung wird die deutsche, von Genossin Zetkin begründete Resolution, erweitert durch die Zusätze der österreichischen Delegation, mit allen gegen 10 Stimmen unter langandauerndem Handklatschen angenommen. Die Zusätze fügen das passive Wahlrecht und das Wahlrecht für die Einzelkandidaten ein.

Die Resolution lautet:

Zur Frage des Frauenwahlrechts bekräftigt die II. Internationale Konferenz sozialistischer Frauen die Resolution, welche die erste Konferenz zu Stuttgart 1907 beschlossen hat. Angesichts der fortgeschrittenen Versuche, die große Mehrheit des weiblichen Geschlechts durch Einführung eines beschränkten Frauenwahlrechts zu pressen, und gleichzeitig damit dem Proletariat in seiner Gesamtheit den Weg zur politischen Macht zu verlegen, betont die Konferenz insbesondere nochmals diese Grundfäden:

Die sozialistische Frauenbewegung aller Länder weist das beschränkte Frauenwahlrecht als eine Verfälschung und Verhöhnung des Prinzips der politischen Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts zurück. Sie kämpft für den einzig lebensvollen konkreten Ausdruck dieses Prinzips; das allgemeine Frauenstimmrecht, das allen Großjährigen zusteht und weder an Besitz noch Steuerleistung noch Bildungsstufe oder sonstige Bedingungen geknüpft ist, welche Glieder des arbeitenden Volkes von dem Genusse des Rechtes ausschließen. Sie führt ihren Kampf nicht im Einvernehmen mit den bürgerlichen Frauenrechtlerinnen, sondern in Gemeinschaft mit den sozialistischen Parteien, welche das Frauenwahlrecht als eine der grundlegenden und praktisch wichtigsten Forderungen zur vollen Demokratisierung des Wahlrechts überhaupt verstanden.

Angesichts der steigenden Bedeutung, welche der politischen Emanzipation des weiblichen Geschlechts für den Klassenkampf des Proletariats zukommt, erinnert die Konferenz des weiteren an folgende Richtlinien:

Die sozialistischen Parteien aller Länder sind verpflichtet, für die Einführung des allgemeinen Frauenwahlrechts energisch zu kämpfen. Daher sind insbesondere auch ihre Kämpfe für Demokratisierung des Wahlrechts zu den gesetzgebenden und verwaltenden Körperschaften in Staat und Gemeinde als Kämpfe für das Frauenwahlrecht zu führen, das sie fördern, und in der Agitation wie im Parlament mit Nachdruck vertreten müssen. In Ländern, wo die Demokratisierung des Männerwahlrechts bereits weit vorgeschritten oder vollständig erreicht ist, haben die sozialistischen Parteien den Kampf für die Einführung des allgemeinen Frauenwahlrechts aufzunehmen und in Verbindung mit ihm selbstverständlich all die Forderungen zu vertreten, die wir im Interesse vollen Bürgerrechts für das männliche Proletariat etwa noch zu erheben haben.

Pflicht der sozialistischen Frauen in allen Ländern ist es, sich an allen Kämpfen, welche die sozialistischen Parteien für die Demokratisierung des Wahlrechts führen, mit höchster Kraftentfaltung zu beteiligen, aber auch mit der nämlichen Energie dafür zu wirken, daß in diesen Kämpfen die Forderung des allgemeinen Frauenwahlrechts nach ihrer grundsätzlichen Richtigkeit und praktischen Tragweite ernstlich beachtet wird.

Einstimmig angenommen wird noch die Resolution Zetkin-Dunder und die der Arealauer Parteigenossinnen. Der allgemeine Frauenklub Stockholm hat seine Wahlrechtsresolution zugunsten der deutschen zurückgestellt.

Der nächste Punkt der Tagesordnung bringt die soziale Fürsorge für Mutter und Kind.

Es liegen dazu 7 Resolutionen vor, darunter eine deutsche, die die Forderungen an die soziale Fürsorge für Mutter und Kind im einzelnen bezeichnet. Die Resolution verlangt von der Arbeiter-Schutzgesetzgebung den gesetzlichen Achtstundentag für alle Arbeiterinnen über 18 Jahre, den Sechstundentag für die Arbeiterinnen von 16-18 Jahren, den Vierstundentag zwischen 14-18 Jahren. Kindern unter 14 Jahren soll die Erwerbsarbeit verboten werden. Ferner Verbot der Beschäftigung von Frauen in besonders gesundheitsgefährlichen Betrieben, die nach der Beschaffenheit und der Methode der Arbeit nicht nur die Mutter, sondern auch das Kind schädigen. Schwangere sollen das Recht haben, 8 Wochen vor der Niederkunft die Arbeit ruhen zu lassen, ohne gelündigt zu werden.

Bei Wöchnerinnen wird die Arbeit bis 8 Wochen nach der Geburt verboten. Endlich wird die Errichtung von Stillstuben in Fabriken verlangt. — Eine zweite Reihe von Forderungen richtet sich an die staatliche Kronen- oder Mutterschaftsversicherung: Obligatorische Schwangerschaftsunterstützung, Wöchnerinnenunterstützung, in der Höhe des vollen durchschnittlichen Tagelohnes, Gewährung der Hebammenhilfe, der ärztlichen Behandlung der Hauspflege; Ausdehnung dieser Maßnahmen auch auf Land- und Heimarbeiterinnen und Dienstmädchen sowie auf alle Frauen, deren Familien-einkommen 5000 Mk. nicht übersteigt. — Die Gemeinden sollen Entbindungsanstalten errichten, Schwangeren-, Wöchnerinnen- und Säuglingsheime; Organisation der Wöchnerinnen-Hauspflege; Stillprämiën, Beschaffung von guter Säuglingsmilch — vom Staat werden Zuschüsse an die Kranken- und Mutterschaftsversicherung gefordert sowie gesundheitliche Aufklärung durch Merkblätter, und Unterricht in den Fortbildungsschulen.

Für das Kind wird außer der einheimischen unentgeltlichen weltlichen Arbeitsschule gefordert:

Pflege und Erziehungsanstalten für das vorschulpflichtige Alter, Schulpflicht (auch während der Ferien), Schulheime; Ferienkassen und Ferienkolonien, Bäder, Schwimmanstalten, Schulgärten; Schulärzte, Schulzahnkliniken, Sanatorien und Waisenschulen.

Eine Resolution des Sozialistischen Frauenbureaus für Pflege der internationalen Solidarität der Genossinnen in London befragt:

„Da diese Konferenz national und international die Ueberführung aller Produktions- und Verkehrs bzw. Austauschmittel in den Besitz der Gesellschaft fordert, erklärt sie es für eine Pflicht der Allgemeinheit, schwangere Wöchnerinnen, Säuglinge und Schulkinde zu erhalten.“

Die Liga für die Interessen der gewerkschaftlichen Frauen Großbritanniens erklärt es für wünschenswert, die Erziehung für Knaben und Mädchen bis zum 18. Jahre auszudehnen und für den Unterhalt der heranwachsenden Vorkämpferinnen zu treffen. Von derselben Seite wird die staatliche Fürsorge für die ärztliche Behandlung in Krankenspiegeln sowie Errichtung von Schulkliniken, Hospitälern, Sanatorien und Erholungsheimen gefordert, sowie die Witwenversicherung. Der Allgemeine Frauenklub Stockholm verlangt insbesondere die staatliche

obligatorische Mutterschaftsversicherung,

nämlich das Recht der unehelichenen Mutter und ihres Kindes auf tatsächliche Unterstützung von Seiten des Vaters während der Zeit der Schwangerschaft und für die Erziehung des Kindes. Schließlich weist der Frauenklub Stockholm-Süd auf die in Schweden eingerichteten Erzählstunden hin, in denen die Kinder erzieherisch zusammengefaßt werden, und die der Militarisation und der Militarierung der Jugend entgegenwirken.

Während der Verhandlungen liegen noch zwei dänische Resolutionen ein, eine gegen das Verbot der Nacharbeit für Frauen und eine für das Verbot der Heimarbeit.

Die deutsche Resolution begründet Genossin Dunder-Stuttgart: Die Mutterschaft ist in der kapitalistischen Welt nur eine schwere Sorge. Jedes neue Kind vermehrt nur die Konsumtionsmehrheit der Familie um einen unwillkommenen Esser. Das Erwerbsleben gönnt weder den Schwangeren noch den Wöchnerinnen und Müttern Ruhe. Die ungeheure Säuglingssterblichkeit in Deutschland — 18 Proz. durchschnittlich — ist zurückzuführen auf die große Anzahl erwerbstätiger Frauen: 9 1/2 Millionen unter 31 Millionen Personen weiblichen Geschlechts überhaupt. Die Rednerin wendet sich entschieden gegen das vollständige Verbot der ehelichen Erwerbstätigkeit, die einmal die uneheliche Mutter nicht schützen würde, und dann gegen das Interesse der Frauen im allgemeinen ist. Ein derartiges Verbot wäre ein Unfug, da die wirtschaftliche Entwicklung die frühere Hausarbeiterin wirtschaftlich bedeutungslos gemacht hat. Die Referentin begrüßt dann die einzelnen Forderungen, insbesondere das Verbot der Arbeit in gewissen Betrieben und unter gewissen Bedingungen, die nicht nur die Mutter schädigen, sondern auch das Kind im Mutterleib und die Muttermilch vergiften. Es sind das freilich Ausnahmestimmungen zugunsten der Frauen, aber die Frau befindet sich ja auch durch die Mutterschaft in einer Ausnahmestellung. Im Wöchnerinnenschutz genügt keine private Fürsorge. Staat und Gemeinde müssen eingreifen, damit die Frau wirklich befähigt wird, ihren Wöchnerinnenpflichten zu genügen. Der wirkliche volle Arbeitsverdienst muß jeder Unterstützung zugrunde gelegt werden. Für stillende Mütter sind 13 Wochen Schutzzeit die grundsätzliche Forderung. Stillprämiën und Stillstuden sollen eingerichtet werden. All das sind nur Mindestforderungen, denn ein wirklicher Mutterschutz wird erst in der sozialistischen Gesellschaft möglich sein, die die Produktion gesunder Menschen als die höchste menschliche Leistung wertet.

Genossin Nielsen-Dänemark berichtet über die dänische Mutter- und Kindfürsorge durch Staat und Gemeinde. Der Wöchnerinnenschutz ist jetzt eingeführt, aber es ist noch nichts von Seiten des Staates für die Witwen- und Waisenernährung geschehen. Die Witwen und Waisen verfallen noch der Armenpflege. Nur die Kopenhagen benachbarte Gemeinde Friedrichsberg ist vor zwei Jahren, als erste und einzige Gemeinde Dänemarks, mit einer kommunalen Witwen- und Waisenernährung vorangegangen, die an die Bedingung einer dreijährigen Anwesenheit des Mannes und die Zugehörigkeit einer gewerkschaftlichen oder sonstigen Unterstützungslasse geknüpft ist. Für jedes Kind werden jährlich 120 Kronen bezahlt. Zu verlangen aber sei eine staatliche Unterstützung der Witwen und Waisen. (Lebhafte Beifall.)

Nach längerer Debatte werden alle Anträge betreffend den Schutz von Mutter und Kind zugunsten der deutschen Grundfäden zurückgegeben, nur ein Antrag der englischen Womens Labour League, daß die Gesellschaft prinzipiell die Verpflichtung habe, für Mutter und Kind zu sorgen, wird vorausgeschickt.

Ueber den dänischen Antrag auf Aufhebung des Verbots der Nacharbeit für Frauen entspinnt sich eine lebhafte Diskussion. Die Mehrheit der dänischen Genossinnen wünscht kein besonderes Verbot der Nacharbeit oder gar keine. Der Antrag wird besonders lebhaft von den Vertreterinnen des dänischen Buchdrucker- und Arbeiterinnenverbandes vertreten, die durch ein Verbot der Nacharbeit schwer geschädigt werden würden. Der dänische Parteivorstand und die dänische Parlamentsfraktion haben sich jedoch für das Verbot der Frauen-Nacharbeit entschieden.

Für Deutschland gibt Genossin Hanna-Berlin die Erklärung ab, daß es den jahrzehntelangen Kampf des Proletariats für den gesetzlichen Schutz der Frauen verleihe, wolle man gegen das Verbot der Frauen-Nacharbeit Stellung nehmen. Der dänische Antrag wird mit 13 Stimmen der übrigen Nationen gegen die Stimmen von Dänemark und Schweden abgelehnt.

Zu dem dänischen Antrag auf lebhaftere Agitation für das Verbot der Heimarbeit stellt die deutsche Delegation den Abänderungsantrag, statt des Verbots der Heimarbeit nur ihre gesetzliche Regelung und Sanierung zu fordern. Die dänische Delegation zieht hierauf ihre Resolution zurück.

Es folgt Punkt 5:

verschiedenes.

An erster Stelle wird folgende Resolution gegen den Krieg einstimmig angenommen:

Die zweite Internationale Konferenz sozialistischer Frauen zu Kopenhagen stellt sich in der Frage des Kampfes gegen den Krieg auf den Boden der Beschlüsse der Internationalen sozialistischen Kongresse zu Paris, London und Stuttgart. Sie erklärt die Ursache des Krieges in den durch die kapitalistische Produktionsweise hervorgerufenen sozialen Gegensätzen und erwartet daher die Sicherung des Friedens nur von der tatkräftigen zielbewußten Aktion des Proletariats und dem Siege des Sozialismus.

An dieser Sicherung im Geiste der Beschlüsse des Internationalen sozialistischen Kongresses zu Stuttgart mitzuarbeiten, ist die besondere Pflicht der Genossinnen. Zu diesem Zwecke haben wir die Unterstützung des weiblichen Proletariats über die Ursachen des Krieges und ihre Grundlage — die kapitalistische Ordnung — und die Ziele des Sozialismus zu fördern und daher in der gesamten Arbeiterklasse das Bewußtsein der Macht zu stärken, die sie dank ihrer Rolle in der heutigen Gesellschaft unter bestimmten Umständen zur Sicherung des Friedens einsehen kann und einsehen muß. Zu diesem Zweck haben sie auch durch die Erziehung ihrer Kinder zu Sozialisten dafür zu sorgen, daß das kämpfende Proletariat, diese Armee des Friedens immer größer und zahlreicher wird.

Zwei weitere Anträge der englischen Frauenliga fordern staatliche Fürsorge für die Witwen und Waisen und für die arbeitssuchenden erwerbstätigen Frauen. Sie werden einstimmig angenommen.

Auf Antrag der polnischen sozialdemokratischen Partei Schlesiens und Galiziens wird an alle Proletarierinnen der Aufruf gerichtet, sich ohne Rücksicht auf ihre momentanen und besonderen

Interessen den Organisationen der allgemeinen Arbeiterbewegung anzuschließen.

Auf Antrag des Allgemeinen Frauenklubs zu Stockholm erklärt die Konferenz, daß alle politischen und gewerkschaftlichen Frauenorganisationen und Frauenzeitungen, so weit sie auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, ein Anrecht auf die materielle und moralische Unterstützung der Sozialdemokratie haben.

Die österreichische Delegation legt dem Kongress eine Protestresolution gegen die allgemeine Lebensmittelerhöhung vor. In der Begründung verweist Genossin Freundlich besonders auf die große Rolle, die die Genossenschaften im Kampf gegen den Lebensmittelpreiswucher spielen können. In diesem Sinne soll der einstimmig gefaßte Beschluß der Frauenkonferenz dem Internationalen Kongress überwiesen werden.

Als Zentralstelle der internationalen Frauenorganisation wird wiederum die Redaktion der „Gleichheit“, als internationale Sekretärin die Genossin Zetkin durch Jurek wiedergewählt.

Die dritte Internationale sozialistische Frauenkonferenz soll durch eine Besprechung der internationalen Korrespondentinnen der einzelnen Länder vorbereitet werden, auf der die Tagesordnung festgesetzt und Referentinnen zu den einzelnen Punkten bestellt werden.

Damit sind die Arbeiten der Konferenz erledigt. Genossin Zetkin schließt die Konferenz mit einem Dank an die Kopenhagener Genossinnen und die übrigen Teilnehmer, in der Zuversicht, daß ihre Beratungen die Genossinnen aller Länder angefeuert haben, noch besser und kräftiger als bisher im Sinne des völlerbefreienden revolutionären Sozialismus zu wirken.

Genossin Mac bringt ein Hoch auf die Genossin Zetkin aus. Damit hat die zweite Internationale sozialistische Frauenkonferenz ihr Ende erreicht.

Aus der Frauenbewegung.

Der Frauen Antwort.

Ihr Frauen, die Ihr abseits steht,
Ein stummes Heer von willgen Sklaven,
Im Joche Eurer Feinde geht —
Wollt Ihr auch jetzt noch weiter schlafen?
Für all die Last, für all das Leid,
Das Euer Leben hat zerklüftet,
Das Euch geraubt die beste Zeit —
Wollt Ihr die Last noch länger tragen?
Die neue Zeit, sie reißt uns fort,
Empor zum Licht. Doch unserm Feinde
Bist seit Jahrtausenden das Wort:
„Es schweig! das Weib in der Gemeinde.“
Sie müß'n sich fruchtlos ab, zu dreh'n
Nüchtern das Rad der Weltgeschichte.
Sie wollen nicht nach vorwärts sein
Und lernen nichts aus der Geschichte.
Wir sind da grad noch gut genug,
Um neue Sklaven zu erziehen,
Die beugen sich dem alten Spruch
Und weiter ihre Stränge ziehen.
Sie möchten uns als Bleigewicht
Den Männern an die Arme hängen,
Wenn die empor nach Luft und Licht,
Nach Menschenwert und Freiheit drängen.
Wir aber sagen: Längst vorbei
Ist jene Zeit mit ihren Rechten.
Wir stehen nicht willenlos dabei,
Wenn sie uns Söhn und Gatten knechten.
Grab' weil wir fühlen unsern Wert,
Verachten wir die Schmeichelspenden,
So wenn man unser Recht uns wehrt,
Und nehmen wir's mit starken Händen.
Gespenscher längst gestorbn' er Zeit
Soll'n wahrlich uns den Mut nicht dämpfen.
Ist's nicht die höchste Weislichkeit,
Für unser Kinder Glück zu kämpfen?
Drum Arbeiterfrauen, kommt und zeigt:
Ihr laßt Euch Euer Recht nicht nehmen.
Ihr müßt, wenn Ihr auch jetzt noch schweigt,
Euch einst vor Euren Kindern schämen!

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist und (eben Nr. 24 des 20. Jahrganges) zugegangen. Sie hat folgenden Inhalt:

Die internationalen Tagungen zu Kopenhagen. — Die Monomische Lage der russischen Arbeiterinnen. Von Alexandra Kollontaj. — Die Arbeiterin in der Gewerkschaftspolitik für 1907 und 1908. II. Von R. S. — Der Kampf um den deutschen Seefischereiwert. Von G. B. — Vom Stimmen und Wehen in aller Zeit. IV. Von G. Jädel. — Fort mit den Gewerbeordnungen. Von M. K. — Aus der Bewegung: Anträge Genossinnen zur Frage des Frauenwahlrechts an die Internationale sozialistische Frauenkonferenz zu Kopenhagen. — Delegierte zur Zweiten Internationalen Frauenkonferenz in Kopenhagen. — Reizter bayerischer Parteitag. — Jahresbericht der Kinderdankkommission in Dänemark. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. F. — Aus der Textilarbeiterbewegung. Von H. J. — Notizen: Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels- und Verkehrswezens. — Fürsorge für Mutter und Kind. — Frauenstimmrecht. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Für unsere Mütter und Hausfrauen: Kleidung und Gewandstoffe in aller Zeit. II. Von Hannah Lentz-Dorff. — Was heißt Stil? Von Wilhelm Hausenstein. — Die Mutter als Erzieherin. — Für die Hausfrau. — Feuilleton: Bannspruch. Von Ferdinand Freiligrath. — Die der Huber-Dresd zu Ehren kam? Von Ernst Jahn.
Für unsere Kinder: Die Rüste. Griechisches Gedicht. — Vom Nichtenbaum, dem Teiche und den Wellen. Von Gottlieb Keller. — Wie das Klemmer ein Händler geworden. Von Roland. — Ein Bildchen. Von Karl Spitteler (Gedicht). — Galanzenmutter. Von E. E. Thomson. (Fortsetzung). — Von den Schilddüsen: Der Salzader. — Güter Nat. Von Emma Döb. (Gedicht).

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 65 Pf. Jahresabonnement 2,50 M.

Dem Internationalen Sozialistenkongress ist die folgende ersehene Nummer 629 des „Wahren Jacob“ gewidmet. Aus ihrem reichen, 16 Seiten umfassenden Inhalt heben wir folgende Beiträge hervor: Bilder: Der Morgen. Von Erich Schilling. — Kopenhagen. Von Nata Langa. — Edle Seelen finden sich. Von R. Wolf. — Ein unwillkommener Kletterer. Von N. Engel. — Ueber allen Gipfeln ist Ruh. Von Emil Ort. — Wie lange noch. ? Von Fr. Dorff. — Aus der Zeit für die Zeit. Von Emil Ort. — Die richtige Antwort. Von G. Jensch. — Berliner Jubiläum. Von R. Müller. — Am Ruffall. Von G. Koch. — Die Freiheit im Dänemark. Von Leo. — Der Staatsverbrecher. Von V. Thesing. — Aus einer Petersburgers Spielkarte. Von R. Wolf. — Die Valtanpässe. Von Leo. — Witterwochen im fernem Osten. Von Leo.

Text: Kopenhagen. Von Tobias. — Das beste Schloß für den Joren. Von R. W. — Päpstlicher Stuhl-Gang. Von Kl. — Am Zwillingend. Von P. E. — Fern im Süd das schöne Spanien. Von H. Fl. — Freie Volkshäuser. — Ueber Jafod! Von Jostill Rufe. — Ferien. Von Paul Ueberling. — Spitter und Wortspiele. Von Ep. — v. Armin-Ehndorferheim an v. Belov-Weitenburg. — Ein nationaler Gentleman. — Bestermann. Von P. E. — Vom Wert und Nutzen der Luftschiffe. Von Belvum. Die Streikflut. Von Ep. — Schredliche Geschichten. Von H. Fl. — Prell-Lin. Von R. Th. — Usw. usw.

Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag Paul Singer in Stuttgart (sowie von allen Buchhandlungen und Reprintereien) zu beziehen.

Partei-Angelegenheiten.

Achtung!

Auf die heute abend 8 Uhr stattfindenden 33 Volksversammlungen

welken wir noch besonders hin und erwarten regen Besuch.

Im vierten Berliner Wahlkreise findet außer dem am Sonntag angezeigten Versammlung noch eine weitere Veranstaltung in den Prachtställen des Ostens, Frankfurter Allee 151/152, statt.

Schöneberg. Die Wahlvereinsversammlung fällt diesen Monat aus; die Mitglieder werden ersucht, für die heutige Volksversammlung rege zu agitieren.

Wilmerdorf-Halensee. Die Parteigenossen und Genossinnen werden ersucht, für einen zahlreichen Besuch der heute abend 8 1/2 Uhr im Gesellschaftshaus, Wilhelmstraße 112 stattfindenden Protestversammlung gegen die Fleischsteuerung zu sorgen.

Lichtenberg. Heute abend 8 1/2 Uhr findet im Lokal „Schwarzer Adler“, Frankfurter Chaussee 5/6 eine große Volksversammlung statt. Der äußerst wichtigen Tagesordnung wegen werden die Parteigenossen aufgefordert, für den Besuch der Versammlung eine rege Propaganda zu betreiben.

Adlershof. Den Genossinnen und Genossen zur Kenntnisnahme, daß wir uns an der Protestversammlung in Köpenick beteiligen. Treffpunkt pünktlich 7 1/2 Uhr an der Waldecke bei Wöllstein. Sorgf für Massenbeteiligung.

Schmerensdorf. Die Mitgliederversammlung des hiesigen Wahlvereins fällt am heutigen Dienstag wegen der stattfindenden Protestversammlung aus.

Straßen. Heute Dienstag, den 30. August, abends 8 1/2 Uhr findet in den Marktgraben-Sälen, Karlgrafenendamm 84, eine große Volksversammlung statt. Die Genossen werden ersucht, rege für den Besuch dieser Versammlung zu agitieren.

Rieber-Schönhäuser-Rordend. Heute Dienstag, den 30. August, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Lindengarten“, Lindenstraße 43, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Arbeitersekretärs Genossen Fretter über: „Das Familienrecht“. 2. Bericht von der Generalversammlung von Groß-Berlin. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Hermendorf. Mittwoch, den 31. August, abends 8 1/2 Uhr findet im „Fischhaus“, Auguste-Viktoria-Straße eine Versammlung des Wahlvereins statt. Genosse Zimmermann-Karlshorst spricht über: „Zerbindend Freiligrath“.

Friedrichshagen. Morgen Mittwoch, den 31. August, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Witwe Lerche, Friedrichstraße 112, unsere Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Dr. Alfred Bernstein über: „Die öffentliche Gesundheitspflege“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Berliner Nachrichten.

Choleraerkrankungen in Spandau.

In Spandau herrschte am Sonntag eine große Erregung durch die Nachricht, daß im Laufe des Sonnabends und Sonntags mehrere Personen an der Cholera erkrankt und eine der von der schrecklichen Krankheit befallenen Personen gestorben sei. Tatsächlich wurde am Sonntag mittag der Hiltfrevisor Sarnow aus der Weihenburgerstraße 18a unter choleraverdächtigen Erscheinungen in das Spandauer Krankenhaus eingeliefert, nachdem am Freitag nachmittag seine Ehefrau Anna Sarnow an einer der Cholera gleichenden Krankheit verstorben war. Am Donnerstag mittag begab sich Frau Sarnow in die Spandauer Munitionsfabrik, um ihrem dort beschäftigten Mann das Mittagessen zu überbringen. Auf dem Rückwege bekam die Frau Schwindelanfälle und Erbrechen und wurde von einer so großen Müdigkeit befallen, daß sie eine ihr bekannte Frau aufsuchte, um sich von dem Anwohler zu erholen. Da sich jedoch der Zustand der Frau S. im Verlauf einer Stunde nicht besserte, begab sich die Erkrankte auf den Heimweg und langte vollständig erschöpft in ihrer Wohnung an. Ein hinzugerufener Arzt stellte gleichzeitige Verdächtigungen und der behandelnde Arzt verständigte sofort den stellvertretenden Kreisarzt Dr. Kust, sowie die Polizei und Staatsanwaltschaft. Diese ließ die Leiche mit Beschlag belagen und nach einer am Sonnabend stattgefundenen Obduktion wurden einzelne Leichenteile an das bakteriologische Institut in Berlin zur Untersuchung gesandt. Am Sonntag morgen erkrankte nun der Ehegatte unter denselben Erscheinungen, die cholera asiatica herbeizurufen pflegt, und auf Anordnung der Ärzte wurde sowohl er, wie sein erwachsener Sohn und drei Töchter in die Isolierbaracke des Spandauer Krankenhauses eingeliefert. Zwei im Hause wohnende Familien Strung und Rügge, insgesamt neun Personen, Frau Lewandowski und zwei Krankenschwestern, die Frau Sarnow gepflegt hatten, wurden in Isolierbaracken unter Quarantäne gestellt. Das Haus Weihenburgerstraße 18a wurde bis zur Desinfektion polizeilich gesperrt. Am Sonntag mittag erschien in Spandau eine Kommission, bestehend aus dem Geheimen Medizinalrat Abel vom Kultusministerium, dem Abteilungsleiter des bakteriologischen Institutes Professor Venz und dem Geheimen Medizinalrat Dr. Roth, und trafen sofort die nötigen Vorkehrungsmassnahmen. Gegen 8 Uhr abends wurde das Haus Weihenburgerstraße 18a nach erfolgter Desinfektion wieder freigegeben, doch blieben die Wohnungen der Familien Strung und Rügge noch bis auf Weiteres gesperrt. Der erkrankte S. hat die Nacht verhältnismäßig gut verbracht.

Einer weiteren Meldung zufolge hat die bakteriologische Untersuchung im Berliner Institut für Infektionskrankheiten ergeben, daß bei der verstorbenen Frau Sarnow wie bei ihrem Manne asiatische Cholera vorliegt. Der Ansteckungsheerd konnte noch nicht festgestellt werden. Es werden umfassende Nachforschungen in dieser Hinsicht angestellt; auch sind bereits gestern alle Vorkehrungen getroffen worden, um weiteren Ansteckungen vorzubeugen.

Der Abteilungsleiter des bakteriologischen Institutes im Institut für Infektionskrankheiten Professor Dr. Venz bestätigt, daß es sich sowohl bei der verstorbenen Frau Sarnow wie auch bei dem erkrankten Ehemann um cholera asiatica handelt.

Das Befinden des erkrankten und in der Isolierbaracke des Spandauer Krankenhauses untergebrachten Ehegatten Sarnow

ist ziemlich unverändert; er schwächt noch immer in Lebensgefahr. Ein dritter Fall betrifft den Desinfektor Rammann aus Spandau. Er hatte die Desinfektion der dem Ehepaar Sarnow gehörigen Sachen vorgenommen, die in die Cholera-Baracken des Spandauer Krankenhauses eingeliefert wurden. Rammann erkrankte gestern früh unter choleraverdächtigen Erscheinungen und wurde sofort in den Isolierbaracken interniert. Sein Zustand gibt zu Besorgnissen Anlaß.

Nach vorstehenden Meldungen haben Arzt, Polizei und Staatsanwaltschaft bald nach dem Tode der Frau die Ueberzeugung gehabt, daß dieselbe an Cholera verstorben ist. Dafür spricht auch, daß bei der am Sonnabend stattgefundenen Beerdigung bereits die größten Vorsichtsmaßregeln getroffen wurden. Da die Frau in ihrer Wohnung, nicht, wie mehrfach berichtet wird, im Krankenhaus verstorben ist, wäre es doch dringend nötig gewesen, daß man auch die Wohnung der Sarnowschen Eheleute sofort bis nach völliger Desinfektion verschlossen hätte. Dem war leider nicht so. Wie uns von Bewohnern des Hauses mitgeteilt wird, sind die Kinder der Verstorbenen vom Friedhof aus wieder in die Wohnung zurückgekehrt. Und da laut anderer Darstellung die Desinfektion der Wohnung erst später erfolgt ist, so hätte die Krankheit noch auf weitere Kreise übertragen werden können.

Die Cholera in Berlin?

Nachdem in Spandau tödliche Cholerafälle vorgekommen sind, müssen wir nun auch über einen choleraverdächtigen Fall aus Berlin berichten. Im Norden der Stadt, in der Oderbergerstraße 47, ist gestern der Hausdiener Otto Vogt unter choleraverdächtigen Erscheinungen gestorben. Ueber den Fall, der noch sehr der Untersuchung bedarf, wird uns folgendes berichtet:

In dem Hause Oderbergerstraße 47 wohnt der Hausdiener Otto Vogt, der in einem Wäschegehalt unter den Binden beschäftigt war, mit seiner aus zwei Kindern im Alter von ein und zwei Jahren, der Frau und einer unehelichen Schwester bestehenden Familie. In der Nacht zum Montag erkrankte V. ganz plötzlich, und morgens in der siebenten Stunde war er bereits tot. Man rief nun einen Arzt herbei, doch vermochte dieser die Todesursache nicht mit Bestimmtheit festzustellen. Erst abends gegen sechs Uhr tauchte der Verdacht auf, daß hier Cholera vorliegen könne. Es wurde nun die Leiche sofort von der Polizei beschlagnahmt und unter den nötigen Vorsichtsmaßregeln nach dem Schaubause gebracht. Die Angehörigen des V. wurden in zwei Krankenwagen des Verbandes für erste Hilfe nach den Isolierbaracken des Virchow-Krankenhauses übergeführt. Eine Erkrankung konnte bei ihnen aber glücklicherweise noch nicht festgestellt werden. Die vier Personen stehen unter strengster Quarantäne. Auf Veranlassung der Polizei wurde die Wohnung der Wichen Ehepaars eingekerkert und im übrigen alles nur denkliche veranlaßt, um einer etwaigen Weiterverbreitung der gefährlichen Krankheit vorzubeugen. Ob es sich bei V. tatsächlich um die asiatische Cholera handelt, wird erst die weitere Untersuchung ergeben. Man muß abwarten, wie die Untersuchung der Exzmente und der Leichenteile ausfällt.

Mit dem Ausbau der Berliner Wasserwerke

Beschäftigte sich der Magistrat in seiner letzten Sitzung. Es wird hierüber aus dem Nachtragsamt geschrieben:

Während der ungewöhnlich heißen Witterung im Juni a. c. haben die städtischen Wasserwerke eine so unerwartete Verbrauchszunahme erfahren, daß sie nur mit äußerster Anstrengung und unter Inanspruchnahme aller Reserven imstande waren, dem gesteigerten Wasserbedarf gerecht zu werden.

Die bisherige größte Verbrauchshöhe hatte der 1. Juli 1906 mit 277 000 Kubikmeter aufzuweisen. In diesem Jahre ist der Verbrauch am 11. Juni, (wie der 1. Juli 1906 ein Sonnabend, an welchem der Wasserbedarf erfahrungsgemäß am größten ist) auf 296 000 Kubikmeter gestiegen.

Diese Wassermenge stellt nach der diesjährigen Erfahrung die Grenze der Leistungsfähigkeit der derzeitigen Anlagen dar.

Die Deputation für die städtischen Wasserwerke ist daher mit entsprechenden Vorschlägen an den Magistrat herantreten, die einem etwaigen Wassermangel vorbeugen sollen. Daß dies erst jetzt geschieht, hat darin seinen Grund, daß das Grundwasserwerk Müggelsee bei Aufstellung des Bauprogramms im Jahre 1906 erst fertig geworden war und noch keine Erfahrungen darüber vorlagen, was es für die Dauer leisten würde. Jetzt ist diese Frage geklärt und es können demnach bestimmte Vorschläge gemacht werden. Um schnell die nötigen Wassermengen zu beschaffen, kann es sich nur darum handeln, die Leistungen der vorhandenen Werke zu erhöhen.

Bei den Wasserwerken in Frage läßt sich nichts weiter als die beschleunigte Erschließung der Brunnenanlage bei Saatwinkel, welche auf Grund des Gemeindeforschusses vom 2. Februar 1910 bereits im Frühjahr in Angriff genommen ist, durchführen. Diese Anlage bildet bereits einen Teil des Heiligenseer Projektes; sie wird nach Fertigstellung die Leistungen der vorhandenen Tezeler Brunnenanlagen beträchtlich erhöhen.

Zur vollen Ausnutzung dieser Brunnenanlage ist der Anschluß derselben an die Schöpfmaschinen Abteilung A in Frage nach Herstellung entsprechender neuer Maschinen notwendig. Außerdem muß, um das Werk leistungsfähig zu erhalten, ein sehr wichtiger Ersatz der alten Schöpfmaschinen der Abteilung A und gleichzeitig die Einschaltung eines Sammelbrunnens in die Sogleitung dieser Abteilung erfolgen. Diese Ausführungen erfordern einen Kostenaufwand von 720 000 M. Die in Aussicht genommenen Venderungen lassen vollständig in den Rahmen des mit dem Bau des Heiligenseer Wasserwerkes in Aussicht genommenen Umbaus des Tezeler Werkes in ein sogenanntes Stadtwasserwerk.

Bei dem Müggelsee-Werk kommt zunächst die Vermehrung der Brunnen in Frage. Diese ist möglich durch eine Verlängerung der an der Chaussee Friedrichshagen-Erzner gelegenen Galerie und durch Anlage von Brunnen auf dem Ufergelände. Diese Arbeiten sind aber außerordentlich zeitraubend und können bis zum nächsten Sommer nicht fertig gestellt werden. Außerdem würde ihr Ertrag nicht so groß sein, daß man auf weitere Wasserquellen verzichten könnte. Als einziges Mittel, schnell und nachhaltig den erforderlichen Wasserbedarf zu erhalten, muß die Erweiterung der noch bestehenden Seemaischer Abteilung bezeichnet werden.

Die Verwendung von Seemaischer ist, wie bekannt, bei dem Müggelsee bisher noch in beschränktem Umfang beibehalten, weil die vorhandenen Grundwasseranlagen allein nicht imstande sind, den Gesamtbedarf zu decken. Die jeweiligen Grundwassermengen sind nach den gemachten Betriebserfahrungen nicht konstant, und wenn im Spätherbst Niederschläge und Nebel gering sind oder der Winter früh Frost bringt, so können die üblichen hohen Frühjahrswasserstände ausbleiben; die Grundwasserpegel sinken dann im wesentlichen auf die unterirdische Infiltration von Seemaischer angewiesen und bleiben infolgedessen in ihren Leistungen zurück.

Die Erkenntnis dieser Tatsachen zwingt dazu auf die dauernde Erhaltung einer genügenden Seemaischerreserve Bedacht zu nehmen. In Grundwassererschließungen kann man eine solche Reserve in erreichbarer Nähe bei Berlin nicht gewinnen.

In neuerer Zeit hat sich auch bei den Hygienikern immer mehr die Ueberzeugung Bahn gebrochen, daß die Bedenken, welche gegen die Verwendung von Oberflächengewässern geltend gemacht worden sind und feinerzeit zu dem Verlangen der Umwandlung der städtischen Anlagen in Grundwasserwerke geführt haben, nicht in dem Maße zutreffen, wie das früher wohl angenommen wurde. Es wird vielmehr jetzt von zuständigen hygienischer Seite anerkannt, daß ein aus einem geeigneten Fluß oder See gewonnenes Oberflächengewässer durch eine sorgfältige Sandfiltration so gereinigt werden kann, daß man es in hygienischer Beziehung als einwandfrei bezeichnen kann.

Durch die Seemaischer-Verwendung soll natürlich nicht die Erbauung der neuen Grundwasserwerke eingeschränkt werden. Die Vorteile der Grundwasserförderung sind so erheblich, daß die geplanten neuen Werke Müggelsee und Heiligensee im vollen Umfange zur Ausführung kommen müssen.

Das Seemaischer soll einerseits über einen etwaigen Mangel an Wasser während des Baues der neuen Werke hinweghelfen und andererseits eine dauernde Reserve bilden für die Zeiten hohen Verbrauchs in den heißen Sommermonaten und bei etwaigem teilweisen Verlegen der Grundwasseranlage. Es kommt immer nur als Zusatz zum Grundwasser und für gewöhnlich in so geringem Prozentsatz zur Verwendung, daß es sich in der Temperatur des Wassers nicht bemerkbar macht.

Außer der Vergrößerung der Schöpfanlagen ist auch eine Erweiterung der Förderanlagen, welche das Reinwasser vom Werk Müggelsee nach dem Zwischenwerk Lichtenberg schaffen, erforderlich.

Hierzu tritt als größte und wichtigste Ausführung die Herstellung eines dritten Druckrohrstranges zur Förderung des Wassers von den Filtern im Müggelsee auf die Reinwasserbehälter des Werkes Lichtenberg, da die beiden vorhandenen Rohre nur für die Hochleistung von 178 000 Kubikmeter berechnet waren und durch Inanspruchnahme bis bereits verengt haben; auch würde ein Rohrbruch die gleichmäßige Wasserförderung der Stadt gefährden. Diese Arbeiten erfordern einen Kostenaufwand von 8 550 000 Mark.

Mit den Arbeiten auf dem Werk Müggelsee und der dritten Druckrohrstraße von dort nach Lichtenberg hängt auch eine Erweiterung des Werkes Lichtenberg zusammen. Dort ist u. a. ein weiterer Reinwasserbehälter und der Anschluß an die Eisenbahn erforderlich. Die Kosten hierfür belaufen sich auf rund 1 150 000 Mark.

Der Magistrat beschloß entsprechend den Vorschlägen der Deputation für die städtischen Wasserwerke eine Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung zu machen, in welcher die Mittel zu diesen Erweiterungsbauten der städtischen Wasserwerke gefordert werden.

Die Frage, ob Grundwasser- oder Oberflächengewässerförderung dürfte in der Stadtverordnetenversammlung noch zu lebhaften Erörterungen führen.

Seinen Verletzungen erlagen gestern früh der von dem Fahnenjunker v. Wiedahn in der Jungfernheide angeschossene Arbeiter Otto Schmiedicke, wohnhaft Kameruner Str. 55, im Rudolf-Wirchow-Krankenhaus. Eine Vernehmung hat nicht stattfinden können. Schmiedicke hinterläßt eine Witwe und zwei Kinder.

Die Straße dient nicht dem Verkehr, wie der Polizeipräsident v. Jagow aus Anlaß der am 1. September d. J. vormittags 9 Uhr, auf dem Tempelhofer Felde stattfindenden Parade in Erinnerung bringt. Die Tempelhofer Chaussee wird von etwa 8 Uhr bis zur Beendigung der Parade für jeden Verkehr gesperrt. Die Welles-Allianzstraße und die Lichterfelder Straße dürfen von Kraftwagen während der Zeit vom Ausrücken der Truppen bis nach deren Einmarsch in die Stadt nicht befahren werden. Nur den mit Passagierschein versehenen Personenzug ist das Befahren der Welles-Allianzstraße bis zum Steuerhaus gestattet. Alle übrigen Personenzüge haben bei der Kreuzbergstraße in die Lichterfelder Straße einzubiegen und durch diese auf das Tempelhofer Feld westlich der Chaussee zu fahren. Der Betrieb der Straßenbahnlinien wird auf der Tempelhofer Chaussee und den aus Berlin nach dem Tempelhofer Felde führenden Straßen mit dem Beginn des Ausmarsches der Truppen (etwa von 7 Uhr ab) bis zur Aufhebung der Absperrung abgelenkt, eingeschränkt oder ganz eingestellt. Der Betrieb der Omnibuslinien wird erst mit dem Beginn des Einmarsches der Truppen eingeschränkt oder abgelenkt.

Ein Bootsunfall, der glücklicherweise ohne schlimmen Folgen blieb, ereignete sich am Sonntagnachmittag kurz nach 5 Uhr auf dem Langen See. In der Gegend der Insel, am Karolinenhof, fuhr ein Segelboot neben einem Schleppdampfer her, als plötzlich aus dem Boot ein Mann ins Wasser fiel. Glücklicherweise vermochte dieser sich einige Zeit über Wasser zu halten. Trotz der geltenden Hilferufe des mit dem nassen Element Ringenden war es den zahlreichen in der Nähe befindlichen Segelbooten nicht möglich, schnell an den Verunglückten heranzukommen. Dieser wurde schließlich von einem herbeieilenden Ruderboot den Wellen entzogen.

Der Raubfall auf dem Bahnhof Großgörschenstraße. Trotz aller Bemühungen ist es noch nicht gelungen, den Mann, der den Raubfall auf dem Bahnhof Großgörschenstraße verübte, zu ermitteln. Einige Personen sind bereits verhaftet worden, aber es erscheint fraglich, ob sie als Täter in Frage kommen können. Mehr Anhalt scheinen zwei Spuren zu bieten, deren eine nach den Vororten Berlins, die andere nach Moabit führt. Beide werden eifrig verfolgt. Nach den bisherigen Ermittlungen kommen zwei Täter in Betracht. Beide sind etwa 1,70 Meter groß und haben blondes Haar. Der eine hat eine etwas gebückte Haltung.

Eine Revolverdiebstahl spielte sich am Sonntagvormittag um 10 Uhr an der Ecke der Wald- und Turnstraße ab. Dort gab der 23-jährige Kontrolleur einer Wache und Schließgesellschaft, Willi Knochen aus der Turnstraße 83, mehrere Schüsse ab. Er war in angetrunkenem Zustande bereits in einer Defilade mit einem anderen Wache in Streit geraten. Dieser Streit setzte sich bis auf die Straße fort. An der Ecke der Turn- und Waldstraße schoß er schließlich auf seinem Revolver auf das inzwischen angelammelte Publikum, verlegte dabei einen vorübergehenden Mann leicht am linken Bein und traf sich selbst in die rechte Seite. Knochen erhielt vom Publikum für sein gefährliches Verhalten eine Tracht Prügel und wurde blutüberströmt nach dem Moabitier Krankenhaus gebracht.

Ein Kampf zwischen Eindringern und Angestellten der Berliner Wache- und Schließgesellschaft spielte sich gestern nacht in dem Hause Seydelstraße 29 ab. Als der Wächter gegen 2 Uhr nachts auf seinem Rundgang an der Kontortür der Federfabrik Schulze, Seydelstr. 29, vorüberkam, hörte er innen ein verdächtiges Geräusch. Der Beamte öffnete die Entretür und näherte sich leise dem Kaffeeraum, aus dem ein matter Lichtschein in den dunklen Korridor drang. Da die Tür zu der Kaffe nur angelehnt war, sah der Wächter zwei Eindringler, die gerade im Begriff waren, einen großen eisernen Kessel mit Hilfe eines Sauerstoffglases „aufzumachen“. Der Wächter gab daraufhin ein Notsignal ab, um seinen in dem Hause anwesenden Kollegen herbeizurufen. Sobald die beiden Vordränger jedoch den Riß gehört hatten, zogen sie Revolver hervor und wählten ihre Lampen aus, um in der Dunkelheit unbemerkt entkommen zu können. Der Beamte hatte jedoch keine elektrische Laterne entzündet und versuchte die beiden Eindringler mit vorgehaltenem Revolver zum Stehen zu bringen. Während nun der eine Dieb sich stellte, als ob er sich dem Wächter ergeben wolle, führte der zweite mit einer eisernen Wertschraube einen Schlag gegen den Wächter, so daß dieser zurücktaumelte und die Schutzwaaffe fallen ließ. In diesem Augenblick kam jedoch der zweite Wächter hinzu und machte den Eindringler durch einen Schädelhieb unschädlich.

Schließlich gelang es auch den zweiten „Anader“ zu überbrücken. Die beiden Eindreher wurden nach dem nahegelegenen Polizeirevier gebracht.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich am Sonntagabend an der Ecke der Eisenbahn- und Velle-Mianestraße. Als die 33-jährige Frau Gaspar, Arndtstraße 23, die Straßenbahn gleise überschreiten wollte, wurde sie von dem Motorwagen 2017 der Linie 14 erfasst und bei Seite gestoßen. Die Verunglückte erlitt einen doppelten Oberarmbruch sowie eine leichte Gehirnerschütterung und wurde in einer Droschke nach dem Krankenhaus am Urban gebracht.

Ausgesetzter Knabe. Einen vierjährigen Knaben zum Pfand gelassen hat eine Frau in einem Hotel der Friedrichstadt. Dieselbe lehrte am Mittwoch dort mit ihrem Kinde ein und gab sich für die Ehefrau eines Eisenbahnschaffners Ortmann aus Königsberg aus. Sie erzählte, sie sei mit ihrem Mann in Hamburg zum Besuch gewesen, ihr Mann würde am nächsten Tage eintreffen, um sie nach der Heimat abzuholen. Sie bezahlte weder Zimmer noch Kost, ging am Donnerstagabend fort unter dem Vorwand, ihren Mann vom Bahnhof abholen zu wollen und kam nicht wieder. Den Knaben hatte sie zurückgelassen. Aus dem Jungen ist weiter nichts herauszubringen, als daß er Emil heiße. Der Knabe wurde nach dem Waisenhaus gebracht.

Die Tat eines Lebensmüden Soldaten vom 4. Garde-Regiment lief gestern unter den Bewohnern des Hauses Stenbaler Str. 17 Erregung hervor. Der bei dem Regiment dienende, bei einer Frau D. wohnende Unteroffizier Müller Faust aus Rabenau bei Dresden hatte sich am Sonntag mittig die Pulskammer geöffnet. Als Hausbewohner sich gewaltsam Eingang in das Zimmer des Lebensmüden verschafft hatten, fanden sie bereits im Tode schlummern. Ein sofort herbeigerufener Arzt legte dem Lebensmüden einen Verband an und ließ ihn in bedenklichem Zustande nach dem Lazarett bringen. In einem an seine Eltern gerichteten Brief bittet er um Verzeihung seiner Tat.

Spaziergang im Adamsgewande. Gestern mittig gegen 1 Uhr spielte sich in der Holzmarktstraße eine peinliche Szene ab. Aus dem Hause Holzmarktstraße, Ecke Hauptstraße, stürmte ein vollständig nackter junger Mann, lief in schnellem Tempo die Holzmarktstraße hinauf und wandte sich dann zu der Michaelstraßebrücke. Hinter ihm eilte eine große Menschenmenge her, die sich vergeblich bemühte, den jungen Mann zu fassen. Endlich sprang der Unglückliche auf einen Omnibus, von dem er aber sofort wieder heruntergeworfen wurde. Dann kam ein Vierfüßler und band dem Nackten seine große Lederschürze vor. Inzwischen war ein Schuttmann eingetroffen, der ihn in einer Droschke nach dem Polizeirevier 94 brachte. Dort wurde festgestellt, daß es sich um den achtzehnjährigen Gelegenheitsarbeiter Ernstowski aus der Holzmarktstr. 48 handelt, der schon seit längerer Zeit geisteskrank ist.

Ueber die Unsauberkeit in einem Vorortzug schreibt uns ein Leser unserer Zeitung folgendes:

Als ich am Sonntag den Vorortzug nach Erkner, vom Schleifens Bahnhof früh 8.54, benutzte, fand ich das Coupé in einem ganz schmutzigen Zustande. Abgesehen davon, daß am Fußboden Zigarettenreste, Streichhölzer und Speichel lagen, waren auch die im Coupé befindlichen Kellnerschilder vor Schmutz kaum erkennbar. Der ganze Zustand ließ erkennen, daß eine Reinigung des Wagens sehr lange ausgeblieben war. Daß der Wagen einer Revision und Reinigung nicht unterzogen worden war, bewies außerdem, daß die Coupétür sich schwer öffnen ließ, so daß Damen gar nicht, und Herren nur unter größter Anstrengung im Stande waren, das Coupé zu verlassen. Es war also die Gefahr vor, daß der Reisende entgegen seinem Willen weiter fahren mußte, als sein Reisefiel lautete.

Soweit die Zukunft. Auch wir sind der Ansicht, daß bis kurz vor 9 Uhr früh ein Coupé noch nicht so beschmutzt sein kann und daß ein noch nicht gereinigter Wagen in Betrieb genommen werden sein muß. Andererseits aber muß auch darauf hingewiesen werden, daß, wer die Bahn benützt, soviel Rücksicht auf seine Mitmenschen haben muß, daß er das Coupé nicht in so ekelhaftiger Weise beschmutzt. Das Allgemeininteresse erfordert es geradezu, daß solche Schmutzarten aus dem Coupé gewiesen werden.

Wesentliche Besichtigung eines Lebensretters. Der Polizeipräsident teilt mit: „Der Arbeiter Friedrich Schüller, Wladimirstr. 13 wohnhaft, hat am 2. August 1910 den fünfjährigen Knaben Karl Krupfath, der beim Spielen in den Landwehrkanal gefallen war, aus dem Wasser gezogen und vom Tode des Ertrinkens gerettet. Ich bringe diese von Mut und Entschlossenheit zeugende Tat mit dem Ausdruck der besonderen Anerkennung zur öffentlichen Kenntnis.“

Wer ist der Tote? Am 26. August 1910 ist am Stolper See bei Wannsee die Leiche eines unbekanntes etwa 30 Jahre alten Mannes mit einer Schußwunde in der rechten Schläfe gelandet worden. Der Tote ist circa 1,75 Meter groß, kräftig, bartlos, hat schwarze Haare und war bekleidet mit grauem Summiregenmantel, graufarbigem Jackettanzug, weißem Oberhemd, Maccounierweste, grauen Handschuhen und braunem Bindfussel. Bei der Leiche wurden ein Portemonnaie mit 8,42 M., ein Kreiser, eine Damenstahluhr mit unechter Kette und ein paar unechte Manschettenknöpfe gefunden. — Mitteilungen über die Persönlichkeit des Toten nehmen die Kriminalpolizei, jedes Polizeirevier und der Amtsvorsteher in Wannsee entgegen.

Feuerwehrbericht. Ein größerer Kellerbrand beschäftigte die Feuerwehr längere Zeit in der Alexandrinenstr. 8. Die Flammen hatten reiche Nahrung gefunden, es mußte deshalb kräftig Wasser gegeben werden, um eine weitere Ausdehnung zu verhindern. Zweimal hatte die Feuerwehr in der Gaudiusstr. 19 zu tun. Erst in der Nacht zum Sonntag und dann in der Nacht zum Montag. Beide Male brannten dort Pfeifhohlen im Keller. Pfeifhohlenbrände wurden außerdem noch aus der Panstr. 72, Feinerstr. 12, Schröderstr. 14, Paulstr. 23, Kaufmayer Platz 16 und anderen Stellen gemeldet. Heute früh wurde der 12. Zug wegen Kurzschluß nach den Ausstellungshallen am Zoo alarmiert. Die Gefahr wurde schnell beseitigt. In der Potsdamer Privatstr. 121 brannten Gardinen und gleichzeitig in der Bullenweberstr. 10 Wäsche usw. in einem Badezimmer. Der 19. Zug rückte nach dem Exerzierplatz an der Schwedter Straße aus. Dort hatte man ein altes Sofa und anderes angezündet. In der Gohlerstr. 10/11 mußte ein Kellerbrand gelöscht werden, der durch Umfallen einer Petroleumlampe entstanden war.

Am Sonntagmittag hatte die Feuerwehr einen gefährlichen Kellerbrand in der Ritterstr. 77/78 und gleichzeitig die Rixdorfer Feuerwehr einen Kellerbrand in der Vikner- Ecke Hohredtstraße zu löschen. In der Ritterstraße brannten mehrere Räume. Die Qualmentwicklung war so groß, daß die Feuerwehr nur mit Rauchschutapparat ausgerüstet vordringen konnten. In beiden Fällen gelang es, durch kräftiges Löschen die Flammen auf die Keller zu beschränken. Ueber die Entstehung beider Brände schweben die Ermittlungen noch.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Der Stiel in der Hand des Lehrers soll, so hört man oft sagen, unentbehrlich sein als ein letztes Mittel, das gegen schlimme Verfehlungen anzuwenden sei, wenn mildere Strafen wirkungslos geblieben sind. Wer an diesem Grundsatz die Prügelstrafe nicht, die so mancher Lehrer fertig bringt, der wird nicht wenig darüber staunen, was da alles als schlimme Verfehlung angesehen wird und mit Stodhieben gebüßt werden muß. Aus Schöneberg wird uns ein merkwürdiger Fall bekannt, den wir der zuständigen Behörde zur Beachtung und Nachprüfung empfehlen. In der 12. Gemeindefschule (Hohenstaufenstraße) hatte ein Schüler C. der Klasse IVo an einem Tage den Unter-

richt veräumt. Als er am anderen Tage wieder zur Schule ging, verspätete er sich. Dem Lehrer Albrecht wies er einen Zettel vor, durch den die Mutter bat, zu entschuldigen, daß der Sohn gestern wegen eines Unwohlseins nicht zur Schule geschickt worden und heute zu spät aufgestanden sei. Herr Albrecht aber griff zum Kopfstück und verabschiedete dem Jungen eine Anzahl Hiebe, mindestens sechs, wie nach dem Wortlaut eines uns vorgelegten Arztattestats geschlossen werden muß und auch der Augenschein es bestätigte. Den Eltern ist nicht recht klar geworden, warum Lehrer Albrecht ihren Sohn schlagen zu sollen geglaubt hat, und auch wir haben nichts Sicheres darüber zu ermitteln vermocht. Uns wurde gesagt, Herr Albrecht habe, als der Junge ihm den Zettel überreichte, gerufen: „Ich weiß schon, was drin steht!“ Auch habe er, so wurde uns nicht bloß von dem geprägten Jungen berichtet, den Zettel gar nicht gelesen. Das wird ein Verstum sein, aber Tatsache ist, daß der Junge den Zettel wieder mit nach Hause gebracht hat. Die Schulverwaltung unserer Stadt Schöneberg sollte zunächst einmal festzustellen versuchen, warum Herr Albrecht den Schüler, der am Tage vorher gefehlt hatte, mit Stodhieben bewillkommnet hat. Wenn sie dem pflichtgemäß die Angaben des Entschuldigungzettels über die Gründe der Versäumnis und der Verspätung in ihrem genauen Wortlaut wird kennen lernen wollen, so werden wir ihr diesen Zettel, den die Eltern und als Beweisstück überlassen haben, gern zur Kenntnisnahme vorlegen.

Nur noch am heutigen Tage liegt die Wählerliste öffentlich aus. Wer noch nicht Einsicht in dieselbe genommen hat, der komme dieser Pflicht noch schleunigst nach. Nur der kann vom Wählerrecht Gebrauch machen, dessen Name richtig eingetragen ist. Die Liste liegt von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 2 Uhr im Magistratsbureau M., Feuerstr. 68, Vorderhaus 1 Treppe links, zur Einsicht aus. Außerdem sind bereit einzusehen die Genossen Andreas, Feuerstr. 8, Dombrowski, Seuthenstraße, und Methfeldt, Königsberg 42.

Für den 7. Uhr-Schulanfang hat sich der Schöneberger Lehrerverein in seiner letzten Versammlung entschieden. Es wurde die nachstehende Resolution einstimmig angenommen: Der Schöneberger Lehrerverein spricht sich aus erzieherischen und unterrichtlichen Gründen mit Rücksicht auf die häuslichen Verhältnisse der meisten der Volksschüler entschieden dafür aus, daß im Sommer der Unterrichtsbeginn für die Unterklasse nicht vor 8 Uhr erfolgt, daß für die übrigen Klassen aber der 7 Uhr-Schulanfang bestehen bleibt und daß die maßgebenden städtischen Körperschaften an dieser erprobten Maßregel festhalten mögen.

Friedenau.

Aus der Gemeindevertretung. Auf Vorschlag des Gemeindevorstandes werden für das an Steglitz angrenzende Gebiet hinter der Kaiserallee folgende neue Straßenbezeichnungen vorgenommen: Die Straße 1 erhält den Namen Guts-Muis-Straße. Die Straße A Hofmannstraße, während die neue Straße zwischen Ledebere- und Rheingaustraße Regdorf-Promenade genannt wird. Auf Antrag des Genossen Richter wurde der Punkt: Einbau von Gullys, dessen Behandlung in geheimer Sitzung vorgelesen war, öffentlich verhandelt. Die Zimmerarbeiten für die höhere Mädchenschule sollen der Firma Gustav Müller-Regel als Mindestfordernde übertragen werden. Mit dem Hinweis, daß diese Firma den Arbeitern in bezug auf die Innehaltung des Tarifs stets Schwierigkeiten bereite, ersuchte unser Genosse Richter, die Arbeiten einer anderen Firma zu übertragen. Nachdem der Bürgermeister den Vorschlag erachtet hatte, bei Ausführung der Arbeiten darauf zu achten, daß die Firma Müller die Tariffrage zähle, zog Genosse Richter seinen Antrag zurück. Es wurde der Firma Müller bei einem Angebot von 2882,80 M. der Zuschlag erteilt. Die Ausführung der Dachdeckerarbeiten wird zum Preise von 12973,50 M. der Firma Lemmiger-Friedenau übertragen. Beim Punkt Grenzregulierung wurde beschlossen, das Grundstück Rheinstr. 67, das von der Gemarkungsgrenze schräg durchschnitten wird, soll nach Schöneberg eingemeindet werden. Dafür wird das Schöneberger Grundstück Hauptstr. 78 nach Friedenau eingemeindet. Zweck des Beitritts des Realreformgymnasiums zum Schülerruderverein „Wannsee“ wurde die Bewilligung eines jährlichen Beitrages von 1420 M. gefordert. Genosse Richter gab seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß die sportliche Betätigung der Jugend auf diese Weise gefördert werden solle, doch solle man nicht vergessen, daß die Gemeinde auch gegenüber den Volksschulen dieselben Pflichten habe. Die Summe wurde bewilligt. Für Straßenbeleuchtung wurden 20820 M. gefordert. Hierbei bemerkte Genosse Hubn, daß die Beleuchtung in den dichtbesetzten Nebenstraßen durchaus unzulänglich sei, und daß dadurch den Verästelungen und Ueberfällen auf Passanten, wie sie in der letzten Zeit so häufig vorgekommen sind, direkt Vorbehalt geleistet werde. Man solle einmal versuchen, die Lampen mit einer höheren Spannung brennen zu lassen. Schöffe Dräger gab im wesentlichen den Ausführungen des Genossen Hubn recht und versichert, so gut es geht Abhilfe zu schaffen. Da die Anwohner in der Umgebung des Friedrich-Wilhelm-Platzes in dem letzten Sommer sehr durch Ueberschwemmungen zu leiden hatten, sollen in dieser Gegend noch Gullys angelegt werden. Hierfür wurden 2000 M. bewilligt. Beschlossen wurde außerdem die Abhaltung der Wiesbaden-, Schwabacher-, Blauenberger- und Odenwaldstraße. Auch sind noch in verschiedenen dieser Straßen die Entwässerungskanäle zu legen. Insgesamt wurden hierfür 64 000 M. bewilligt. Für hilfsbedürftige Veteranen wurde eine einmalige Unterstützung von 30 M. beschlossen. Die Mitglieder der Kriegervereine erhalten dieselbe durch den Verein, diejenigen, welche nicht einem derartigen Vereine angehören, durch die Gemeindekasse ausgezahlt. Es werden zu diesem Zwecke vordrückt 1300 M. bewilligt.

Ober-Schöneberg.

Der Samariterkursus findet diesen Donnerstag abends 8 Uhr im Haderpeter, Siemenstr. 12, statt. Interessenten können noch beitreten. Nach dem Vortrag: Übungen.

Nikolassee.

Aus der Gemeindevertretung. Die Beratung der von verschiedenen Eigentümern gewünschten Erweiterung des Kabelnetzes im Wannseegebiet wurde vertagt bis nach Eingang der Abrechnung mit dem Elektrizitätswerk der Gemeinde Jochenow. Mit dem Hofstufus soll auf weitere drei Jahre ein Pachtvertrag auf Benutzung des sogenannten schwarzen Weges abgeschlossen werden. Die Bedingungen sollen dieselben bleiben wie in dem bisherigen Vertrag mit der Heimstätten-Gesellschaft, die Pachtsumme aber 6 M. jährlich betragen. Neu aufgenommen werden soll die Bestimmung, daß der Vertrag bei einer etwaigen Erklärung des Weges zum öffentlichen Weg sofort erlischt. Die Rechte und Verpflichtungen der Heimstätten-Gesellschaft an der Benutzung des Wannseer Eisenbahntunnels werden von der Gemeinde übernommen. Von größerer Wichtigkeit sind die Verhandlungen, die zwischen der Heimstätten-Aktiengesellschaft und dem Eisenbahndirektorium über die Erhaltung des am Bahnhof Nikolassee gelegenen Schmutzplatzes gepflogen worden sind. Im Jahre 1900 war der circa 1048 Quadratmeter große Dreilindenplatz zum Bau der Bahnhofgebäude übergeben worden. Der Platz war jedoch nicht hierzu verwandt worden und sollte mit Beamtenhäusern besetzt werden. Inzwischen ist er von der Heimstätten-Aktiengesellschaft als Schmutzplatz hergerichtet worden; es hat darauf eine Weidung eingezogen, den Platz für die Gemeinde zurückzuerwerben. Der Fiskus will aber nicht; wenigstens nicht so ohne weiteres. Er stellt zur Bedingung, daß erstens der Eisenbahndirektion bei dem Kauf mit einem für den Platz angebotenen gleichwertigen Gelände am Bahnhof Wannsee keinerlei Kosten entstehen. Ferner verlangt der Fiskus, daß der Dreilindenplatz dauernd als Schmutzplatz erhalten bleibt. Mit welchem Recht, wenn er Gemeindegut geworden ist, ist die Heimstätten-Aktiengesellschaft. Ferner wird verlangt, daß die

Eisenbahnverwaltung für alle Zukunft von allen Anlegungsbeiträgen, die infolge des Baues von Beamtenhäusern in der Ribbelungenstraße entstehen können, befreit ist, und daß ihr keine Vorschriften über die äußere Ansicht der Fassaden gemacht werden dürfen. Die Heimstätten-Aktiengesellschaft sollte die Gewähr für die Erfüllung des Vertrages übernehmen. Die Vertretung war geneigt, auf die Vorschläge einzugehen, es sollen jedoch noch einmal Verhandlungen gepflogen werden, um die Eisenbahnverwaltung zur Beilegung eines den Platz verunzierenden Staates zu veranlassen. Auch wird der Austausch weiterer Flächen zur Verbesserung des Platzes gewünscht. Der Fiskus wird schon, wie das oben Dargelegte zeigt, seine Gegenrechnung machen.

Weihensee.

Die Einwohnerzahl hat im letzten Jahre nicht viel über 1000 zugenommen, worüber nunmehr allerlei Betrachtungen angestellt werden. Die einen meinen, es läge an den fortwährenden Gezänken in den maßgebenden Hausbesitzerkreisen, die dem besseren Bürger und Arbeiter das Wohnen am Orte verleiden, andere sagen wieder, die Gemeinde leiste nicht genügend, um die Bewohner an den Ort zu fesseln. Die letzteren sind es nun aber gerade, die sich verschworen haben, keinen Pfennig mehr für soziale Zwecke auszugeben. Ein Hausbesitzer macht noch den Vorschlag, das Schloßrestaurant nicht zu verpachten, sondern als Bürgerpark à la Pansow mit besonderen Bestimmungen über Kleiderordnung und dergleichen für das bessere Publikum zur Verfügung zu stellen, dann würde sich auch die Einwohnerzahl vermehren. Wie wäre es denn, wenn der neu zu gründende Bürgerpark durch eine G. m. b. H. gefördert wird mit der Bestimmung, daß nur die Mitglieder und Anhänger der Allen Fraktion und allenfalls noch die Abonnenten des G. m. b. H.-Organs sich in dem Park ergehen dürften. Mit solchen kinderlischen Gewinn man keine Zunahme der Bevölkerung; hierzu gehört eine umfangreiche Besserstellung der jetzigen Verhältnisse, insbesondere auf sanitärem Gebiete, eine vernünftige Wohnungshygiene, Ausbau der schon bestehenden sozialen Einrichtungen usw., die jedermann zugute kommen. Der Wohlfahrtsrat verlangt in diesem Jahre einen Zuschuß von 30 Pf. pro Kopf der Bevölkerung und da glaubt man in gewissen Kreisen schon ein Galt gebieten zu müssen. Solange die alteingesessenen Hüttenbesitzer sich von ihren speibürgerlichen Anschauungen nicht trennen können, solange wird man auf einen stärkeren Zugang verzichten müssen; jedes neu erbaute Haus, jede neu anzulegende Straße ist für diese Herren ein Breuel, leben sie doch in der Befürchtung, daß ihre alten Gärten leer bleiben.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir auf einen von vielen Passanten empfundenen Mißstand aufmerksam machen, den wir der Gemeindeverwaltung einmal zur Beachtung empfehlen. Es betrifft den am Bahnhof Prenzlauer Allee nach Weihensee zu gelegenen Straßengraben, der infolge der letzten Unwetter bis an den Rand mit Regenwasser gefüllt ist. Mangel eines Abflusses bildet dieses Wasser, wie uns Passanten, die diesen Weg täglich zur Arbeit machen müssen, mitteilen, eine schwarze schlammige Masse, auf welcher Laufende von Blässchen schwimmen, die die Mäulnis emporgetrieben hat und die nun einen pestilenzialischen Gestank verbreiten. Seit Jahrzehnten hat man die Rinnsteine beseitigt in der Erkenntnis, daß sie im höchsten Grade gesundheitsgefährlich sind; hier läßt eine Gemeinde einen ganzen Straßengraben von fauligem Wasser die Luft verpesten und weißt der Sonne eine Aufgabe zu, die eine Jauchepumpe in einem Tage vollenden würde.

Kaufdorf.

Ueber: „Die Vorbereitung der Regierung und der bürgerlichen Parteien zu den kommenden Reichstagswahlen“ sprach am Sonnabend Gen. Feinig in einer im Kobeltischen Lokale abgehaltenen öffentlichen Versammlung. An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Köning und Müntner. Ersterer zeigte den Anwesenden den Reichstagswahlkampf gegen die Sozialdemokratie. Genosse Müntner verurteilte erst die Haltung der bürgerlichen Presse zur Königsberger Kaiserrede und ging dann auf die Wälowische Politik und den Einfluß derselben auf die Wahlen von 1907 über. Beide Redner forderten zum Schluß ihrer Ausführungen zum Eintritt in den Wahlverein auf.

Spandau.

Arbeiter-Samariter-Bund, Abt. Spandau. Am Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Wöble, Gavelstr. 20, ein Übungsabend statt, an dem ein Berliner Reiter teilnimmt. In Anbetracht der bevorstehenden Prüfung müssen alle Mitglieder erscheinen.

Jugendveranstaltungen.

Freie Jugendorganisation Treptow, Abteilung Baumschulenweg. Mittwoch, den 31. August, abends 8 Uhr, bei Erbe, Baumschulenstraße 14, Abteilungsversammlung. Vortrag des Kollegen Künstler-Berlin über: „Die deutsche Revolution.“ Jedermann, besonders jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen sind hierzu eingeladen.

Kaufmännische Kranken- und Sterbekasse von 1885. (S. 5. 71.) Dienstag, den 30. August, abends 9 Uhr, im Restaurant A. Landre, Stralauer Str. 36/37; Sitzung.

Witterungsbericht vom 29. August 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Krm. u. d. G.	Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Krm. u. d. G.	
Schwetzn.	763	SO	2	Wolfig	13	Caparanda	763	SH	bedekt	10		
Dandberg	760	D	SO	6	Wolfig	14	Petersburg	759	RS	1	bedekt	12
Berlin	762	SO	2	bedekt	14	Stilly	749	W	4	Wolfig	13	
Frankf. a. M.	759	S	1	Rebel	14	Übersee	747	SO	7	Regen	13	
Hannover	761	SO	2	Reiter	13	Paris	758	SSW	3	bedekt	14	
Wien	763	SH	Rebel	12								

Wetterprognose für Dienstag, den 30. August 1910. Zunächst etwas wärmer, veränderlich, vielfach wolfig mit leichten Regenfällen und mäßigen südwestlichen Winden; später wieder etwas kühler. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

Der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 28. 8.	am 27. 8.	Wasserstand	am 28. 8.	am 27. 8.
Remel, Iltz	258	+18	Saale, Großhau	86	-6
Regel, Unterburg	68	-14	Qabel, Ebnath	76	-4
Wesche, Thon	132	-6	Kathenow	78	0
Ober, Rathor	132	-9	Spre, Spreenberg	130	-8
Krosen	107	-1	Beesow	171	+2
Frankfurt	128	-6	Weser, Minden	-66	-2
Wilde, Scharim	-10	+4	Minden	18	-2
Wilde, Randberg	-24	+1	Rhein, Rindwillandau	499	-
Rege, Borsdam	-4	+4	„ „ „	298	-3
Elbe, Lüttenitz	-94	+11	„ „ „	310	-11
„ „ „	-151	+4	Re Zar, Dellbronn	143	+5
„ „ „	94	-2	Rain, Berthelm	151	-4
„ „ „	92	-3	Rosel, Lier	-	-

+) + bedeutet Hoch, - Fall. *) Unterpegel.

Wöchentliche Marktbericht der städtischen Markthalen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthalen. Markttag: Freitag. Futur stark, Weizen etwas reger, Weizen abnehmend. Weizen Futur in Reichthum reichlich, Weizen reger, Weizen bedrückend, Weizen wenig verändert. Weizen: Futur bedrückend, Weizen wenig bedrückend, Weizen wenig verändert. Butter und Käse: Weizen ruhig, Weizen unverändert. Gemüse, Obst und Süßkräuter: Futur genügend, Weizen in Ost bedrückend, sonst still, Weizen unverändert.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsjahre Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1239. Charlottenstr. 3. Hof III. Amt 3, 1967.

Mittwoch, den 31. August, abends 6 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27o:

Versammlung

für alle in gelochten Blechen beschäftigten Arbeiter.

Tages-Ordnung:
1. Bericht über die letzte Verhandlung mit den Arbeitgebern. 2. Beschlussfassung über die weitere Stellungnahme.
Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Mittwoch, den 31. August, abends 6 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthalerstr. 11/12:

Versammlung

aller in der chirurgischen Branche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen W. Schütte über: Genossenschaftswesen und Arbeiterbewegung. 2. Diskussion. 3. Erziehung zur Agitationskommission. 4. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Kollegen! Da wichtige Branchenangelegenheiten erörtert werden, muß ein jeder erscheinen.

Mittwoch, 31. August, abends 8 1/2 Uhr, in den Korona-Festsälen, Kommandantenstr. 72:

Versammlung

der Graveure und Ziseleure.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen W. Schütte: Vor hundert Jahren. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Regen Besuch erwartet

120/16 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin. Einsieger.

Mittwoch, den 31. August, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 1:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Ritsche: Was beruht die Unzufriedenheit vieler Arbeiter mit ihrer Gewerkschaft? 2. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.
Die Kollegen der Vorortstellen sind hierzu besonders eingeladen.

Pianomechanik-Arbeiter und -Arbeiterinnen.

Mittwoch, den 31. August, abends 8 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27o:

Branchen-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Referat des Kollegen F. Leopold über das Thema: „Wie wahren wir unsere Interessen?“ 2. Verbands- und Branchenangelegenheiten.
Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Kollegen und Kolleginnen aus der Pianomechanik-Branche dringend notwendig. — Mitgliedsbuch legitimiert.
Um pünktliches Erscheinen ersucht
Die Branchenleitung.

Achtung! Tanzlehrer, Tanzmaitre. Achtung!

Am Freitag, den 2. September 1910, abends 9 Uhr, findet eine

Oeffentliche Versammlung

der Tanzlehrer — Tanzmaitre

in den Musikere-Sälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 18m, mit folgender Tagesordnung statt:

1. Die geplante Fußbarkeitssteuer im Stadtparlament. Referent: Stadtverordneter Herr J. Sassenbach.
2. Diskussion.

Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es notwendig, daß alle Kollegen dafür Interesse haben und die Versammlung besuchen, um geschlossen dagegen Protest zu erheben.

Der Einberufer.
Richard Heinrich, Wangelfstr. 107.

Armin-Hallen
Kommandanten-Str. 58/59.
A. IV. 10155.
Sonntags u. Sonntage diesen und nächsten Jahres noch frei!

Dr. Schünemann
Spezialarzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten, 3312 Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. Wochentags 10-2, 5-7.

Phänomen



Cigaretten
Qualitätsmarke
mit und ohne, auch mit Goldmundstück, St. 2, 3, 4 und 5 Pf.
Cigarettenfabrik
NAMKORI

JOSETTI VERA
Cigaretten
stellen vermöge ihrer Qualität selbst verwöhnteste Raucher zufrieden, die wirklichen Genuß nur noch bei einer allerersten Marke finden.

Josetti-Vera-Cigaretten
m. u. o. M.
10 St. 30 Pfg.

„Reine Form war ihr Leben lang über 50 Jahre mit einer häßlichen“

Flechte

behalten. Kein gesund. Flechten hatte sie auf dem Leibe. Nachdem sie Jucker's Patent-Medizinal-Seife angewendet hat, löst sie sich wie neugeboren. In 3 Wochen waren die Flechten beseitigt. Jucker's Patent-Medizinal-Seife ist Tausende wert. G. B. in 2. a. St. 50 Pf. (15 1/2) u. 1.50 M. (35 1/2, härteste Form). Dagegen Jucker-Creme 75 Pf. u. 2 M., ferner Jucker-Seife (mild) 50 Pf. u. 1.50 M. in Berlin in Behrens Drog. (Kobold- & Strauß), Frankf. Allee 120, C. Schult, Chausseestr. 67, Hugo Schult, Wälderweg, Wälderstr. 166a, Otto Binder, Wälderstr. 29, in Rixdorf: Drogenhaus Vincent, sowie in sämtl. Apoth., Droga u. Parfüm. Nichts anderes aufreden lassen. Es gibt dafür keinen Ersatz!

Eröffnung
des
Fleisch- und Wurst-Konsum
Berlin-Rixdorf,
Kottbuser Damm.
Ecke der Sanderstraße,
am 1. September.

Robert Schmidts Restaurant
u. Festhalle
Frucht-Str. 36a.
Empfehle den verehrlichen Vereinen und Gewerkschaften meine Räume.
Sonntags und Sonntag noch frei.

IVO POKONNY.

Ein interessantes Wachstum!

1903 - 4 - 5 - 6 - 7 - 8 - 1909

Dieses Bild zeigt - in genauen Maßen - die enorme Umsatzsteigerung von PALMIN (Pflanzenfett) und PALMONA (Pflanzen-Butter-Margarine) in Deutschland innerhalb der letzten 7 Jahre. - Ein stärkerer Beweis für das Bedürfnis nach PALMIN und PALMONA und für die Beliebtheit unserer Produkte ist kaum denkbar.

H. SCHLINCK & CIE., A.-G.

MANOLI

CIGARETTES

ÜBERALL

Waldorf-Astoria

Cigarettes

„Oku“ 2 Pf. — „Hockey“ 3 Pf.

Was ich mir zum Putzen hol?
Einzig und allein

Blendol

In Glasfl. zu 10, 15 u. 25 Pf. } überall erhältlich.
Blechfl. zu 20, 30 u. 50 Pf. }
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

Einsegnungsanzüge
sehr große Auswahl fertig 9.— an, nach Maß außergewöhnlich billig Herren-Anzüge 8.25 an, Herren-Rohanzüge 32.—35 M. Stoffe, engl. Tuche, Anzugreste billig. Gern schicken wir unsere Vertreter mit Muster ohne Kaufverpflichtung. **Tuchgesellschaft** Rothbulerdamm 16-17 (Hochb.) Vorzeiger b. Inzerat erhält 5% Rabatt.

Ungewitter's Kautabak
garantiert rein aus Kentuckytabak, seit Jahrzehnten unübertroffen.
Niederlage:
O. Reimer, Lichtenberg-Berlin O.,
Gürtelstr. 1, Ecke Frankf. Chaussee.
4458

Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradehaltern, Spritzen, Suspensorien sowie sämtliche Artikel zur Krankenkasse. Eigene Werkstatt. Lieferant für Orts- und Hilfs-Krankenkassen.
Berlin N.,
jezt Lothringer Straße 60.
Alle Bruchbänder mit elastischen Vellotten, angenehm u. weich am Körper.

Ausverkauf
wegen Aufgabe unserer Verkaufsräume Rosstr. 2
Anzug-Stoffe um vollständig zu räumen für jeden annehmbaren Preis!
Damentücher — Nur noch kurze Zeit!
Koch & Seeland, Gesellschaft m. b. H.
Rohstr. 2. 6342*

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak von **G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel.**
Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.
Achten Sie genau auf die Vornamen **G. A. Hanewacker.**
Amt IV, 3014.

Öffentliche politische Volksversammlungen

Dienstag, den 30. August, abends 8 Uhr.

I. Kreis.

Dräsel's Festsäle,
Neue Friedrichstraße 35.

II. Kreis.

Kliems Festsäle, Hafensheide 13-15.
Kabel's Brauerei, Bergmannstr. 5/7.
Nißles Festsäle, Dennewitzstr. 13.

III. Kreis.

Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.
Armin-Hallen,
Kommandantenstraße 58/59.

IV. Kreis.

Kellers Festsäle, Koppenstr. 29.
Elysium, Landsberger Allee 40/41.

Siffins Säle, Memeler Str. 67.
Prachtsäle des Ostens,
Frankfurter Allee 151/152.

Graumann, Raunynstr. 27.
Urania, Wrangelstr. 9/10.

V. Kreis.

Sipps Brauerei, Am Friedrichshain.

VI. Kreis.

Moabiter Gesellschaftshaus
Wickeffstraße 24.

Pharus-Säle, Müllerstr. 142.

Germania-Säle, Chausseest. 110.

Prater-Theater, Kastanienallee 7/9.

Frankes Festsäle, Badstr. 19.

Teltow=Beeskow.

Charlottenburg: Volkshaus, Rosinenstraße 3.

Köpenick: Kaiserhof, Grünstraße.

Rixdorf: Hoppes Festsäle, Hermannstraße 48/49.

Schöneberg: Neue Rathaussäle, Meininger Straße 8.

Steglitz: Birkenwäldchen.

Treptow=Baumschulenweg: Radrennbahn.

Wilmerdorf: Gesellschaftshaus, Wilhelmsäue 112.

Niederbarnim.

Lichtenberg: Schwarzer Adler (Gehr. Arnhold).

Rummelsburg: Café Bellevue (Tempel).

Weißensee: Schloß Weißensee.

Pankow: Zum Kurfürsten, Berliner Straße 102.

Tegel=Borsigwalde: Trapps Festsäle.

Stralau: Markgrafensäle, Markgrafendamm.

Ober=Schöneweide: Moerners Blumengarten.

Spandau: Böhle, Sabelstraße 7.

Tages-Ordnung:

- Fleischnot, Lebensmittelteuerung und wie ist Abhilfe zu schaffen?**

2. Diskussion.

Referenten:

Barth, Brückner, Büchner, Düwell, Eichhorn, Faß, Fendel, Theodor Fischer, Regina Friedländer, Grauer, Grunwald, Horlitz, Katzenstein, Kubig, Lehmann, Litfin, Berta Lungwitz, Mücke, Nathow, Peterhansel, Piek, Schenk, Robert Schmidt, Franz Schneider, Heinr. Schulz, Schumann, Spiekermann, Ströbel, Stücklen, Ucko, Unger, Woldt, Frida Wulff, Zeuner.

Wir rechnen auf Massenbesuch dieser Versammlungen.

Für die Einberufer: **Leopold Liepmann,** Heinerdorfer Str. 10.

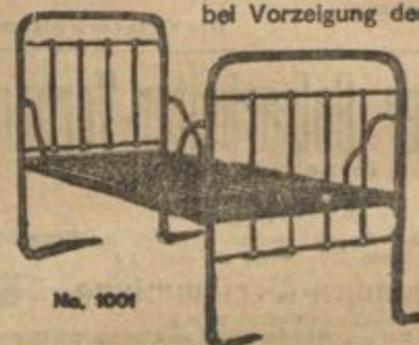
Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Stöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

2846 Ztr.
Bettfedern
und Daunen
im Jahre 1909
also 400 Zentner mehr als im Jahre 1908
hat umgesetzt die
Erste Bettfedern-Fabrik
mit elektrischem Betriebe

Gustav Lustig

Berlin S., Prinzenstr. 46 und 47.

Ausnahme-Angebot
für
Metall-Bettstellen
bei Vorzeigung des Inverrats.



No. 1001

Mit Zugfeder-
Matratze,
schwarz oder
weiss lackiert,
190 x 80 cm

Mark
13.-



No. 82

Mit Zugfeder-
Matratze,
schwarz oder
weiss lackiert.
Pfosten 26 mm
stark,
mit Messing-
Verzierungen im
Kopf- und Fuss-
ende.

190 x 80
M. **18.00**

190 x 90
M. **19.50**

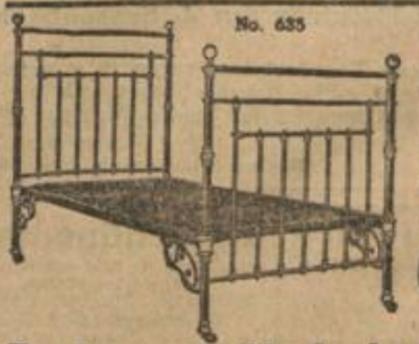


No. 655

Mit Zugfeder-
Matratze,
schwarz oder
weiss lackiert.
Pfosten 33 mm
stark, Messing-
stangen und
Kugeln,
Medaillon am
Fussende von
Messing
190 x 90 cm
Mark

38.-

Hocheleg. Messing-Bettstelle

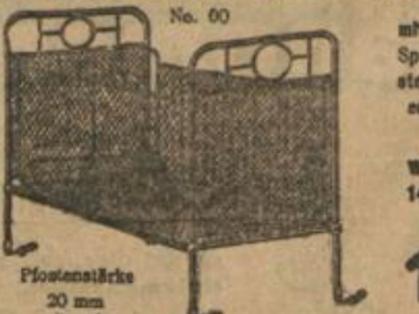


No. 60

Mit Zugfeder-
Matratze
Pfosten
33 mm stark
200 x 105 cm
Mark

64.-

Preiswerte Kinderbettstelle



Pfostenstärke
20 mm

Mit doppeltm
Spiralboden,
ver-
stellbarer Kopf-
erhöhung und
Rollen

Weiss lackiert
140 x 70 cm
Mark

11.50

Beste Bettenfüllung:
Echt chin. Monopoldaunen
(gesetzlich geschützt)
per Pfund M. 2.85.